

[Menschenwürde, Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt]

**LAND
BRANDENBURG**



**Ministerium
des Innern**

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgeber, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Ar

[H

(1)

sov

sur

(2)

Fre

Gr

Ar

[G

(1)

(2)

säc

ner

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner politischen Auffassung oder seiner Behinderung benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Verfassungsschutzbericht 1997

Artikel 4

[Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit]

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Verfassungsschutz durch Aufklärung



Das Ministerium des Innern ist die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg. In Erfüllung des gesetzlichen Auftrages wird mit dem vorliegenden Jahresbericht 1997 die Öffentlichkeit über die Arbeitsergebnisse unterrichtet.

1997

Verfassungsschutzbericht
Land Brandenburg

Herausgeber: Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13, 14467 Potsdam

Redaktion
und Layout: Abteilung Verfassungsschutz, Referat V/2
Telefon: (0331) 866 2567

Auflage: 7 500

Druck: Druckerei Wolfgang Greschow, Welzow

Den Text finden Sie im internet unter www.brandenburg.de/land/mi

Juni 1998

VORWORT

Bereits seit Jahren ist die Beobachtung des Rechtsextremismus Arbeitsschwerpunkt der Verfassungsschutzbehörde, so auch 1997.

Zwar sind 1997 die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten und auch die Zahl der militanten Angehörigen rechtsextremistischer Cliquen gegenüber dem Vorjahr – anders als im Bundestrend, wo jeweils erhebliche Steigerungsraten zu verzeichnen sind – ungefähr konstant geblieben. Doch diese Zahlen befinden sich weiterhin auf viel zu hohem Niveau. Überdies erfüllt mich mit großer Sorge die ungeheure Intensität, mit der aus solchen Jugendcliquen heraus die Gewalttaten verübt wurden.



Nicht erst seit dem Einzug der DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt bedürfen die rechtsextremistischen Parteien eingehender Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Anlaß zur Besorgnis bietet insbesondere auch die NPD, obwohl sie bundesweit die wenigsten Mitglieder unter den rechten Parteien hat: Ihre Bemühungen um sogenannte Aktionsbündnisse mit dem gesamten erreichbaren rechtsextremistischen Spektrum einschließlich der gewaltbereiten Skinheads bergen die Gefahr, daß rechte Schläger so eine Art ideologischer Rechtfertigung erfahren.

Unzureichende Maßnahmen gegen die hohe Arbeitslosigkeit und eine zunehmende Zahl von Jugendlichen ohne Perspektive haben dazu geführt, daß rechtsextremistische Parteien bundesweit Ängste schüren können. Sie haben in ihrer Agitation einen Themenwechsel vollzogen: weg von revisionistischer Propaganda, hin zu aktuellen sozialpolitischen Problemen. Auf diese Weise wollen sie eine breitere Akzeptanz in der Öffentlichkeit gewinnen. Es ist zu befürchten, daß sich die rechten Parteien in den bevorstehenden Wahlkämpfen gegenseitig mit Hetzparolen übertrumpfen und so das innenpolitische Klima zu vergiften suchen. Sie bieten aber nur Scheinlösungen und wollen die sozialen Probleme für ihre verfassungsfeindlichen Zwecke geradezu ausbeuten.

Bislang sind rechtsextremistische Parteien in Brandenburg immer auf deutliche Ablehnung der Wähler gestoßen: Bei keiner Wahl (Kommunal-, Landtags-, Bundestags-, Europaparlamentswahlen) erreichten sie zusammengezählt jemals mehr als 2,5 %. Daß dies so bleibt, ist aber kein Naturgesetz.

Wer den Rechtsextremismus bekämpfen will, muß insbesondere seine Ursachen angehen. Den Rechtsextremismus werden wir nur dann dauerhaft zurückdrängen, wenn es uns gelingt, Weltoffenheit und Toleranz mit sozialer Stabilität, mit Perspektiven und mit Entwicklungschancen für den einzelnen zu verbinden.

Über die Probleme des Rechtsextremismus darf aber nicht die Gefährdung durch Linksextremisten, hier insbesondere die sogenannten Autonomen, in Vergessenheit geraten. Jedwede Gewaltanwendung muß auf allgemeine gesellschaftliche Ablehnung und Ächtung stoßen.



Alwin ZIEL

Minister des Innern des Landes Brandenburg

Potsdam, im Juni 1998

Inhaltsverzeichnis	Seite
Verfassungsschutz und Demokratie	7
Das Grundgesetz – eine wehrhafte Verfassung	7
Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde – Auftrag, Aufgaben und Befugnisse	8
Die Kontrolle über die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde	9
Organisationsstruktur und Haushaltsmittel der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde	10
Verfassungsschutz durch Aufklärung	11
Öffentlichkeitsarbeit	12
Aufklärungsarbeit	12
Broschüren und Vorträge	14
Politischer Extremismus	15
1. Rechtsextremismus	15
Rechtsextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland	15
Rechtsextremistisch orientierte Jugendszene	15
Neonazis	17
Rechtsextremistische Parteien und ihre Nebenorganisationen	22
Weltanschauungsgemeinschaften, Verlage und Vertriebsdienste, "Neue Rechte"	24
Neuere Trends in der rechtsextremistischen Agitation und Propaganda	26
Nutzung moderner Kommunikationstechniken durch Rechtsextremisten	30
Rechtsextremismus im Land Brandenburg	33
Rechtsextremistisch orientierte Jugendszene	36
Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten	41
Neonazis	46
- Die Nationalen e.V. und sog. unabhängige Kameradschaften	46
- Gefangenenhilfsorganisationen	56
- Sonstige	57
Rechtsextremistische Parteien und ihre Nebenorganisationen	60
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	60
- Junge Nationaldemokraten (JN)	63
- Deutsche Volksunion (DVU)	65
- Die Republikaner (REP)	67

Vereine und Weltanschauungsgemeinschaften	70
- Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	70
Ausblick	72
Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Gruppierungen	74
Rechtsextremistisch motivierte Straftaten	75
2. Linksextremismus	76
Linksextremistische Bestrebungen	
in der Bundesrepublik Deutschland	76
Linksextremismus im Land Brandenburg	81
Linksextremistisch orientierte Jugendszene	82
Anarchisten	88
Gefangenenhilfsorganisationen	89
- Rote Hilfe e.V.	
Linksextremistisch motivierte Gewalttaten	90
Marxistisch-leninistische Parteien und Organisationen	96
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	96
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	97
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	98
Ausblick	99
Mitgliederzahlen linksextremistischer Gruppierungen	100
Linksextremistisch motivierte Straftaten	101
3. Ausländerextremismus	102
Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland	102
Sicherheitslage im Land Brandenburg	105
- Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	107
- Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	107
Ausblick	108
4. Beobachtung der Scientology-Organisation	109
Rechtliche Zulässigkeit der Beobachtung	109
Beobachtung im Land Brandenburg	110
"Vertrauliches Telefon"	110
Broschüre zur SO	110
Spionageabwehr	111
Arbeitsweise der Spionageabwehr	112
Arbeitsweise fremder Nachrichtendienste	112
Wesentliche fremde Nachrichtendienste	113
- Russische Föderation	113
- Sog. Krisenländer des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens	114
Ausblick	114
Geheimschutz	116

Anhang (Abkürzungsverzeichnis, Sachwortregister, Begriffserläuterungen, Gesetzestexte)

VERFASSUNGSSCHUTZ UND DEMOKRATIE

Das Grundgesetz – eine wehrhafte Verfassung

Die erste demokratische Verfassung in Deutschland, die Weimarer Reichsverfassung von 1919, stand den Angriffen ihrer Gegner von rechts und links ohne verfassungsrechtlichen Schutz gegenüber; sie wurde von den Nationalsozialisten schließlich ausgeschaltet. Unter dem Eindruck dieser Erfahrungen wurde 1949 in die neue Verfassung, das Grundgesetz (GG), ein komplexes Schutzsystem zur Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – der obersten Wertprinzipien unserer Verfassung – eingefügt:

*komplexes
Schutzsystem*

- die Unabänderbarkeit wesentlicher Grundsätze der Verfassung selbst durch den Gesetzgeber (Art. 79 Abs. 3 GG);
- die Verwirkung bestimmter Grundrechte (zum Beispiel Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit), wenn diese zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht werden (Art. 18 GG);
- das Recht, Parteien und sonstige Vereinigungen zu verbieten, wenn sie darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen (Art. 9 Abs. 2, 21 Abs. 2 GG).

Darüber hinaus ermächtigt das Grundgesetz den Bund zur Einrichtung einer Zentralstelle zur Sammlung von Unterlagen über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und die Sicherheit von Bund und Ländern (Art. 73 Nr. 10b, 87 Abs. 1 S. 2 GG). 1950 wurde das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erlassen, das den Bund und jedes Land zur Errichtung von Verfassungsschutzbehörden verpflichtet; dieses Gesetz wurde 1990 durch ein neues Bundesverfassungsschutzgesetz abgelöst. Am 5. April 1993 hat der Landtag das Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz – BbgVerfSchG) beschlossen.

*Bundes-
verfassungs-
schutzgesetz*

Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde – Auftrag, Aufgaben und Befugnisse

*Unterrichtung
über Gefahren
für die freiheitliche
demokratische
Grundordnung*

Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg ist das Ministerium des Innern. Ihr Auftrag ist nach § 1 Abs. 2 BbgVerfSchG die Unterrichtung der Landesregierung und anderer zuständiger Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder. Dadurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, rechtzeitig Maßnahmen zur Abwehr dieser Gefahren zu ergreifen.

Gemäß § 3 BbgVerfSchG sammelt die Verfassungsschutzbehörde zur Erfüllung dieses gesetzlichen Auftrags Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen, über

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben;
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht;
- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährden.

Solche Informationen wertet die Verfassungsschutzbehörde aus. Sie darf jedoch nur dann tätig werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine der genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten vorliegen.

Ferner wirkt die Verfassungsschutzbehörde auf Ersuchen der zuständigen Stellen beim personellen und materiellen Geheimschutz mit; es handelt sich dabei um die Sicherheitsüberprüfung von bestimmten Personen und um technische Sicherheitsmaßnahmen.

*Bindung
an Recht
und Gesetz*

Grundlegendes Prinzip der Verfassungsschutz Tätigkeit ist die Bindung an Recht und Gesetz gemäß § 6 Abs. 1 BbgVerfSchG, womit der bereits nach Art. 20 Abs. 3 GG für alles staatliche Handeln geltende Grundsatz bekräftigt wird. Daraus folgt unter anderem, daß im Rahmen der Verfassungsschutzarbeit keine Straftaten begangen werden dürfen.

Den ganz überwiegenden Teil seiner Informationen erhält der Verfassungsschutz aus offenen, oft jedermann zugänglichen Quellen, wie Zeitungen und weiteren Medien, Büchern, Flugblättern und anderen Publikationen sowie aus öffentlichen Veranstaltungen, ferner durch Mitteilungen von Behörden.

Da jedoch eine offene Informationserhebung nicht immer möglich oder effektiv ist, darf die Verfassungsschutzbehörde in bestimmten Fällen die in § 6 Abs. 3 BbgVerfSchG abschließend aufgezählten sogenannten nachrichtendienstlichen Mittel einsetzen. Hierzu gehören unter anderem der Einsatz von geheimen Informanten und verdeckten Ermittlern, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen außerhalb des Schutzbereichs der Wohnung im Sinne des Art. 13 GG sowie die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG und des dazu ergangenen Ausführungsgesetzes für das Land Brandenburg (G 10 AG Bbg).

Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel stellt einen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar. Deshalb ist er gemäß § 7 BbgVerfSchG nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig und wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, den Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise unmöglich ist. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel muß immer dem Verhältnismäßigkeitsgebot genügen.

Dem Verfassungsschutz stehen keine polizeilichen Befugnisse zu; er darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen er selbst nicht befugt ist (Art. 11 Abs. 3 Verfassung des Landes Brandenburg).

Die Kontrolle über die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde

Die Brandenburger Verfassungsschutzbehörde unterliegt einer mehrfachen Kontrolle.

Zum einen besteht die besondere parlamentarische Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Landtages. Sie hat einen Anspruch darauf, von der Landesregierung unter anderem umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und Vorgänge von besonderer Bedeutung sowie auf Verlangen auch über Einzelfälle unterrichtet zu werden (§§ 23, 25 BbgVerfSchG). Unbeschadet dieser besonderen Kontrolle besteht noch die allgemeine Kontrolle der Landesregierung durch den Landtag.

*nachrichtendienstliche
Mittel*

*mehrfache
Kontrolle*

Landtag

Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG werden durch eine vom Landtag gewählte unabhängige Kommission (G 10-Kommission) auf Zulässigkeit und Notwendigkeit überprüft, und zwar grundsätzlich vor dem Vollzug (§§ 2, 3 G 10 AG Bbg).

Auch einzelne Bürgerinnen und Bürger können eine mittelbare Kontrolle des Verfassungsschutzes ausüben, indem sie sich an die Parlamentarische Kontrollkommission wenden. Darüber hinaus hat jeder das Recht, Auskunft und Akteneinsicht von der Verfassungsschutzbehörde zu verlangen (§ 12 BbgVerfSchG). Sie erteilt grundsätzlich jedem unentgeltlich Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten sowie den Zweck und die Rechtsgrundlage ihrer Speicherung; auf Antrag kann auch Akteneinsicht gewährt werden. Auskunftserteilung und Akteneinsicht dürfen nur dann versagt werden, wenn das öffentliche Interesse an der Geheimhaltung der Erkenntnisse sowie der nachrichtendienstlichen Arbeitsmethoden und Mittel der Verfassungsschutzbehörde gegenüber dem Interesse der Person überwiegt. Im Jahre 1997 haben 13 Bürger Auskunft erhalten.

Selbstverständlich unterliegen die Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde auch der gerichtlichen Kontrolle. Eine Kontrollfunktion hat auch der Landesbeauftragte für den Datenschutz. Er hat Zugang zu allen Unterlagen, die personenbezogene Daten enthalten. Seine Kontrolle kann auch von einem Bürger ausgelöst werden. Der Datenschutzbeauftragte überprüft auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des Datenschutzgesetzes die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung durch die Verfassungsschutzbehörde.

Organisationsstruktur und Haushaltsmittel der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde

Das Ministerium des Innern unterhält für seine Aufgabe als Verfassungsschutzbehörde des Landes eine besondere Abteilung. Diese gliedert sich in sieben Referate (Zentrale Dienste, Rechts- und Grundsatzangelegenheiten; Verfassungsschutz durch Aufklärung; Auswertung politischer Extremismus; Beschaffung politischer Extremismus; Spionageabwehr; Geheimschutz; Observation und nachrichtendienstliche Technik).

Im Haushaltsjahr 1997 waren für die Verfassungsschutzabteilung 109 Planstellen vorgesehen; am 31. Dezember 1997 waren 97 besetzt.

Die Personalkosten, errechnet unter Zugrundelegung von Durchschnittswerten, beliefen sich auf rund 6.230.000 DM.

An Haushaltssachmitteln standen 1.537.000 DM zur Verfügung; davon wurden 1.176.920,76 DM ausgegeben.

VERFASSUNGSSCHUTZ DURCH AUFKLÄRUNG

Der demokratische Rechtsstaat kann nicht allein von staatlichen Behörden geschützt und bewahrt werden. Dies ist auch Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger. Denn der beste Verfassungsschutz ist der kritische, engagierte und demokratische Bürger selbst.

Die Bedeutung der politischen Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen erfordert eine intensive Aufklärung über Art und Umfang der Gefahren, die durch politischen Extremismus drohen.

Nur aufgeklärte Bürger sind in der Lage, die wahren Absichten extremistischer Bestrebungen zu erkennen, sie kritisch zu bewerten und ihnen letztlich nicht zu erliegen.

Auch wenn unsere Demokratie gefestigt ist, müssen aktuelle und latente Risiken und Gefährdungen beachtet werden: Gewalt und Extremismus, Intoleranz und Ausländerhaß, übersteigter Nationalismus und Fundamentalismus. Die Landesregierung mißt der präventiven und offensiven Auseinandersetzung mit diesen Erscheinungen besondere Bedeutung zu. Sie gibt deshalb der geistig-politischen Auseinandersetzung hohe Priorität.

Obwohl die Verfassungsschutzbehörden Nachrichtendienste sind, nimmt die Aufgabe "Verfassungsschutz durch Aufklärung" einen breiten Raum ein. Der brandenburgische Verfassungsschutz bekennt sich zum offenen gesellschaftlichen Dialog. Im Widerspruch zu manchem Vorurteil sucht er bewußt und braucht er die Öffentlichkeit. Er benötigt die Hilfe der Bürger, sich demokratiefeindlichen Bestrebungen engagiert entgegenzustellen. Fremdenfeindlich und überhaupt extremistisch motivierte Straftaten müssen auf allgemeine gesellschaftliche Ächtung stoßen.

Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde fühlt sich in besonderem Maße dem Grundsatz der Bürgernähe und auch der Präventionsarbeit verpflichtet.

*politische
Auseinander-
setzung mit
verfassungs-
feindlichen
Bestrebungen*

*offener
gesell-
schaftlicher
Dialog*

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes informiert über

- die zu verteidigende freiheitliche demokratische Grundordnung;
- die offen verwertbaren Ergebnisse der nachrichtendienstlichen Facharbeit;
- die Institution des Verfassungsschutzes.

Medien- kontakte

Vielfache Medienkontakte haben auch 1997 die Öffentlichkeitsarbeit bestimmt, sei es durch Interviews, Redaktionsbesuche oder Hintergrundgespräche.

Der Verfassungsschutzbericht 1996 mußte als erster Verfassungsschutzbericht des Landes nachgedruckt werden, weil die Nachfrage die erste Auflage bei weitem überstieg. Wie in den Jahren zuvor wurde er an Behörden, Schulen, Verbände und Parteien sowie an interessierte Bürger versandt, wobei die Nachfrage von privaten Abnehmern weiter stieg.

Broschüren

Neben dem Jahresbericht verteilte die Behörde umfangreiches Material über Rechts-, Links- und Ausländerextremismus, zur Spionageabwehr sowie zum Thema Extremisten und Informationstechnik. In einer Auflagenhöhe von 7 500 Exemplaren veröffentlichte sie eine Broschüre mit dem Titel "Scientology – Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes".

Diskussionen

Mitarbeiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes nahmen 1997, dem "Europäischen Jahr gegen Rassismus", an Diskussionen im Rahmen von Aktionswochen oder -tagen gegen Extremismus und Gewalt teil, die u. a. in Templin, Schwedt und Nauen stattfanden. Außerdem waren sie, nun schon zum dritten Mal, mit einem Informationsstand bei der Auftaktveranstaltung zur "Woche des ausländischen Mitbürgers" in Brandenburg a.d.H. vertreten.

Aufklärungsarbeit

Die Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes wendet sich an die Bürger des Landes, um Wesen und Inhalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu verdeutlichen sowie über das komplexe Schutzsystem unserer Verfassung zur Bewahrung dieser Wertordnung und über Aufgaben und Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden zu informieren. In besonderer Weise wird dabei die geistig-politische Auseinandersetzung mit Themen insbesondere des politischen Extremismus gefördert.

Vorträge
an Schulen



*Wander-
ausstellung
"Demokratie –
aber sicher!"*

*"Fairständnis –
Menschenwürde
achten –
Gegen
Fremdenhaß"*

dabei, daß die Institution Verfassungsschutz stets als solche erkennbar ist.

Seit Ende 1994 ist die gemeinsame Wanderausstellung der Verfassungsschutzbehörden aller neuen Bundesländer "Demokratie – aber sicher!" ein zentrales Element der Aufklärungsarbeit. Die ständig von Mitarbeitern begleitete Ausstellung, in der einzelne Grundrechte erläutert, die politischen Bedrohungspotentiale der demokratischen Ordnung durch verfassungsfeindliche Aktivitäten benannt und auch die damit verbundenen Aufgaben des Verfassungsschutzes erklärt werden, richtet sich gerade an Jugendliche. Um sie zu erreichen, wird die Ausstellung bei ihrem Umlauf in Brandenburg überwiegend in Schulen der Sekundarstufe I und II gezeigt, aber auch in Jugendeinrichtungen. Eine Beteiligung der Ausstellungsbetreuer am Unterrichtsfach Politische Bildung ergänzt das Angebot.

Bis Ende 1997 wurde die Ausstellung in 22 Städten und Gemeinden des Landes Brandenburg gezeigt; etwa 9 200 Besucher, überwiegend im Alter zwischen 14 und 20 Jahren, informierten sich. Zur Ausstellung gehören seit ihrer Eröffnung immer wieder aktualisierte Computerspiele, Videos, Faltblätter, Broschüren sowie ein die Jugendlichen direkt ansprechendes Begleitheft.

In die Ausstellung integriert ist die seit 1993 bundesweit laufende Aufklärungskampagne "Fairständnis – Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß".

Broschüren und Vorträge

Die von der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde herausgegebenen Broschüren und Jahresberichte werden kostenlos abgegeben. Außerdem werden Fachleute des Verfassungsschutzes zu Vorträgen und Diskussionen vermittelt. Interessenten wenden sich bitte an:

Ministerium des Innern

Referat V/2

Henning-von-Tresckow-Straße 9 - 13

14467 Potsdam

Telefon: (0331) 866 2567

Telefax: (0331) 866 2585

POLITISCHER EXTREMISMUS

1. RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland

Die meisten Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland lassen sich einer der folgenden vier Kategorien zuordnen:

- Angehörige rechtsextremistisch orientierter Jugendcliquen mit oft hoher Gewaltbereitschaft;
- Anhänger eines “erneuerten” Nationalsozialismus (Neonazis);
- Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und Vereinigungen;
- Mitglieder rechtsextremistischer Weltanschauungsgemeinschaften, Inhaber und Betreiber einschlägiger Verlage und Vertriebsdienste, einzelne Ideologen der sog. “Neuen Rechten” und deren Anhänger.

*Kategorien
des Rechts-
extremismus*

Zwischen diesen einzelnen Trägergruppen des Rechtsextremismus gibt es selbstverständlich vielfache Berührungspunkte und Überschneidungen.

Rechtsextremistisch orientierte Jugendszene

Die rechtsextremistisch orientierte Jugendszene ist ein diffuses, von anderen Jugendmilieus nicht immer eindeutig abgrenzbares Gebilde. Sie unterliegt einer hohen personellen Fluktuation, ist in ihrem Gesamtbestand aber annähernd konstant. Viele der einschlägigen Jugendcliquen werden von Skinheads gebildet.

Seit einigen Jahren hat das “Lebensgefühl” der Skinheadszenen weitere Bereiche der Jugendsubkultur so sehr beeinflusst, daß die für sie typischen Attribute und Einstellungen auch auf zahlreiche andere Jugendliche abfärben. Umgekehrt legten viele Skinheads – ohne sich aus der Szene zu lösen – ihr “Outfit” ab, um sich äußerlich den Konventionen anzupassen oder Nachstellungen durch Angehörige linksextremistisch orientierter Szenen zu entgehen.

Skinheads

Konzerte

*CD-Cover
der rechts-
extremistischen
Skinhead-Band
"Senfheads" aus
Senftenberg.*

Mit der steigenden Zahl von Skinhead-Konzerten erfährt die Skinheadbewegung seit etwa 1995 einen erneuten Auftrieb. Größere Skinhead-Konzerte, die auch erheblichen Zulauf durch sonstige rechtsextremistisch orientierte Jugendliche finden, werden seitdem im In- und Ausland zunehmend konspirativ vorbereitet und durchgeführt. Konzerte im benachbarten Ausland werden oft auch von Skinheads aus Deutschland besucht, während umgekehrt ausländische Skinheads an Konzerten in der Bundesrepublik teilnehmen. Neben besonders geschätzten Kultbands aus Großbritannien und den USA treten auch Bands aus Polen und Ungarn mitunter gemeinsam mit deutschen Bands auf. Entsprechende Kontakte werden auch genutzt, um CDs einschlägiger Bands wegen der konsequenten Strafverfolgung in der Bundesrepublik Deutschland von ausländischen Firmen produzieren und verbreiten zu lassen. Eine führende Stellung nimmt dabei der dänische Vertrieb "NS 88" ein.

Der Handel mit Tonträgern rechtsextremistischer Skinhead-Bands – zum Beispiel mit der inzwischen nach dem Gesetz über die Verbreitung ju-

gendgefährdender Schriften indizierten CD "12 Doitsche Stimmungshits" der "Zillertaler Türkenjäger" – weitet sich auch in Deutschland aus.

Die Polizei durchsuchte am 6. August Wohnungen und Geschäftsräume in zehn Bundesländern, darunter in Brandenburg. Die Aktion richtete sich gegen 16 Vertriebe und 24 Einzelpersonen. Sichergestellt wurden u. a. Tonträger mit rechtsextremistischen Inhalten, Hakenkreuzfahnen, Propagandamaterial und sogar Kriegswaffen.



International formiert sich ein Teil der Skinheadbewegung in den – gelegentlich miteinander konkurrierenden – Zusammenschlüssen "Blood & Honour" ("Blut und Ehre") und "Hammerskins". Viele Skinheads lehnen allerdings beide Bewegungen wegen ihres Eliteanspruchs ab.

Neonazistische Aktivisten finden nur vereinzelt in der Skinheadszene

Akzeptanz, beispielsweise dann, wenn sie die Organisation von Skinhead-Konzerten und den Vertrieb von zum Teil indizierten Tonträgern übernehmen oder ihre Publikationen nach Art von "Fanzines"¹ gestalten (Beispiel: "Hamburger Sturm"). Die Neonazis selbst verfolgen dabei verschiedene Absichten: Sie wollen ihren politisch-ideologischen Einfluß ausdehnen und neue Kader anwerben oder aber rein kommerzielle Interessen befriedigen.

Die Mehrzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten – ganz überwiegend sind es sog. Propagandadelikte – wird von Angehörigen rechtsextremistisch orientierter Jugendcliquen begangen. Sofern es sich dabei um Gewalttaten handelt, kommen die Täter fast ausschließlich aus dieser Szene. Bundesweit wird von ca. 7600 unorganisierten militanten Rechtsextremisten ausgegangen.

Bezogen auf die Einwohnerzahl, ereigneten sich auch 1997 überproportional viele Gewalttaten in den ostdeutschen Ländern. Brandenburg ist davon besonders betroffen. Allerdings haben einschlägige Gewalttaten in Brandenburg 1997, entgegen dem Trend in manchen anderen Bundesländern, zahlenmäßig nicht wesentlich zugenommen.

Eine einfache, schlüssige Erklärung für die Gewaltexzesse und ihre Ursachen läßt sich nicht finden. Unter den Tätern überwiegen männliche Jugendliche und Jungerwachsene, die häufig nur über ein niedriges Schulbildungsniveau verfügen und teils noch in der Ausbildung, teils schon im Berufsleben stehen oder – seltener – arbeitslos sind. Sie leben aggressive Antriebe, zumal wenn der Alkohol sie enthemmt, rücksichtslos aus. Moralische oder emotionale Barrieren, die sie daran hindern könnten, werden dabei vom Drang nach Gewalt hinweggerissen oder existieren schon gar nicht mehr.

An den rechtsextremistisch motivierten Straftaten beteiligen sich immer öfter ganz junge Menschen, selbst Kinder. Auch Mädchen sind jetzt häufiger darunter.

Neonazis

Die Neonazis gewinnen ihre ideologischen und programmatischen Vorstellungen aus dem Nationalsozialismus (NS). Ihre nationalistischen und rassistischen politischen Forderungen entsprechen in wesentlichen Elementen dem Parteiprogramm der "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" (NSDAP) von 1920.

Innerhalb der Neonaziszene knüpft man an verschiedene Traditionslinien des Nationalsozialismus an. Während manche die Person, die politischen Vorstellungen und das Regime Hitlers als Vorbild ansehen, orientieren sich andere an der "antikapitalistischen" und "sozial-

*rechts-
extremistisch
motivierte
Gewalttaten*

*Traditionslinien
des National-
sozialismus*

¹ Fan-Magazine der Skinheads

Verbote und Beschlagnahmen

revolutionären" Tradition seiner ehemaligen "Sturmabteilung" (SA). Darüber hinaus gibt es Bestrebungen, den Neonazismus zu modernisieren und zugunsten einer bei den Problemen der Gegenwart ansetzenden Agitation die Verherrlichung des NS-Regimes in den Hintergrund treten zu lassen.

Die seit 1992 gegen Neonazis ausgesprochenen Organisations- und Veranstaltungsverbote, die häufige Beschlagnahme von Propagandamaterialien und andere staatliche Sanktionen haben die Neonaziszene verunsichert. Nachdem der Minister des Innern des Landes Brandenburg 1995 bereits die "Direkte Aktion/Mitteldeutschland" (JF) verboten hatte, traf diese Maßnahme des demokratischen Rechtsstaats am 15. August 1997 nunmehr die "Kameradschaft Oberhavel".

Die Reaktionen der Neonazis auf Organisationsverbote sind unterschiedlich.

Einzelne Aktivisten verbotener Organisationen erklären ihren Rückzug aus dem politischen Kampf; gelegentlich geschieht dies nur aus taktischen Gründen, um bei anstehenden Prozessen Vorteile zu erlangen. Andere wiederum wenden sich legalen rechtsextremistischen Organisationen zu, um sie in ihrem Sinne zu dominieren. Auch gibt es Versuche, verbotene Organisationen unter anderem Namen weiterzuführen.

Die unter Strafe stehende Fortführung verbotener Vereinigungen in Nachfolge- oder Ersatzorganisationen ist nicht immer eindeutig zu belegen. In dem von September 1995 bis Juli 1997 vor dem Landgericht Koblenz geführten Prozeß wegen Fortführung der verbotenen "Deutschen Alternative" (DA) wurden von den 16 Angeklagten zwölf mangels Beweisen freigesprochen, bei zwei Angeklagten wurde das Verfahren eingestellt und lediglich zwei Angeklagte erhielten eine Geldstrafe bzw. Haftstrafe auf Bewährung.

Reaktionen

Unter dem Druck von Organisationsverboten und sonstigen staatlichen Maßnahmen sahen sich die Neonazis veranlaßt, ihre Aktions- und Organisationsformen diesen Erschwernissen anzupassen. Sie verfolgen dabei verschiedene Ansätze.

- Einer besteht in der Unterwanderung legaler Organisationen. Hierfür wirbt u. a. das von der "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation" (NSDAP/AO) herausgegebene Hetzblatt "NS-Kampftruf". Von ihm erschienen 1997 weitere in den USA hergestellte Ausgaben, obwohl sein Initiator, der deutsch-amerikanische Neonazi Gerhard LAUCK, weiterhin die vom Landgericht Hamburg verhängte Freiheitsstrafe von 4 Jahren verbüßt. Zum Thema ist in der 118. Ausgabe vom August 1997

unter der Überschrift "Nationalsozialistisches Strategiepapier der NSDAP/AO – Für die kämpfende Minderheit! – Teil 2: Möglichkeiten des Widerstandes!" unter anderem zu lesen:

"Um am Tag X nicht mit leeren Händen dazustehen und die revolutionären Veränderungen für uns kalkulierbarer zu machen, sollte(n) eine massive Unterwanderung durch nationalsozialistische Kräfte bei der jeweils hoffnungsvollsten nationalistischen oder konservativen Partei erfolgen und entsprechende Schlüsselpositionen besetzt werden. Das heißt in der Konsequenz, daß es legitim erscheint, bestehende Parteien und Institutionen – wenn wir selbst keine eigenen gründen können – so zu unterwandern, daß man sie benutzt(,) um eigene Ideen zu transportieren. (...) Es sollte unser Ziel sein, jeden Bereich nach und nach mit Nationalsozialisten/innen zu besetzen(,) um somit flächendeckend bei einer späteren Verteilung der Macht die entscheidende(n) Positionen einzunehmen und somit unserer Idee zum Siege zu verhelfen."

Unterwanderung

- Am Vorbild der Autonomen orientiert ist hingegen das Konzept der "unabhängigen Kameradschaften". Diese jeweils an einem Ort oder in einer Region konspirativ agierenden Personenzusammenschlüsse ohne formelle Mitgliedschaft sind selbständig und durch informelle Kontakte ihrer Führungspersonen miteinander verbunden. Die Vernetzung erfolgt mit Hilfe von Mobiltelefonen, Infotelefonen, Mailboxen und zunehmend des Internets.

"unabhängige
Kamerad-
schaften"

Für die Selbstbestätigung und das Zusammengehörigkeitsgefühl der zersplitterten Szene sind Aktionen unverzichtbar, bei denen Neonazis in größerer Zahl gemeinsam in der Öffentlichkeit auftreten. Dafür stellen sie kontroverse Auffassungen und persönliche Differenzen, die sie sonst trennen, zeitweilig zurück.

Die "Rudolf-Heß-Aktionswoche" hatte für die Neonaziszene im zehnten Todesjahr von Heß eine herausgehobene Bedeutung. Das "Rudolf-Heß-Aktionskomitee", in dem 1997 ausschließlich Neonazis mitwirkten, verkündete im Juni 1997, es werde auch in diesem Jahr einen zentralen "Rudolf-Heß-Marsch" geben. Das geplante medienwirksame Auftreten blieb den Neonazis aber versagt. Bereits ihre Vorbereitungen waren unzureichend, während die Sicherheitsbehörden sich auf verschiedene Eventualfälle eingestellt hatten.

"Rudolf-Heß-
Marsch"

Am 16. August mißlang den Neonazis angesichts starker Polizeipräsenz der Versuch, einen zentralen Aufmarsch in Wolfenbüttel zu veranstalten; anschließend verhinderte die Polizei eine Kundgebung in Braunschweig. Danach kam es in Königslutter zu Auseinandersetzungen

zwischen Linksextremisten und etwa 120 Neonazis; die Polizei nahm 100 Personen, unter ihnen 15 Gegendemonstranten, vorübergehend in Gewahrsam. In Halle (Saale) kam es gleichfalls zu Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten, als etwa 40 Neonazis eine "Heß-Kundgebung" durchzuführen versuchten. Auf Helgoland erhielten 14 Personen aus einer Gruppe von über 30 Neonazis, die Flugblätter verteilen und ein Transparent entrollen wollten, polizeirechtliche Platzverweise.

Auch Rechtsextremisten aus Brandenburg waren an diesem Tag unter-

wegs: Im hessischen Melsungen wurde eine Personengruppe aus Fürstenwalde von der Polizei festgenommen, die sich unterwegs zur beabsichtigten Teilnahme an einem zentralen "Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" befand. Es handelte es sich um Mitglieder der den "Nationalen" nahestehenden Kameradschaft Fürstenwalde, die sich "Nationalistische Widerstandsgruppe Fürstenwalde/Spree" nennt.

In vielen Orten wurde im August Heß-Propagandamaterial verteilt und geklebt.

Wie in den Vorjahren suchten deutsche Rechtsextremisten Gelegenheit, zum "Heß-Gedenken" wenigstens im Ausland zu demonstrieren. Etwa zehn Deutsche waren unter den 130 Personen, die im dänischen Köge an einer von der "Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung" (DNSB) veranstalteten "Heß-Kundgebung"

teilnahmen. Weiteren 35 deutschen Rechtsextremisten war die Einreise nach Dänemark verwehrt worden.

Unter den Neonazis bleibt weiterhin umstritten, ob man, um den deutschen Sicherheitsbehörden auszuweichen, "Heß-Kundgebungen" im Ausland für einen Auftritt nutzen solle.



Auch am Volkstrauertag – den Rechtsextremisten, der NS-Terminologie folgend, als “Heldengedenktage” reklamieren – gelangen ihnen keine Aktionen von überregionaler Bedeutung.

Der Soldatenfriedhof in Halbe war in den Jahren 1991 und 1992 Ort größerer neonazistischer Kundgebungen; in den Folgejahren waren weitere Aufmärsche geplant, die aber jeweils verboten und wirksam verhindert wurden. 1997 erfolgte erstmals keine Anmeldung für eine solche Veranstaltung mehr. Die in Brandenburg für die Orte Seelow, Lietzen und Gorgast von der “Nationaldemokratischen Partei Deutschlands” (NPD) angemeldeten Kundgebungen wurden verboten und fanden nicht statt.

Erwähnenswert ist eine Kundgebung am 24. Mai in Bad Segeberg, wo etwa 200 Neonazis unter der Losung “Gegen den Euro, die EG-Mißwirtschaft und den Sozialabbau” demonstrierten.

Als großer Erfolg für den “nationalen Widerstand” wurde die Demonstration am 1. März in München gegen die Ausstellung “Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht” gefeiert. Für diese von der NPD angemeldete Kundgebung hatten auch zahlreiche neonazistische Gruppierungen ihre Anhänger mobilisiert. Unter den rund 4 300 Teilnehmern befanden sich aber nicht nur Extremisten.

Seit 1927 treffen sich im belgischen Diksmuide flämische Gruppierungen, um der gefallenen Flamen des 1. Weltkrieges zu gedenken. Am Vorabend dieser traditionellen Gedenkfeier, der “Ijzerbedevaart”, findet alljährlich ein internationales “Kameradschaftstreffen” statt, zu dem auch Rechtsextremisten anreisen. Die Beteiligung deutscher Rechtsextremisten verringerte sich 1997 gegenüber den Vorjahren nochmals auf nunmehr ca. 80 Personen.

Zum Andenken an die Gefallenen beider Weltkriege findet jährlich in Österreich nahe Klagenfurt das “Ulrichbergtreffen” statt. Seit ehemalige Angehörige der “Waffen-SS” auf die Feier Einfluß nehmen, ist sie auch zum Treffpunkt von Rechtsextremisten verschiedener Länder geworden. Am 5. Oktober wurden unter den rund 5 000 Teilnehmern ca. 70 ausländische Rechtsextremisten, davon 30 aus Deutschland, festgestellt.

An den Gedenkfeiern zum Todestag des spanischen Diktators General Franco vom 21. bis 23. November im Raum Madrid nahmen 1997 an die 5 000 Personen teil. Zu ihnen zählten rund 100 deutsche Rechtsextremisten.

Derzeit gibt es keine terroristische Vereinigung von Rechtsextremisten, die mit der linksterroristischen “Rote Armee Fraktion” (RAF)

Kundgebungen

Gedenkfeiern

vergleichbar wäre. Dazu fehlt es u. a. an der Logistik und insbesondere an dem für das Operieren im Untergrund erforderlichen Unterstützungsumfeld. Ideologisch verblendete Einzelgänger, zumal solche mit psychopathologischen Zügen, sind aber durchaus zu Terroranschlägen mit politischer Zielrichtung imstande.

Zu nennen ist hier der Berliner Kay DIESNER. Seinen Taten ging folgendes voraus: Am 15. Februar kam es bei einem von den "Jungen Nationaldemokraten" (JN) angekündigten Aufmarsch in Berlin-Hellersdorf zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Linksextremisten (s. dazu S. 64). In der neonazistischen Szene wurden dafür letztlich Politiker der PDS verantwortlich gemacht. Aus Haß auf diese für ihn "extrem deutschfeindliche Partei" schoß DIESNER am 19. Februar im Haus der PDS-Bezirksgeschäftsstelle einen Buchhändler mit einer Schrotflinte nieder und verletzte ihn lebensgefährlich. Dann verließ er Berlin. Am 23. Februar schoß DIESNER auf einem Autobahnparkplatz in Schleswig-Holstein auf zwei Polizeibeamte, die ihn kontrollieren wollten; den Polizeiobermeister Stefan Grage tötete er, dessen Kollegen verletzte er schwer. Bei der Vernehmung behauptete DIESNER, Mitglied des "Weißen Arischen Widerstands" zu sein, und nahm für sich die Rolle eines "politischen Soldaten und Freiheitskämpfers für die weiße Rasse" in Anspruch. Am 1. Dezember verurteilte das Lübecker Landgericht DIESNER zu lebenslanger Freiheitsstrafe.

Während die Verbrechen DIESNERs in der Öffentlichkeit Entsetzen und Abscheu hervorriefen, solidarisierte sich ein Teil der Neonazis mit ihm. In der "Freien Stimme", dem Organ der "Sauerländer Aktionsfront", Nr. 13, wurde er als "Kriegsgefangener des Systems" bezeichnet. Weiter heißt es: *"Wir sind Revolutionäre. Das System führt Krieg gegen uns (...) Kamerad Diesner hatte die Kriegserklärung unserer Feinde an- und den bewaffneten Kampf aufgenommen."* Diese "Rechtfertigung" beweist, daß einzelne Neonazis selbst die Ermordung des politischen Gegners für legitim halten.

Rechtsextremistische Parteien und ihre Nebenorganisationen

Den zahlenmäßig größten Anteil am rechtsextremistischen Spektrum stellen nach wie vor Parteien: die "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) samt ihrer Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN), die "national-freiheitliche" Partei "Deutsche Volksunion" (DVU) oder die sich als "sozialpatriotisch" verstehenden "Republikaner" (REP).

Diese Parteien waren 1997 allesamt nicht in der Lage, die Wähler erfolgreich von ihrer Programmatik zu überzeugen. Das beweisen ihre jeweiligen Wahlergebnisse bei der Kommunalwahl am 2. März in Hessen und der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 21. September (s. dazu Seiten 62, 66, 67). Die DVU scheiterte in Hamburg mit 4,9 Prozent allerdings nur denkbar knapp an der 5 %-Hürde.

Wahlergebnisse

Die wiederholten Wahlniederlagen bewogen diese Parteien aber nicht dazu, miteinander Wahlbündnisse einzugehen oder sich gar längerfristig zusammenzuschließen, um so das Wählerpotential zu bündeln. „Die Republikaner“ bestehen weiterhin auf ihrem Abgrenzungskurs gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien. DVU und NPD sind zur Zeit nicht in der Lage, von ihrem jeweiligen Führungsanspruch abzurücken und sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen.

Entsprechend erfolglos waren auch die im vergangenen Jahr hauptsächlich von der NPD, von ehemaligen Mitgliedern der „Republikaner“ und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) initiierten Bündnisbestrebungen, die unter Namen wie „Vereinte Rechte“, „Runde Tische“ oder „Bündnis für Deutschland“ verfolgt werden.

Bündnisbestrebungen

Die Mitgliederentwicklung bei den rechtsextremistischen Parteien – ausgenommen die NPD – stagnierte. Nach eigenen Angaben hat die NPD über 1 000 neue, zumeist junge, Mitglieder dazugewonnen. Auch die Großkundgebung am 1. März in München (s. dazu Seiten 21, 26, 62, 63, 73) unter dem Motto „Unsere Großväter waren keine Verbrecher“ hält sich die NPD zugute. Die NPD, ebenso wie ihre Jugendorganisation JN, nutzte hierbei und auch sonst ohne Scheu das Mobilisierungspotential neonazistischer Gruppierungen.



Weltanschauungsgemeinschaften, Verlage und Vertriebsdienste, "Neue Rechte"

Bei den rechtsextremistischen Weltanschauungs- und Kulturgemeinschaften handelt es sich fast durchweg um Kleinstgruppen.

Deuschtümelei

Viele dieser Vereinigungen geben sich einer bornierten Deuschtümelei hin. Anderen, wie dem Verein "Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.", geht es darum, aus rassistischem Dünkel heidnische Kulte und nordische bzw. germanische Bräuche und Traditionen wiederaufleben zu lassen. Daneben sind Gruppen entstanden, deren Mitglieder für sich in Anspruch nehmen, Vordenker in der Theorie- und Strategiediskussion der Rechtsextremisten zu sein.

*Brauchtums-
pflege*

Aufgrund der Entstehungsgeschichte dieser Gruppierungen – viele wurden in den 50er Jahren in der Bundesrepublik gegründet – bleiben ihre Aktivitäten im wesentlichen auf die westdeutschen Bundesländer beschränkt. Das Durchschnittsalter der Mitglieder ist sehr hoch.

*Gesellschaft für
Freie Publizistik*

Im vergangenen Jahr versuchte der mit 400 Mitgliedern größte rechtsextremistische Kulturverein, die "Gesellschaft für Freie Publizistik" (GFP), diesen Trend zu stoppen. Deshalb bemühte er sich um die Kooperation mit Organisationen wie der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH), deren Mitglieder durchschnittlich jünger sind. Der jährlich veranstaltete "Gesamtdeutsche Kongreß" der GFP fand vom 25. bis 27. April in Ostdeutschland statt – offenbar auch in der Hoffnung, hier verstärkt Mitglieder anzusprechen.

Die GFP propagiert den Revisionismus und polemisiert gegen die angeblich fortwirkende "Umerziehung" der Deutschen durch die Siegermächte.

Diskussionszirkel

Intellektuelle der "Neuen Rechten" haben von dem italienischen Kommunisten Gramsci das Theorem übernommen, daß vor einem politischen Umbruch zunächst die kulturelle Hegemonie errungen werden müsse. Entsprechend verstehen sie sich nicht als Politiker oder gar aktionsorientierte Widerstandskämpfer, sondern als metapolitische Denker. Sofern sie Solidarität mit rechtsextremistischen Parteien oder gar neonazistischen Vereinen üben, beschränkt sich diese zumeist auf Spendengelder. Diskussionszirkel der "Neuen Rechten" sind häufig im Umkreis von studentischen Korporationen, weltanschaulichen Vereinen und Stiftungen sowie landsmannschaftlichen Verbänden zu finden.

Den Begriff "Neue Rechte" ohne weiteres als Kennzeichnung für eine neue rechtsextremistische Strömung zu verwenden ist nicht unproble-

matisch, da bei weitem nicht alle, die sich der "Neuen Rechten" zugehörig fühlen, zweifelsfrei als Rechtsextremisten einzustufen sind. Zu den intellektuellen Zirkeln und Publikationen, auf die heute der Begriff "Neue Rechte" angewandt wird, zählen sowohl solche, die dem nationalkonservativen oder dem rechtsradikalen (also dem nichtextremistischen) Spektrum zuzurechnen sind, als auch eindeutig rechtsextremistisch geprägte, als auch schließlich manche, die sich dazwischen in einer "Grauzone" bewegen. Einige hier anzutreffende Intellektuelle meinen, fraglos auf dem Boden der Verfassung zu stehen. Andere verwischen absichtsvoll und mit Bedacht die Grenze, die den demokratischen Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland von antidemokratischen Ordnungsvorstellungen scheidet. Schließlich gibt es Organisationsgebilde und Medien in diesem Bereich, die ganz unverhohlen verfassungsfeindliche Ideen propagieren. Zu letzteren zählen beispielsweise Verlage wie der "Nation Europa Verlag" mit dem Theorie- und Strategieorgan "Nation & Europa" und der "Verlag der Freunde" mit der Zeitschrift "Sleipnir" oder unabhängige Publikationen wie "Staatsbriefe" und "Europa vorn".

Die "Neue Rechte" wird von den Verfassungsschutzbehörden nur insoweit beobachtet, als sie rechtsextremistisch oder rechtsextremistisch beeinflusst ist.

Unter den unabhängigen rechtsextremistischen Verlagen und Vertriebsdiensten wollen nur einige wenige einem intellektuellen Anspruch genügen. Viele verfolgen hauptsächlich kommerzielle Interessen. Manche haben sich auf Schriften, Erinnerungsstücke und "Devotionalien" aus der Zeit des nationalsozialistischen Regimes spezialisiert. Andere bieten ihre bevorzugten Produkte – Tonträger mit Skinheadmusik, Fahnen, Poster, szenetypische Kleidung, Aufnäher und weitere einschlägige Accessoires – gerade auch im unorganisierten rechtsextremistisch orientierten Jugendmilieu an.

B 5104

NATION & EUROPA

DEUTSCHE MONATSHEFTE

WARUM
SO VIELE
KOMMEN:

HA TRANS

Transportgesellschaft mbH
Internationale Transporte

Просто позвоните:

Тел. _____
Факс _____

Мы оформим все документы, необходимые для оплаты через
SOZIALAMT

Zauberwort
„Sozialamt“

COBURG · 47. JAHRGANG · HEFT 5 · MAI 1997 · ISSN 0027-8408

Neuere Trends in der rechtsextremistischen Agitation und Propaganda

vergangenheits- bezogene Themen

Die thematische Modernisierung des Rechtsextremismus ist 1997 nicht vorangekommen. Obwohl Rechtsextremisten die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Bundesrepublik Deutschland für Propagandazwecke auszubenten versuchen, ist es ihnen bisher nicht gelungen, sich im politischen und gesellschaftlichen Diskurs Gehör zu verschaffen; inwieweit sie bei Menschen, die ihren sozialen Status gefährdet sehen, mit Losungen wie "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" insgeheim Zustimmung finden, läßt sich noch nicht sicher abschätzen. Die Demonstration gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" am 1. März in München (s. dazu S. 21, 23, 62, 63, 73) hat gezeigt, daß vergangenheitsbezogene Themen in der rechtsextremistischen Szene nach wie vor eine größere Mobilisierungschance bieten als gegenwarts- und zukunftsbezogene Themen.

Verharmlosung des National- sozialismus

Durch Verharmlosung oder Rechtfertigung des Nationalsozialismus versuchen seine Verfechter weiterhin, den Rechtsextremismus vom Makel seiner verbrecherischen Geschichte reinzuwaschen. Der harte rechtsextremistische Revisionismus – die Leugnung des Völkermordes an den europäischen Juden – stößt aber auf breite gesellschaftliche Ablehnung.

Angesichts der ökonomischen Globalisierung und der Folgeprobleme für den Arbeitsmarkt propagieren Rechtsextremisten nationalistische Lösungen wie eine protektionistisch abgeschottete Volkswirtschaft. Verbreitete Vorbehalte gegen den "Maastrichter Vertrag" und speziell die europäische Währungsunion werden insbesondere von rechtsex-



tremistischen Parteien propagandistisch aufgegriffen. Die bevorstehende Währungsumstellung auf den Euro, aber auch die künftige Erweiterung der Europäischen Union um osteuropäische Staaten liefern den rechtsextremistischen Parteien Wahlkampfthemen, von denen sie sich größeren Stimmenzuwachs erhoffen.

Dem Ruf nach außenwirtschaftlichem Protektionismus entspricht die Forderung nach "nationaler Präferenz" bei der Verteilung knapper sozialer Ressourcen wie Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Wohnraum, sozialer Absicherung oder bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Öffentliche Mittel sollen nur oder bevorzugt Deutschen zugute kommen. Mit derartigen Parolen sollen Sozialneid und Wohlstandschauvinismus geschürt werden.

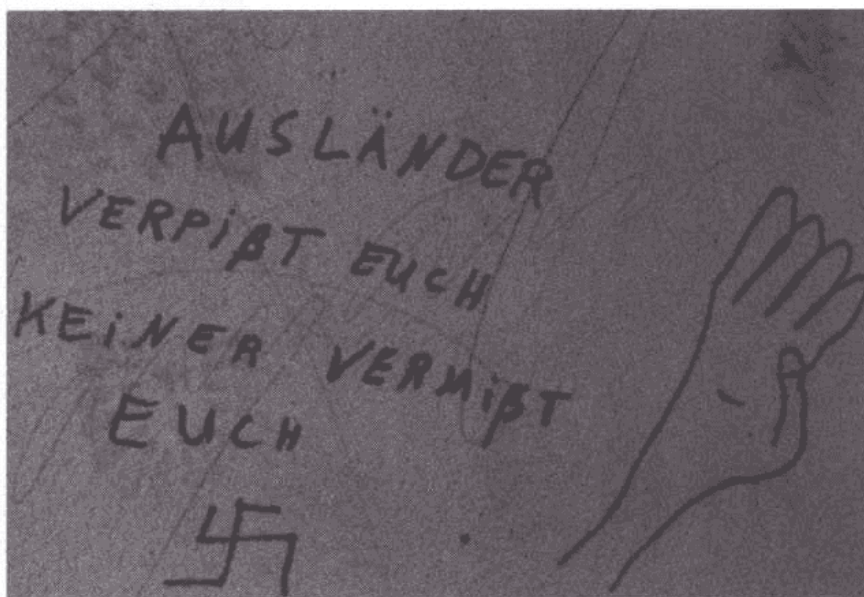
So fordert der NPD-Landesverband Berlin - Brandenburg in seinem Faltblatt "Erst der Euro, dann die Pleite": *"Deutsche Unternehmen haben zuerst deutsche Arbeitnehmer zu beschäftigen! Arbeit zuerst für Deutsche! Für die Betriebe, die ausländische Arbeitnehmer beschäftigen, ist eine Sonderrückführungssteuer einzuführen! Für die in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer ist eine eigenständige Sozialkasse einzuführen!"* Im Informationsblatt "Der Cottbuser REPUBLIKANER" heißt es: *"Es kann nicht sein, daß Millionen Einwanderer in harte Konkurrenz mit der einheimischen Bevölkerung um Arbeitsplätze treten. Wir fordern, daß deutsche Staatsbürger Vorrang bei der Vergabe von Arbeitsplätzen haben, da ihnen dieses Land gehört."* Ähnliche Argumentationen werden von rechtsextremistischen Parteien über Diskussionszirkel der "Neuen Rechten" bis zur neonazistischen Szene, ohne daß es zwischen ihnen Absprachen gäbe, mit mehr oder weniger aggressiven Tönen vertreten.

*"Arbeitsplätze
zuerst für
Deutsche"*



Nachdem der "Staatskapitalismus" – gemeint ist der Sozialismus – untergegangen ist, richtet sich die Stoßrichtung rechtsextremistischer Propaganda verstärkt gegen den "Endsieg des Wolfskapitalismus", womit der Kapitalismus als solcher gemeint ist (so in: "Nation & Europa", Nr.11-12/1996). Die Kritik am "Liberalextremismus" trägt oft stark antisemitische und antiamerikanische Untertöne. Neonazis greifen dabei unverhohlen auf nationalsozialistisches Vokabular zurück, insbesondere auf die Unterscheidung von "raffendem" und "schaffendem Kapital" sowie auf den "Kampf gegen die Zinsknechtschaft".

*Haß gegen Fremde –
formuliert als
Parteienmeinung
und als Wand-
schmiererei.*



Rechtsextremisten suggerieren, sämtliche sozialen Probleme, einschließlich Kriminalität und Drogensucht, erledigten sich mit der Lösung der "Ausländerfrage" von selbst. Diese offensichtlich falsche Darstellung der oft sehr komplexen sozialen Zusammenhänge macht deutlich, daß Rechtsextremisten kaum wirklich an der Lösung der sozialen Probleme interessiert sind. Sie nutzen sie vielmehr, um die Demokratie und ihre politischen Repräsentanten zu schmähen; daneben dienen soziale Probleme als Vehikel für fremdenfeindliche und antisemitische Propaganda. Dabei spielt das tatsächliche Ausmaß der Einwanderung nur eine untergeordnete Rolle. Obwohl die Zahl neuer Asylbewerber seit dem parteiübergreifenden sog. Asylkompromiß Jahr für Jahr stark rückläufig ist, wird inzwischen wieder heftiger gegen Asylbewerber,

aber auch gegen Zuwanderergruppen allgemein agitiert.

Die Polemik gegen "Überfremdung" wird teilweise rassistisch (Fremde seien eine Bedrohung der biologischen Substanz des deutschen Volkes), teilweise kulturell begründet (eine multikulturelle Gesellschaft gefährde die kulturelle Eigenart des deutschen Volkes). Zuweilen werden beide Spielarten fremdenfeindlicher Propaganda miteinander verknüpft.

Polemik

Unter dem Begriff "Nationaler Widerstand" rief die NPD zu einer themen- und aktionsgebundenen Zusammenarbeit zwischen NPD, ihrer Jugendorganisation JN, Neonazis, Skinheads und sonstigen Rechtsextremisten auf. Während sich die NPD davon eine Einflußnahme auf das gesamte rechtsextremistische Spektrum verspricht, sind Neonazis am Schutz ihrer Aktivitäten durch das Parteienprivileg der NPD interessiert. Ideologische Differenzen sollen angesichts des gemeinsamen Ziels, der Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, vertagt werden. Der Begriff "Nationaler Widerstand" bezeichnet somit keine Vereinigung, sondern soll als Selbstbezeichnung einer angestrebten rechtsextremistischen Bewegung bzw. von Aktionsbündnissen fungieren. Mit Propagandamaterial des "Nationalen Widerstandes" wurde für die "Rudolf-Heß-Aktionswoche" geworben. Die Weigerung der JN, sich an dieser "Aktionswoche" unmittelbar zu beteiligen, beweist jedoch, wie brüchig der Zusammenhalt im "Nationalen Widerstand" ist.

*"Nationaler
Widerstand"*

Gegen gesetzeswidrige rechtsextremistische Umtriebe setzt sich der freiheitliche demokratische Rechtsstaat mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr – darauf reagieren Rechtsextremisten, indem sie ihn als "Unrechtsstaat" diffamieren. Rechtsextremisten stellen sich als Opfer von "Polizeiterror" und "Gesinnungsjustiz" dar.

In rechtsextremistischen Kommunikationsnetzen werden militante Formen des Widerstands diskutiert. Zu dessen Legitimation wird die grundgesetzlich verankerte Widerstandsklausel mißbräuchlich herangezogen.

1997 haben Rechtsextremisten das bereits 1991 für Ostdeutschland entwickelte strategische Konzept der "befreiten Zonen" wiederentdeckt (s. dazu S. 35). Dieses Konzept ist deshalb gefährlich, weil es auf die Gleichgültigkeit oder gar heimliche Zustimmung von Spießbürgern und Mitläufern sowie die Angst und Resignation der schweigenden Mehrheit zählt. Bestrebungen zur Etablierung "befreiter Zonen" werden immer dann wirkungslos, wenn die Bürgerinnen und Bürger einer betroffenen Kommune so früh wie möglich demonstrativ klarstellen, daß sie eine "Kontrollmacht" von Rechtsextremisten über öffentliche Räume unter keinen Umständen dulden.

Nutzung moderner Kommunikationstechniken durch Rechtsextremisten

*Internet,
Mailboxen,
Info-Telefone*

Schon seit einigen Jahren nutzen auch Rechtsextremisten die modernen Kommunikationsmittel. Die Vernetzungsstrategie von Neonazis (s. dazu S. 59) setzt zwangsläufig gut funktionierende Kommunikationsstrukturen voraus, weil anders der Informationsaustausch untereinander und gegebenenfalls eine rasche Mobilisierung zu gemeinsamen Aktionen nicht gewährleistet werden könnte. Aber auch rechtsextremistische Parteien haben inzwischen den Nutzen etwa von Internet, Mailboxen und Info-Telefonen für sich entdeckt.

Seit 1993 existiert das "Thule-Netz" als ein organisationsunabhängiges Mailbox-Verbundsystem. Die Nutzer der Mailboxen erhalten nach bestimmten Kriterien abgestufte Zugangsberechtigungen und damit die Möglichkeit, an Informationen in den Mailboxen zu gelangen oder selbst solche einzustellen. Um ein bundesweit einheitliches Informationsbild anzubieten, tauschen die Mailboxen des "Thule-Netzes" täglich ihre Nachrichten aus. Seit 1996 ist das "Thule-Netz" auch unter eigenem Namen im Internet vertreten.

Thule-Netz

In den letzten Jahren gehörten dem "Thule-Netz" in wechselnder Besetzung insgesamt etwa 30 Boxen an; der Betrieb einiger Boxen ist aus unterschiedlichen Gründen (persönliche Differenzen, Strafverfahren u. a.) inzwischen wieder eingestellt worden.

Das "Thule-Netz" wurde von einer Spaltung betroffen: Nach vielen netzinternen Diskussionen wurde im Februar 1997 bei einem Treffen von Systemoperatoren der Ausschluß des "Elias.BBS" und des "Asgard.BBS" aus dem "Thule-Mailboxverbund" beschlossen. Im März 1997 gab "Thule-Netz"-Gründer Thomas H. in einer Netzmitteilung allen "Thule"-Teilnehmern den Ausschluß der beiden Boxen bekannt und vollzog die Trennung. Die ausgeschlossenen Boxen sowie eine weitere Box ("Störtebeker.BBS") etablierten ein eigenes Netz und einigten sich hierfür im Juni 1997 auf den Namen "Nordland-Netz".

Einige Zeit lang arbeiteten beide Mailboxnetze partiell zusammen. So wurden im "Thule-Netz" Nachrichten des "Nordland-Netzes" angeboten und umgekehrt. Die "Berlin-Brandenburger Zeitung der nationalen Erneuerung" (BBZ) (s. dazu S. 50 f.), die beide Netze nutzt, forderte im "Interesse des gesamten nationalen Medienverbundes" eine Wiedervereinigung beider Mailbox-Verbundsysteme.

Neben dem "Thule-Netz" und dem "Nordland-Netz" existiert seit 1996 das "WNet". Die Nutzer des "WNets" betrachten sich als geschlosse-

ne Gruppe, in die man nur auf besondere Empfehlung oder auf Grund persönlicher Bekanntschaft Zugang erhält.

“Die Republikaner” (REP) haben sich ein eigenes Mailboxnetz geschaffen. Die Aktivitäten im “REP-Netz” beschränken sich hauptsächlich auf die Verbreitung von Pressemitteilungen der Partei.

Gegenüber dem Internet bieten die Mailboxen den Nutzern finanzielle Vorteile, da die Nachrichten mittels spezieller Software über eine Telefonleitung abgerufen und offline bearbeitet werden können. Die zeit- und kostenaufwendige online-Suche (wie im Internet) entfällt damit. Außerdem ist der Kreis der Nutzer von Mailboxsystemen überschaubar. Die Mailboxen werden deshalb auch künftig eine Ergänzung zum Internet darstellen.

Die Expansion des Internet scheint aber unaufhaltsam. Als weltweitem Verbundsystem von Computern und Computernetzen unterschiedlichster Ausprägung sind ihm bislang über 50 Millionen Geräte angeschlossen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland gewinnt das Internet zunehmend an Bedeutung für den nationalen und internationalen Informationsaustausch unter Extremisten.

Das Internet wird im Ausland – vor allem in den USA, Skandinavien und in den Niederlanden – schon seit Jahren als Kommunikations- und Informationsmedium von Extremisten genutzt. Nunmehr wachsen auch Zahl und Umfang der deutschsprachigen Internet-Angebote von Extremisten ständig. Sowohl größere, bundesweit verbreitete Parteien und Organisationen wie REP, NPD oder JN als auch Kleinstgruppen und Einzelpersonen nutzen die Möglichkeiten dieses neuen Mediums – Kommunikation und Selbstdarstellung (und damit Werbung) mit ungeheurer Geschwindigkeit und geringstem technischen Aufwand – in zunehmendem Maße.

Diese Entwicklung geht auch am Land Brandenburg nicht vorbei. So waren die inzwischen aufgelösten “Nationalen” mit ihrer eigenen Homepage (Eingangsseite) im Internet vertreten (s. dazu S. 52). Seit Herbst 1997 hat die “BBZ” eine Homepage im Internet eingerichtet (s. dazu Seiten 50, 52).

Auch die rechtsextremistische Musikszene nutzt zunehmend die Möglichkeit des Datenaustausches über Computer. Insbesondere über das Internet können Interpreten und Verteiler eine größere Öffentlichkeitswirkung erreichen und auch Außenstehende für rechtsextremistische Ideen interessieren. So bietet der Liedermacher Frank RENNICKE im Internet eine eigene Homepage an. RENNICKE stellt sich dort als “nationaler Barde, Systemverfolgter und volkstreuer Liedermacher” vor.

Internet- Angebote von Extremisten

Frank RENNICKES Produktionen werden auch in Brandenburg von rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen geschätzt. Mit seinen Liedern verbreitet er fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen.

Homepages lassen sich bei unterschiedlichen Providern (Anbietern) einrichten. Auf diese Weise können Rechtsextremisten ihre Präsenz im Internet auch dann sichern, wenn ihre Homepages von einzelnen Providern gesperrt werden.

So wurde im Januar 1997 ein Vertrag über die Einrichtung der Internet-Homepage der NPD von einem in den USA ansässigen Provider gekündigt. Die NPD reagierte aber schnell auf diesen Sperrungsversuch und richtete bereits im Februar 1997 eine eigene Adresse mit ihrem Namen (NPD.net) im Internet ein. Sie hat jetzt also selbst die Funktion eines Internetproviders und bietet einen eigenen Zugangsservice an. Das NPD.net versteht sich dabei als der "Nationale Provider Deutschlands". Nunmehr kann dort jede rechtsextremistisch orientierte Gruppierung die Möglichkeit bekommen, eine eigene Seite zu erstellen, ohne daß sie eine Sperrung befürchten müßte. Die NPD übernimmt auf diesem Felde also eine Vorreiterrolle in der rechtsextremistischen Szene der Bundesrepublik Deutschland.

In der Bundesrepublik Deutschland strafrechtlich zu ahnende Texte von Extremisten werden in der Regel von ausländischen Providern in das Netz eingespeist und unterliegen somit nicht dem Zugriff deutscher Behörden. Bekanntlich sind in vielen Ländern, anders als in der Bundesrepublik Deutschland, die Verbreitung von NS-Symbolen und bestimmte andere Propagandadelikte nicht unter Strafe gestellt.

Eine wichtige Funktion bei der Vernetzung von Rechtsextremisten erfüllen die "Nationalen Info-Telefone" (NIT). Sie berichten jedem Anrufer über politische Ereignisse und Entwicklungen aus rechtsextremistischer Sicht und übernehmen oftmals gängige rechtsextremistische Argumentationen. Sie werden aber auch zur Mobilisierung der Szene für Kundgebungen u. a. genutzt.

Auf der technischen Basis eines Anrufbeantworters werden in der Regel wöchentlich ein- bis zweimal aktuelle Ansagetexte zusammengestellt. Zu besonderen Anlässen, wie etwa zur "Rudolf-Heß-Aktionswoche", erfolgen meist Sondersendungen. Einige NIT-Ansagetexte werden auch in das Internet sowie in die Mailbox-Systeme eingestellt.

Auch 1997 waren Info-Telefone wie "Berlin-Brandenburg", "Hamburg", "Schleswig-Holstein", "Rheinland", "Mitteldeutschland" und "Deutschlandsturm" aktiv. Am 19. Dezember hat das "NIT Bayern" seinen Betrieb aufgenommen.

Nationale Info-Telefone

Seit dem 30. Oktober ist ein weiteres Info-Telefon, das "NIT Preußen", geschaltet. Sein Betreiber ist Mike P., ehemaliges Vorstandsmitglied der "Nationalen" und Mitarbeiter der "BBZ". Eine im "Nordland-Netz" von der "BBZ"-Redaktion verbreitete Meldung kündigte an, das "NIT Preußen" wolle "seine Berichterstattung von den anderen Einrichtungen vor allem dadurch unterscheiden, daß es gezielt Nachrichten über regionale Projekte und Aktivitäten von Gruppen bringt, die von parteinahen NITs nicht gebracht werden".

Neben dem "REP-Info-Telefon" und dem zur Zeit nicht aktiven "NIT Berlin-Brandenburg" ist dies also das dritte NIT für den Raum Berlin und Brandenburg. Im Land Brandenburg selbst wurde bisher kein "Nationales Info-Telefon" eingerichtet.

Immer wieder versuchen Neonazis, auch Radiosendungen über offene Kanäle auszustrahlen – in Berlin beispielsweise über den "Offenen Kanal Berlin". Sie hatten damit immer nur kurzzeitig Erfolg, da die zuständige Medienanstalt dagegen einschritt (s. dazu S. 45).

Rechtsextremismus im Land Brandenburg

Der Rechtsextremismus in Brandenburg hat unübersehbar eine Problemspitze: die brutale Gewalt, die von rechtsextremistisch orientierten Jugendcliquen, insbesondere Skinheads, ausgeht. Angehörige solcher Cliquen müssen sich für die weitaus meisten Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, die in Brandenburg begangen werden, verantworten. Einige besonders menschenverachtende Angriffe auf Ausländer erweckten in einer breiteren Öffentlichkeit die Besorgnis, daß sich in Brandenburg fast unaufhaltsam ein Jugendmilieu von rassistischen Schlägern ausbreite. Das hat der notwendigen Diskussion um geeignete Gegenmaßnahmen wieder neuen Anstoß verliehen.

Dem Phänomen der Jugendgewalt, das so kraß nicht nur in Brandenburg, sondern auch in den anderen ostdeutschen Ländern zutage tritt, liegen allerdings tiefergreifende soziale Ursachen zugrunde. Deshalb kann der Verfassungsschutz hiergegen mit seinen Mitteln – Beobachtung und Analyse – nur bedingt wirksam werden, zumal er Minderjährige von Rechts wegen gar nicht oder nur unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen beobachten darf.

Die Motivlage bei Überfällen militanter Jugendlicher auf Ausländer oder ihnen sonst mißliebige Personen ist oft nicht eindeutig. Schläger basteln sich aus ideologischen Versatzstücken des Rechtsextremismus,

Jugendgewalt

aber auch aus unreflektierten dummen Sprüchen an Küchen- und Stammtischen – was geistiger Brandstiftung nahe kommt – eine Art Rechtfertigung für die Gewalt, die sie aus unbeherrschten aggressiven



Antrieben, nicht etwa auf Grund einer wirklich verinnerlichten eindeutigen politischen Überzeugung, ausüben. Deshalb sind sie auch bei anderen Gelegenheiten schnell zum Zuschlagen bereit. Die meisten Gewalttaten werden spontan und in alkoholisiertem Zustand begangen und sind insoweit nicht vorhersehbar.

Allerdings besteht eine unverkennbare Affinität zwischen rassistischem Dünkel, Kult der Stärke, brutaler Rücksichtslosigkeit einerseits und rechtsextremistischen, insbesondere neonazistischen, Denkmustern und Einstellungen andererseits. Konzerte von Skinhead-Bands mit aufputschender Musik und volksverhetzenden Texten, Skinhead-Fanzines, aber auch neonazistisches Propagandamaterial steigern die Aggressivität ohnehin gewaltbereiter Jugendlicher noch.



Rechtsextremistisch orientierte Cliquen haben weiterhin die Auseinandersetzung mit "politischen Gegnern", d. h. Autonomen oder auch Punks, gesucht.

Den größten Teil der rechtsextremistisch motivierten Straftaten bildeten auch 1997 wieder sog. Propagandadelikte: Verbreiten von Propagandamitteln und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§§ 86, 86a StGB), z. B. Hakenkreuzschmierereien, Nazi-Parolen, Verwenden von verbotenen NS-Symbolen auf Kleidungs-

stücken usw. bis zur Verbreitung von Aufklebern und Flugschriften mit strafbaren rechtsextremistischen Inhalten.

Zur Verbreitung rechtsextremistischer Symbolik tragen diverse Versandhandelsunternehmen für NS-Devotionalien und Skinhead-Bedarf bei. Die – oftmals indizierte – Musik von Skinhead-Bands wird über Verlage und Händler, auch im Ausland ansässige, vertrieben.

Gerade auch aus den zwar rechtsextremistisch orientierten, aber ideologisch nicht gefestigten Jugendgruppen rekrutiert sich der Nachwuchs für eindeutig rechtsextremistische Vereinigungen. In Brandenburg, wie auch in anderen Bundesländern, hat insbesondere die Zahl neonazistischer “unabhängiger Kameradschaften” zugenommen. Diese Form des Zusammenschlusses wird hauptsächlich gewählt, um behördlichen Maßnahmen wie Vereinsverboten bzw. der Strafbarkeit wegen Fortführung einer verbotenen Vereinigung zu entgehen oder zuvorzukommen.

Aus solchen neonazistischen Zusammenschlüssen stammt auch der Ruf nach “national befreiten Zonen”. Ähnlich wie die linksextremistischen Autonomen dies in von ihnen als “herrschaftsfreie Räume” bezeichneten Wohn- und Treffobjekten praktizieren, will auch die rechtsextremistische Szene möglichst ungestört und gar mit Unterstützung durch öffentliche Mittel ihre Subkultur pflegen. Insbesondere “Die Nationalen” und die mit ihnen verzahnten “unabhängigen Kameradschaften” rühmten sich, auch in Brandenburg nationale Jugendclubs und Schulungszentren als Anlaufpunkte zu etablieren. Es trifft zwar zu, daß in vereinzelten Jugendclubs, in dieser oder jener Gaststätte oder an bestimmten Straßenecken rechtsextremistisch orientierte Jugendliche den Ton angeben; deshalb meiden z. B. Ausländer in manchen Städten solche Treffpunkte. Ansonsten ist das strategische Konzept der “national befreiten Zonen” jedoch Wunschdenken.

Rechtsextremistische Parteien spielen im öffentlichen Leben Brandenburgs keine Rolle. Ihre Anhängerschaft ist marginal und im politischen Raum nahezu ohne Bedeutung. Zwar konnte die “Nationaldemokratische Partei Deutschlands” (NPD) durch Zulauf u. a. aus dem aufgelösten Verein “Die Nationalen” neue Mitglieder gewinnen, sie bleibt aber in Brandenburg weiterhin schwach. Die Mitgliederzahlen wie auch die Aktivitäten der Parteien “Die Republikaner” (REP) und “Deutsche Volksunion” (DVU) stagnierten.

Publikationen von Verlagen und Vertriebsdiensten, die vergangenheitsfixierte rechtsextremistische Literatur verbreiten, finden in Brandenburg nur wenige Abnehmer.

*“unabhängige
Kamerad-
schaften”*

*rechts-
extremistische
Parteien*

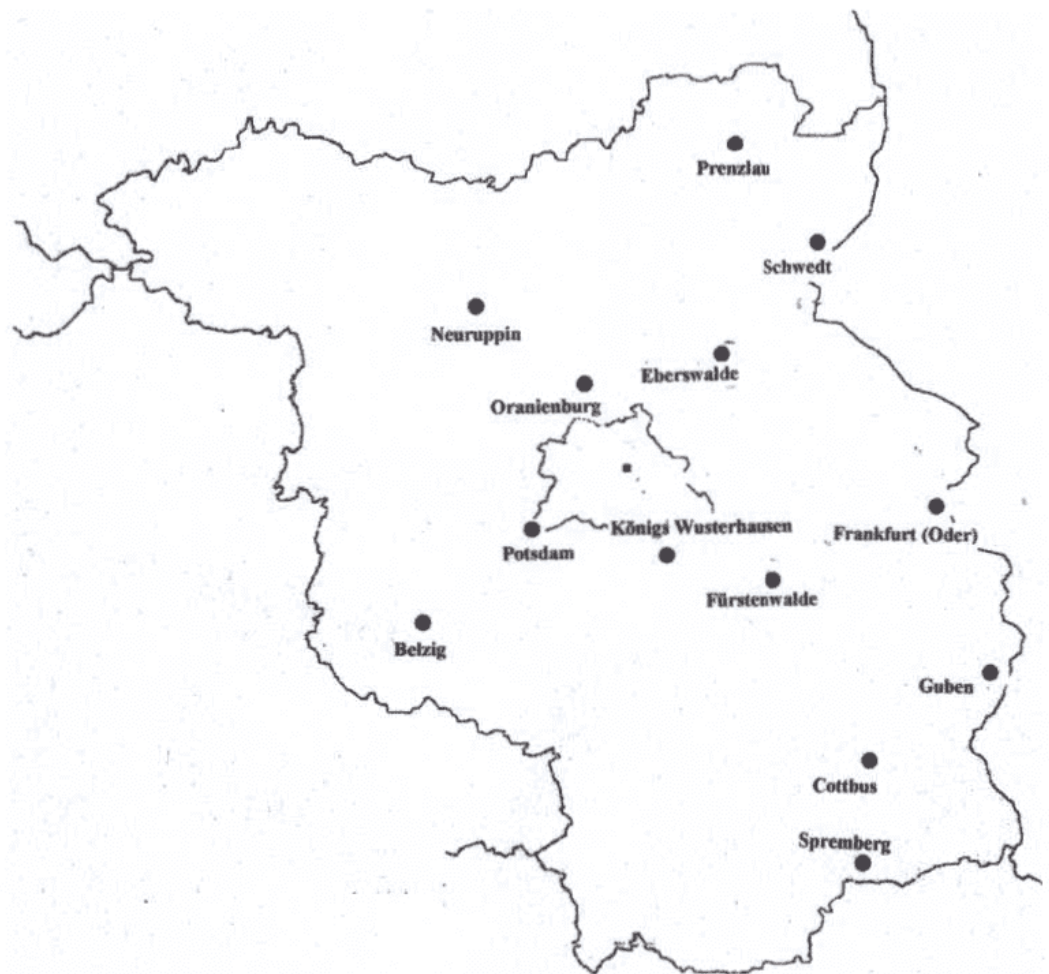
Publikationen

Rechtsextremistisch orientierte Jugendszene

Gewaltbereite Jugendcliquen mit rechtsextremistischer Orientierung existieren in den meisten Städten Brandenburgs – beispielsweise in Belzig, Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Fürstenwalde, Guben, Königs Wusterhausen, Neuruppin, Oranienburg, Potsdam, Prenzlau, Spremberg und Schwedt. Die Zahl der militanten Personen in dieser Szene liegt bei 550, ist also zahlenmäßig unverändert gegenüber 1996.

In einigen wenigen Fällen bezeugen aufgefundene Hand- und Programmzettel sowie Schmierereien die Absicht einzelner Aktivisten, ihrer Clique einen möglichst martialisch klingenden Namen zu geben. Mitunter stecken auch neonazistische Stichwortgeber hinter solchen Versuchen. So tauchten in Potsdam Handzettel einer "Völkischen Bewegung" auf, während "Anonyme Nationalsozialisten Mahlow" einen Forderungskatalog an eine Zeitungsredaktion übersandten. Formierungsansätze solcher Art waren bisher immer nur von kurzer Dauer. Ernsthafte Bestrebungen militanter Jugendcliquen, aus sich

*Schwerpunkte
gewaltbereiter
Jugend-
cliquen mit
rechts-
extremistischer
Orientierung
im Land
Brandenburg*



heraus verbindlichere Organisationsformen zu finden oder sich überregional zusammenzuschließen, waren nicht feststellbar.

Ein Teil der rechtsextremistisch orientierten Jugendszene zeigt sich allerdings bereit, Organisationsansätze der Skinheadbewegung aus dem Ausland auch in der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen. Seit etwa Ende 1993/Anfang 1994 existiert in Brandenburg eine "Hammerskin-Sektion", seit etwa 1994 eine Sektion der "Blood & Honour"-Bewegung. Die Aktivisten unterhalten Kontakte vorrangig zu den entsprechenden Sektionen in Berlin und Sachsen.

Für Skinhead-Konzerte lassen sich Jugendliche aus der Szene außerordentlich leicht begeistern. Nicht nur die aufpeitschende Musik mit krasen, oft rechtsextremistischen Texten zieht sie an, sondern auch die Gelegenheit, Cliques aus anderen Regionen zu treffen. Man tauscht Informations- und Propagandamaterialien aus und verabredet künftige Treffen. Hier tauchen mitunter auch Neonazis auf, um nach ansprechbaren Interessenten Ausschau zu halten.

Auch in Brandenburg wurden 1997 einschlägige Skinhead-Konzerte veranstaltet, unter anderem in Spremberg, Wollschow (bei Prenzlau) und Krausnick (Unterspreewald).

Da es im Zusammenhang mit Skinhead-Konzerten in der Vergangenheit mehrfach zu Propagandadelikten und anderen strafbaren Handlungen kam, sind die Sicherheits- und Ordnungsbehörden des Landes Brandenburg bemüht, Skinhead-Konzerte, auf denen neonazistisch orientierte Bands auftreten sollen, bereits im Vorfeld zu unterbinden. Deshalb werden derartige Vorhaben von den Organisatoren in zunehmendem Maße als Geburtstagsfeier oder ähnlich getarnt und meist konspirativ vorbereitet.

Am 15. November fand in Schlunkendorf bei Beelitz ein Skinhead-Konzert statt. Die Veranstaltung mit den brandenburgischen Bands "Senfheads", "Volkstroi" und anderen war als Geburtstagsfeier mit 70 bis 100 Personen angemeldet worden. Während des Konzerts wurde von den Anwesenden mehrmals "Sieg Heil" gegrölt. Die von einer Bürgerin herbeigerufene Polizei räumte den Saal. Währenddessen wurde von den Konzertbesuchern weiterhin "Sieg Heil" und "Wir sind der nationale Widerstand" gerufen. Im Zuge der anschließenden Personenkontrollen stellte die Polizei bei mehreren Personen Propagandamittel mit rechtsextremistischem Inhalt wie Fanzines, Liederbücher und Versandkataloge fest. Die Besucher waren aus mehreren Bundesländern und aus Skandinavien gekommen.

"Hammerskin-Sektion"

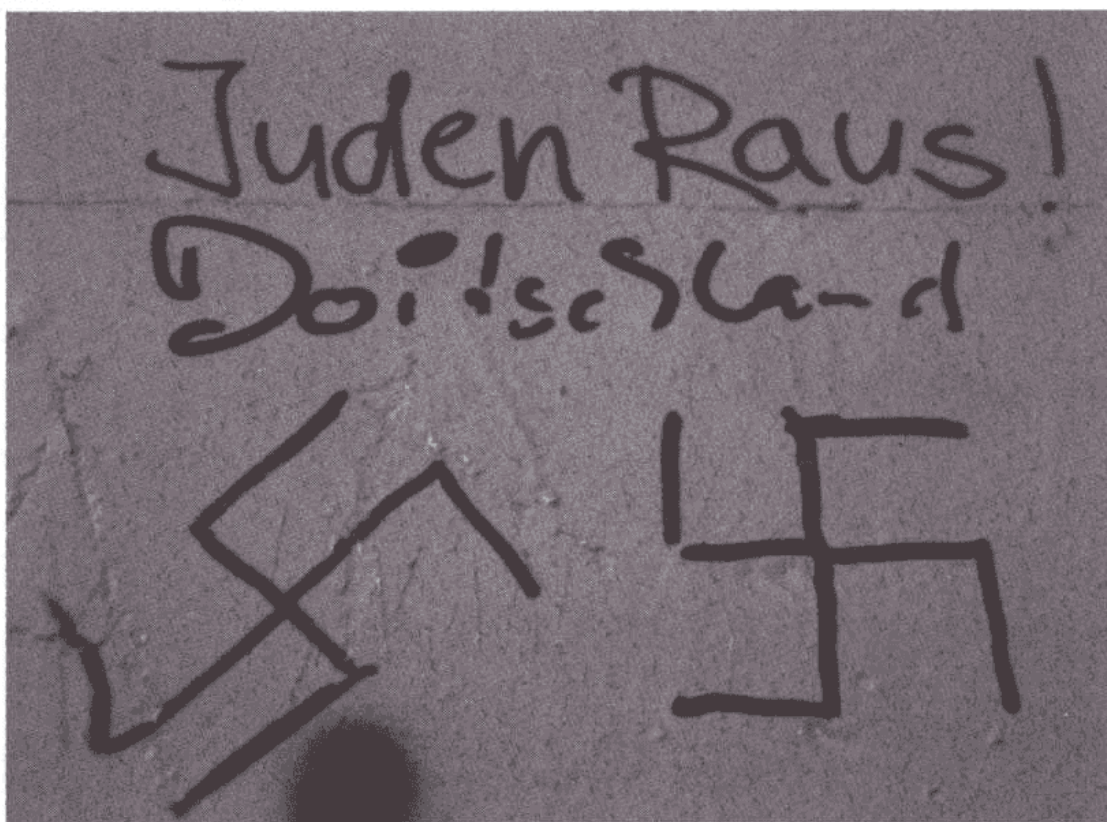
"Blood & Honour"-Bewegung

Skinhead-Konzerte

*rechts-
extremistische
Skinhead-
Bands*

In Brandenburg sind mehrere rechtsextremistische Skinhead-Bands zu Hause: "Proissenheads" (Potsdam), "Thorshammer" (Brandenburg a. d. H.), "Senfheads" (Senftenberg), "Volkstroj" (Fürstenwalde) u. a. Sie traten 1997 mehrfach auf, hauptsächlich in Sachsen und Brandenburg. Die Band "Thorshammer" kooperiert mit der "Blood & Honour"-Bewegung. Die "Proissenheads" spielen unter anderem Titel, die die "weiße Rasse" glorifizieren. In einem Interview erklärten sie, daß "Blood & Honour" und "Hammerskins" für den Zusammenhalt aller stolzen weißen Skinheads auf diesem Erdball stünden und aus diesem Grund unterstützt werden müßten.

Versuche neonazistischer Kleingruppen, in der rechtsextremistisch orientierten Jugendszene Anhänger zu werben, hatten auch 1997 kaum Erfolg. Schulungsabende, überregionale Vereinsstrukturen, überhaupt jegliche Disziplinierungsformen finden bei den meisten Mitgliedern lokaler Jugendszenen kaum Anklang, ihre "Interessen" reduzieren sich mehr oder minder auf ausschweifenden Alkoholkonsum und Krawalle.



Die Straftaten, derer sich die Angehörigen der rechtsextremistisch orientierten Jugendszene schuldig machen, sind überwiegend Schmierereien mit zumeist neonazistischem Inhalt sowie "Sieg-Heil"-Rufe und provokatives Zeigen des "Hitlergrußes". Die Täter sind nicht selten irregeleitete Kinder oder Jugendliche, die nicht imstande sind, die rechtsextremistische Bedeutung ihres Tuns erkennen oder ganz ermessen zu können, sondern angeberisch provozieren wollen oder die

Tat unter dem enthemmenden Einfluß von Alkohol begehen. Andere Täter bekennen sich aber ungerührt zu ihrer "rechten" Gesinnung.

Schmierereien und Plakatierungen werden fast immer in der Anonymität der Dunkelheit, meist an verborgenen Stellen, manchmal auch unter Einsatz eines Warnpostens vorgenommen.

Schmierereien und Plakatierungen

Am 19. Mai wurden an mehreren Garagen und Schuppen in Gulow (bei Perleberg) etwa 25 Hakenkreuze, SS-Runen sowie Parolen wie "Mit Gott und Volk für Vaterland, Odins Reich, Deutschland erwache" festgestellt. Zwei 16jährige Tatverdächtige konnten ermittelt werden, einer von ihnen war der Polizei bereits wegen ähnlicher Vorfälle bekannt.

Am 1. Oktober wurden vor dem Haupteingang der Europa-Universität "Viadrina" in Frankfurt (Oder) polnische Studenten zum Semesteranfang von etwa 15 Jugendlichen provokatorisch "empfangen". Einige der Jugendlichen riefen dabei mehrfach "Sieg Heil" und zeigten den "Hitlergruß".

Schmierereien in den Gästebüchern und auf Ausstellungstafeln brandenburgischer Gedenkstätten wurden 1997 in geringerer Zahl registriert.

Antisemitische Propagandadelikte haben 1997 zahlenmäßig zugenommen. Nicht immer sind sie Ausdruck einer schon verfestigten neonazistischen Überzeugung.

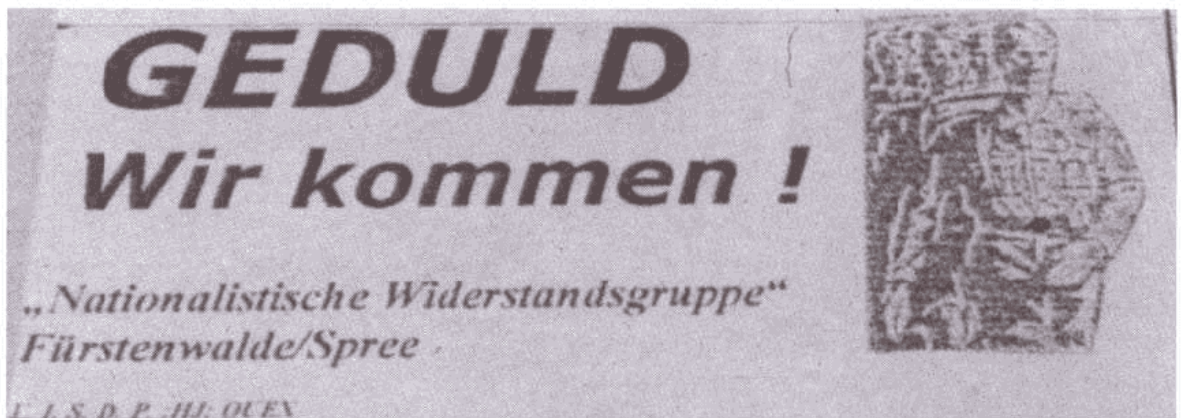


Anfang des Jahres 1997 erstellte ein 16jähriger Schüler in Cottbus auf seinem Computer ein menschenverachtendes antisemitisches Spiel: Als Nachfolger Adolf Hitlers hat der Spieler die Aufgabe, die komplette Vergasung aller Juden zu organisieren. Eine Diskette mit diesem Spiel gab er in seiner Schule weiter; eine Empfängerin legte sie der Polizei vor. Der Täter, zu dem es keine weiteren Hinweise auf eine rechtsextremistische Einstellung gibt, nannte als Gründe für sein Handeln Langeweile und den Wunsch, das Graphikprogramm seines Computers ausprobieren zu wollen.

Angehörige der unorganisierten rechtsextremistischen Szene wirken bewußt oder unbewußt als Multiplikatoren für die Propaganda rechtsextremistischer, insbesondere neonazistischer Organisationen. Ist entsprechendes Material einmal in ihre Hände gelangt, geben sie es spontan weiter; gelegentlich lassen sie sich auch von bestimmten Organisationen für Verteilaktionen gewinnen.

*Plakate der
„Nationalistischen
Widerstands-
gruppe Fürsten-
walde/Spree“*

In Fürstenwalde wurden 1997 wieder zahlreiche rechtsextremistische Schmierereien sowie Plakate mit fremdenfeindlichen und revisionistischen Parolen festgestellt, allein am 2. Juni wurden 104 Hakenkreuze, 23 SS-Runen und Schmierereien wie „Sieg Heil“ oder „Ausländer raus“ entdeckt. Am selben Tage beschmierten unbekannte Täter die Mauer des Jüdischen Friedhofs und den Fürstenwalder Dom mit neonazistischen Parolen. Erneut wurden auch Plakate der „Nationalistischen Widerstandsgruppe Fürstenwalde/Spree“ mit fremdenfeindlichen und revisionistischen Parolen festgestellt.



Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten

Folgenschwerer und gewichtiger als die bisher genannten rechtsextremistisch motivierten Delikte sind die Gewalttaten, die von Mitgliedern rechtsextremistisch orientierter Jugendcliquen begangen werden. Ihre Zahl ist gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich gestiegen. Bei derartigen Gewaltakten entladen sich oft Rohheit, Zerstörungswut, kriminelle Energie und Menschenverachtung in erschreckendem Maße.

Menschen-
verachtung

1997 wurde in Fredersdorf ein Vietnameser getötet. Während die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklage wegen Mordes von Ausländerhaß als Beweggrund ausging, hielt das Gericht dieses nicht für erwiesen (*Anm.: In der Polizeistatistik wird der Fall deshalb nicht mehr in der Rubrik für fremdenfeindliche Straftaten registriert*).

Am 31. Januar entspann sich in Fredersdorf eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen einem Vietnamesen und einem 36jährigen Deutschen, dem vorgeworfen wurde, unverzollte Zigaretten aus einem Versteck gestohlen zu haben. Als die Ehefrau des Vietnamesen unterstützend eingriff, rief der Deutsche einen Bekannten zu Hilfe. Für den bereits stark alkoholisierten hinzugerufenen 30jährigen, war dies eine willkommene Gelegenheit, seinem latenten Ausländerhaß Luft zu machen. Nach anfänglichen Faustschlägen faßte er plötzlich das Opfer, drehte es in der Luft und stauchte es mit dem Kopf auf den Betonboden. Querschnittsgelähmt starb der Vietnameser drei Monate später an den Folgen seiner schweren Wirbelverletzungen. Der 30jährige Hauptangeklagte wurde wegen Totschlags zu neuneinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt; das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Ein weiteres Tötungsdelikt, für das eine fremdenfeindliche Motivation nahe lag, erwies sich in der gerichtlichen Hauptverhandlung als Mord, mit dem eine vorausgegangene Körperverletzung verdeckt werden sollte.

In der Nacht zum 13. Februar schlugen und traten in Caputh zwei junge Männer brutal auf einen Italiener ein, durch dessen Äußerungen sie sich gekränkt fühlten; beide Täter standen unter Alkoholeinfluß. Aus Angst, die Körperverletzung könne entdeckt werden, ertränkten sie den Bewußtlosen in der Havel. Die Täter sind inzwischen rechtskräftig zu 13 Jahren Freiheitsstrafe bzw. 9 Jahren Jugendstrafe verurteilt worden.

Das folgende Beispiel zeigt, daß eine Straftat nicht zwangsläufig rechts-extremistisch motiviert sein muß, wenn der Täter Rechtsextremist ist.

Zwei Morde und eine Brandstiftung wurden am 23. bzw. 27. September in Cottbus begangen. Der Tatverdächtige war ein in keine Gruppe integrierter, extrem aggressiver Einzelgänger, der seine rechtsextremistischen Ansichten offen kundtat und bereits durch die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung auffällig geworden war. Als Motiv für den ersten Mord gab er an, das Opfer habe ihn wegen seiner augenscheinlichen Zugehörigkeit zur "rechten Szene" beleidigt. Der zweite Mord geschah, weil das Opfer ihm einen geringfügigen Geldbetrag schuldete. Anschließend setzte der Tatverdächtige die Wohnung in Brand, um eventuelle Spuren zu beseitigen.

*Angriffe
auf Leben und
Gesundheit von
Ausländern: in
einem Aussiedler-
heim,...*

Nachdem im Vorjahr kein vergleichbarer Vorfall registriert wurde, kam es 1997 wieder zu einem Angriff auf ein Aussiedlerheim.

Vier Flaschen mit einer brennbaren Flüssigkeit wurden am 12. Dezember auf ein Aussiedlerheim in Schönerlinde geworfen. Dabei durchschlug eine Brandflasche ein Fenster des Heimes. Der sich entwickelnde Brand konnte von einem Heimbewohner gelöscht werden. Sofortige Ermittlungen der Polizei führten zur Feststellung von vier Tatverdächtigen (je zwei aus Brandenburg und Berlin).



Angestiegen ist 1997 die Zahl der Angriffe auf Leben und Gesundheit von Ausländern, die außerhalb ihrer Unterkünfte – auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Gaststätten und anderswo – attackiert wurden. In einigen Fällen "begründeten" dies die Täter damit, daß "Ausländer Arbeit wegnehmen".

In Spremberg wurden am 25. September auf dem Weg zu ihrem Heim zwei Asylbewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien bzw. aus Ecuador von vier Jugendlichen verfolgt. Dabei riefen sie: "Kakerlaken raus aus unserem Land! Wenn ihr nicht geht, werdet ihr sterben!" Einer der Tatverdächtigen trat einem der Asylbewerber in den Rücken, ein anderer stach mit dem Messer nach ihm. Der andere Asylbewerber wurde geschlagen. Außerdem wurden Schüsse aus einer Schreckschußpistole auf beide abgegeben.

Einer der Tatverdächtigen, ein Minderjähriger, war in diesem Jahr an weiteren rechtsextremistisch motivierten Delikten beteiligt.

Ein 35jähriger Angolaner wurde am 22. Oktober in Eberswalde aus einer Gruppe heraus angegriffen. Die jungen Männer, die der rechtsextremistisch orientierten Szene zugeordnet werden, beleidigten den Afrikaner, schlugen und traten ihn. Zwei der Tatverdächtigen hetzten ihre Kampfhunde auf das Opfer, das eine tiefe Bißwunde erlitt.

Am 7. Februar stiegen fünf Heranwachsende in Nauen in den Regional-expreß. Sie begaben sich in ein Abteil, in dem ein Libanese saß, und begannen damit, ihn zu treten und zu schlagen. Dabei riefen sie: "Ausländer raus, ihr nehmt uns bloß die Arbeitsplätze weg" und "Dich stechen wir ab, Schwein". Der Zugbegleiter informierte die Polizei. Zwei der Tatverdächtigen konnten auf dem nächsten Bahnhof festgenommen werden. Der Angegriffene stellte später fest, daß er außerdem auch beraubt worden war.

Am 22. November kamen im Regionalzug Wannsee – Belzig fünf 17- und 18jährige zu einem Ghanaer ins Abteil. Sie beleidigten ihn und sangen "Deutschland für die Deutschen, Neger raus". Außerdem wurde er von einem der Jugendlichen bespuckt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Daraufhin schoß der Ghanaer dem Angreifer mit einer Gaspistole ins Gesicht. Der Ghanaer war 1994 im Bereich Hohen Neuendorf schwer verletzt neben dem Bahngleis gefunden worden und hatte angegeben, von Skinheads aus dem Zug gestoßen worden zu sein.

*...auf der Straße,
in öffentlichen
Verkehrsmitteln,
in Gaststätten.*

Ein Inder wurde am 29. September in Pritzwalk in der Bahnhofshalle von einem 22jährigen aus einer größeren Gruppe heraus mit den Worten "Neger raus" beschimpft und zu Boden geprügelt. Nachdem der Täter dem Opfer mit seinen Springerstiefeln noch mindestens zweimal ins Gesicht getreten hatte, floh er. Bevor die Polizei den alkoholisierten Tatverdächtigen ein paar Stunden später festnehmen konnte, hatte er noch einen Türken beschimpft und mit einem Springmesser bedroht.

Auch in mehreren anderen Fällen wurden hier lebende Türken von rechtsextremistisch orientierten Gewalttätern angegriffen.

Eine etwa zehnköpfige Gruppe von Jugendlichen warf am 31. Dezember in Eberswalde einen Knallkörper in das Lokal eines türkischen Inhabers und beleidigte die Angestellten mit Worten wie "Türkenschlampe" und "Ausländer raus". Die Betreiber des Lokals wollten die Jugendlichen zur Rede stellen, sie wurden weiter beschimpft und mit Steinen und Flaschen beworfen. Als einem Angestellten der Gaststätte dann eine Schreckschußpistole an den Kopf gehalten wurde, wehrte er die Bedrohung mit seinem Dönermesser ab und verletzte den Angreifer schwer.

Bürger aus Polen wurden – verglichen mit 1996 – wieder häufiger Opfer ausländerfeindlicher Übergriffe.

Zu einem offensichtlich ausländerfeindlich motivierten Überfall kam es am 9. Februar in Frankfurt (Oder). Polnische Bürger wurden während der Fahrt mit ihrem PKW von zwei Fahrzeugen verfolgt und eingekeilt. Die Täter stiegen aus, beschädigten den polnischen PKW und versuchten, ihn umzukippen. Den Polen gelang es, mit ihrem Fahrzeug zu flüchten, sie wurden aber weiter von den Tätern verfolgt. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß mit einem anderen Pkw. Daraufhin verließen die Verfolger den Unfallort fluchtartig. Die Polizei konnte drei Tatverdächtige aus der rechtsextremistisch orientierten Szene ermitteln.

Zwei polnische Studenten der Europa-Universität "Viadrina" wurden am 31. Oktober in Frankfurt (Oder) von vier jugendlichen Tätern als "Zecken" und "Ausländer" beschimpft. Einer der Studenten erhielt einen Schlag mit einem Gegenstand auf den Kopf. Die noch unbekannten Täter werden in der rechtsextremistisch orientierten Szene vermutet.

*Auseinander-
setzungen
zwischen "rechten"
und "linken"
Jugendcliquen*

Bei Auseinandersetzungen zwischen Jugendcliquen, die sich selbst und ihre Gegner als "rechts" bzw. "links" definieren, ist eine extremistische Motivation nicht immer zweifelsfrei. Bisweilen handelt es sich um lokale Revierkämpfe zwischen gewaltbereiten Cliquen, wobei manche von ihnen Symbole und Parolen des Rechtsextremismus vor allem dazu verwenden, um sich gegen die Rivalen abzugrenzen. Zumeist entwickeln sich auch solche Auseinandersetzungen spontan und ungeplant. Manchmal werden sie jedoch nachhaltig und erbittert ausgetragen. Seltener liegt ihnen eine verfestigte neonazistische Einstellung oder ein vorab gefaßter Plan zugrunde.

Am 18. September reisten Jugendliche und Heranwachsende aus dem Potsdamer und Belziger Raum mit zwei PKW nach Pritzwalk, um dort zusammen mit etwa 15 Pritzwalkern Jugendlichen eine Auseinandersetzung mit der "linken Szene" zu führen. Sie suchten, teilweise mit Baseballschlägern bewaffnet, den Probenraum einer Band auf. Dann drangen so viele von ihnen, wie der Raum faßte, hinein, beschimpften die acht Musiker als "linke Zecken" und schlugen blindlings auf sie ein. Zwei der Opfer wurden dabei schwer verletzt.

Von den Tatverdächtigen, die im übrigen unterschiedliche Tatmotivationen einräumen, sind zwei im beschleunigten Verfahren verurteilt worden. Gegen den mutmaßlichen Haupttäter ist Anklage wegen versuchten Mordes, gegen drei Beschuldigte wegen schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung erhoben worden; gegen weitere Tatverdächtige wird noch ermittelt.

Übergriffe gegen Behinderte, Homosexuelle und andere Personen, denen Rechtsextremisten in ihrem "Weltbild" keinen Platz einräumen, sind 1997 nicht bekannt geworden.

In vergangenen Jahren kam es nur ausnahmsweise vor, daß allein weibliche Personen gewalttätig gegen andere vorgingen; inzwischen sind solche Fälle nicht mehr so selten.

Übergriffe gegen "Andere"

Am 20. Oktober wurde eine dunkelhaarige Reisende in der S-Bahn von zwei etwa 14- und 16jährigen Mädchen, die sich ihrer fremdenfeindlichen Taten rühmten, bespuckt und als "Türkin" und "Itaker-weib" beschimpft. In Oranienburg verließ die Geschädigte den Zug, um zu ihrem Auto zu gehen. Die beiden verfolgten sie, preßten sie an einen Zaun und traten sie. Beim Einsteigen quetschten sie ihr ein Bein, traten gegen die Autotür und brachen einen Außenspiegel ab.

Gelegentlich werden beliebige Personen Opfer schwerer Gewalttaten von Extremisten, ohne daß das Motiv sofort klar erkennbar ist. Erst im Laufe des Ermittlungs- oder Strafverfahrens kann sich dann erweisen, ob rechtsextremistische Gesinnung als Tatmotiv bestimmend war.

Ohne erkennbaren Grund griffen fünf Personen am 11. Dezember in Eberswalde zwei Ehepaare an. Die Täter stiegen aus ihrem Pkw aus und schlugen auf die ahnungslosen Passanten ein. Anschließend setzten die Tatverdächtigen ihre Fahrt fort, um weitere Körperverletzungen zu begehen. Diesmal wurde ein türkischer Bürger mit einem Baseballschläger und einer Eisenstange brutal zusammengeschlagen. Das Opfer erlitt schwere Kopfverletzungen. Es erging Haftbefehl wegen versuchten Mordes.

Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten zum Schaden der brandenburgischen Gedenkstätten sind 1997 nicht registriert worden. Allerdings wurden auf einigen Friedhöfen Sachbeschädigungen mit rechtsextremistischem Hintergrund verübt.

Sach- beschädigungen auf Friedhöfen

In der Nacht zum 1. Oktober sprühte ein 20jähriger in Jüterbog unter anderem SS-Runen an einen Jugendclub. Später stieß er auf dem Friedhof St. Jakobi 36 Grabsteine um, sprühte auf zwei Kirchenfenster, einen Schaukasten und einen Grabstein ebenfalls SS-Runen, auf einen anderen Grabstein das Wort "Jude". Außerdem besprühte er die Kirche und einen Abfallcontainer mit mehreren Hakenkreuzen. Als Motiv gab er Frust und seine Einstellung gegenüber Juden, Ausländern und "Bonzen" an. Die Staatsanwaltschaft hat Anklage erhoben.

Neonazis

“Die Nationalen e.V.” und sog. unabhängige Kameradschaften

“Die Nationalen e.V.”

Die Nationalen

Landesverband Berlin-Brandenburg



Gründungsjahr:	1991
Sitz:	Berlin
in Brandenburg aktiv seit:	1993
Jugendorganisation:	“Jungnationale” (JNA) (früher: “Junges Nationales Spektrum” (JNS))
Mitglieder ² bundesweit:	150
Brandenburg:	110
für Brandenburg relevante Publikation:	“Berlin-Brandenburger. Zeitung der nationalen Erneuerung” (BBZ)
Selbstauflösung:	1997

Sechs Jahre nach seiner Gründung am 3. September 1991 als “Freie Wählergemeinschaft – Wir sind das Volk” hat sich der Verein “Die Nationalen e.V.” laut Eintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 10. Oktober selbst aufgelöst.

Die Internet-Homepage der “Nationalen” gab dazu eine Pressemitteilung des Vereins wieder: *“Die Aufgaben der “Nationalen e.V.” (...) sind weitestgehend erfüllt. Die Mitglieder werden ihre politische Tä-*

² einschließlich JNA und sog. unabhängiger Kameradschaften

tigkeit in anderen, befreundeten Gruppierungen fortsetzen. Die "Nationalen" verstehen ihre Auflösung auch als einen Beitrag zum Zusammenrücken der verschiedenen nationalen Gruppierungen."

In einem Kommentar zu dieser Meldung am 17. November im "Nordland-Netz" nennt Christian WENDT, ehemals Vorstandsmitglied und Pressesprecher der "Nationalen", unumwunden den eigentlichen Grund der Selbstauflösung: *"Es gibt keine Begründung mehr dafür, dem System hier einen Ansatzpunkt zur Fortsetzung seines Verbotsterrors zu geben. Alle Projekte, die einst von den 'Nationalen' ins Leben gerufen wurden, arbeiten längst selbständig, so auch der 'Arbeitskreis Vernetzte Medien'".*

Nach dem Verbot der von den "Nationalen" mitgegründeten und mit ihnen kooperierenden "Kameradschaft Oberhavel" am 14. August durch den Minister des Innern des Landes Brandenburg befürchteten "Die Nationalen e.V." offenbar, ebenfalls verboten zu werden.

Die Selbstauflösung der "Nationalen" bedeutet nicht, daß die früheren Vereinsmitglieder alle Aktivitäten eingestellt hätten. Vielmehr werden sie vom ehemaligen Vereinsvorsitzenden Frank SCHWERDT dazu animiert, seinem Beispiel zu folgen und in die NPD einzutreten oder ihre Aktivitäten in den "freien Kameradschaften" fortzusetzen. Die Kontrolle über das informelle Netzwerk der "freien Kameradschaften" möchte sich SCHWERDT vorbehalten. Er hatte schon in der Vergangenheit viel Energie darauf verwandt, Jugendgruppen in "Die Nationalen" oder in das Netzwerk, dessen Aktivitäten zentral in einem "Koordinationsrat" zusammenlaufen, einzubinden.

Das Land Brandenburg war seit Jahren das Hauptaktionsfeld der "Nationalen", daneben verfügten sie aber auch in Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen über Teilstrukturen.

SCHWERDT war es 1997 erneut gelungen, neue Lokalverbände der "Nationalen" bzw. sog. unabhängige Kameradschaften im Land Brandenburg aufzubauen. Dennoch blieb die Zahl der Mitglieder und Anhänger des Vereins bzw. der angeschlossenen Kameradschaften auch 1997 konstant, da andere Teilstrukturen oder Kameradschaften entweder SCHWERDTs Kontrolle entglitten oder zerfielen.

Aktivitäten der von den "Nationalen" betreuten Teilverbände bzw. Kameradschaften wurden 1997 hauptsächlich in Guben, Fürstenwalde, Eisenhüttenstadt, im Raum Hennigsdorf/Oranienburg und in der Uckermark entfaltet.

Selbstauflösung

*neue
lokale
Verbände*

Im "Koordinationsrat" vertreten sind derzeit, nach der Auflösung des Vereins "Die Nationalen", der ehemalige Vereinsvorsitzende, Vertreter der einzelnen Kameradschaften und Arbeitsgemeinschaften wie der "Arbeitskreis vernetzte Medien". Der "Koordinationsrat", der regelmäßig in Berlin tagt, ist ein informelles Gremium und hat keine Weisungskompetenz gegenüber den einzelnen Kameradschaften.

Über dieses Gremium kann SCHWERDT seine ideologischen und strategischen Ziele propagieren, die Kameradschaften mit rechtsextremistischem Propagandamaterial versorgen, ideologische Schulungen anbieten, Redner für Kameradschaftsabende vermitteln, die Organisation "nationaler Liederabende" planen, für Aktionen mobilisieren, Ratschläge zur Kameradschaftsarbeit erteilen und bei Konflikten zwischen den Kameradschaften als Schlichter fungieren. Der "Koordinationsrat" dient den Kameradschaften aber auch als Ideen- und Nachrichtenbörse und als Richtmaß für die politische und ideologische Orientierung.

Seit 1994 verfügten "Die Nationalen e.V." – die ohnedies in der Jugendarbeit ihr eigentliches Betätigungsfeld sahen – über eine eigene Jugendorganisation. Ursprünglich hieß sie "Junges Nationales Spektrum" (JNS). Als Ende 1996 der Verdacht aufkam, daß sie sich an der "Hitlerjugend" orientiere, wurde sie in "Jungnationale" (JNA) umbenannt. Seither verlagerten sich die jugendpolitischen Aktivitäten mehr und mehr von den offiziellen Untergliederungen der "Nationalen" zu den loser strukturierten Kameradschaften.

Im Sinne dieser jugendpolitischen Ambitionen vertreibt SCHWERDT über die Vortrag-Buch-Reise-(VBR-)Verlags GmbH nunmehr auch Tonträger, "T-Hemden" usw. Über ein Postfach der "Nationalen" in Berlin läuft ein "fröhlicher Tonträgerversand".

Um Jugendliche zu ködern, warb man für ein vielfältiges Angebot an Veranstaltungen. WENDT erklärte dies zum Programm:

"Gerade im Bereich der Jugendarbeit gibt es für die Nationalen ein breites Feld von Möglichkeiten, ihre Anschauungen in die Tat umzusetzen. Sei es durch Organisation von alternativen Freizeitangeboten wie Sportveranstaltungen, Turnieren, Liederabenden, Konzerten, Zeltlagern, Schiffsfahrten, der Aufbau der Jugendclubs oder der Unterstützung nationaler Musikgruppen" ("BBZ", Nr. 24 von August/September 1997).

Solche Aktivitäten konnten in den vergangenen Jahren zuhauf festgestellt werden. Eigentlicher Sinn und Zweck der Jugendarbeit war aber die Indoktrination der Jugendlichen mit neonazistischer Propaganda.

Dies mögen folgende Beispiele belegen:

Am 14. Februar fand in Guben, Gaststätte "Junge Welt", ein Kameradschaftsabend der Ortsgruppe der "Jungnationalen" unter dem Motto "Neue Wege des nationalen Widerstands" statt, an dem sich 40 Personen beteiligten. Die anwesenden Personen wurden polizeilichen Identitätskontrollen und Durchsuchungsmaßnahmen unterzogen. Bei 17 Teilnehmern wurde umfangreiches Propagandamaterial beschlagnahmt. Eine Person aus Fürstenwalde führte eine große Menge verschiedener Aufkleber der "Nationalistischen Widerstandsgruppe Fürstenwalde/Spree" mit. Daraufhin wurde die Versammlung aufgelöst.

Am 9. August wurde die von den "Nationalen" in Rauen organisierte Konzertveranstaltung mit dem Sänger Veit K. auf der Grundlage einer Verbotsverfügung von der Polizei aufgelöst. Der Polizeipräsident Frankfurt (Oder) hatte am 7. August alle Veranstaltungen zur "Rudolf-Heß-Aktionswoche" verboten. Den knapp 100 Teilnehmern wurden polizeiliche Platzverweise erteilt. SCHWERDT kam dem Platzverweis nicht nach und wurde vorläufig festgenommen.

In den Medien der "Nationalen" wurde immer wieder berichtet, daß es in vielen Städten Bemühungen gäbe, nationale Jugendclubs und Schulungszentren als Anlaufpunkte einzurichten. Auf diese Weise würden *"sogenannte befreite Zonen geschaffen, in denen die Kameradschaften souverän agieren können... (...) Seit Jahren bemüht sich der Jugendverband der Nationalen e.V. darum, Jugendclubs und Tagungsstätten in Eigenregie zu verwalten. Einigen Stadtverwaltungen konnten in zähen Verhandlungen Zugeständnisse abgerungen werden"*. Genannt wurden in vergleichbarem Zusammenhang vor allem Guben, Hennigsdorf und Eisenhüttenstadt.

Anlaufpunkte

Allerdings wurden die tatsächlichen Vorgänge hierbei stark verzerrt oder wahrheitswidrig dargestellt. Es ist bislang kein Fall bekannt geworden, daß es rechtsextremistischen Kameradschaften gelungen wäre, sich mit derlei Forderungen gegenüber einer Stadtverwaltung durchzusetzen.

In den sog. unabhängigen Kameradschaften, die mit den "Nationalen" kooperierten, wird durch ideologische Indoktrination eine menschenverachtende Gewaltbereitschaft geschürt. Dies ist belegt nicht zuletzt durch einen Doppelmord in der Nacht zum 18. April in Berlin, dessen Anlaß ein nichtiger interner Streit zwischen Neonazis war:

Auf dem Heimweg von einer privaten Feier beim Vorsitzenden der Berliner "Kameradschaft Beusselkiez" nahmen Mitglieder und Sympathisanten der "Kameradschaft Wittenberg" zwei Mitglieder der Berliner "Kameradschaft Treptow", darunter deren Vorsitzenden, in ihrem Auto mit. Es kam zu einem Streit über das Verbotsdatum der "Freiheit-

lichen Deutschen Arbeiterpartei” (FAP). Aus diesem Grunde wurden der Vorsitzende und ein weiteres Mitglied der “Kameradschaft Wittenberg” von einem Berliner aus der “Kameradschaft Treptow” erstochen; deren Vorsitzender leistete Beihilfe. Alle drei genannten Kameradschaften zählen zum Netzwerk der sog. unabhängigen Kameradschaften. Auf der Beerdigung am 17. Mai in Prettin wurde wieder Einigkeit beschworen. Es waren auch Angehörige von Kameradschaften aus dem Land Brandenburg anwesend.

Am 11. August veröffentlichte WENDT im “Nordland-Netz” einen Artikel, der sich mit militantem Widerstand befaßt. In ihm fordert WENDT Solidarität mit dem wegen Mordes verurteilten Kay DIESNER (s. dazu S. 22), der als politischer Gefangener des Systems anerkannt werden müsse. DIESNER habe folgerichtig gehandelt und seine Pflicht erfüllt. Die Lebensinteressen des deutschen Volkes legitimierten gemäß Art. 20 Grundgesetz auch den militanten Widerstand gegen das Regime.

“Die Nationalen e.V.” sahen das maßgeblich von ihnen aufgebaute “Nationale Medienprojekt” wegen seiner engen Anbindung an den Verein durch ein mögliches Vereinsverbot gefährdet. Durch die Selbstauflösung der “Nationalen” sollte es prophylaktisch gesichert werden. Mit diesem Medienprojekt strebt der ehemalige Vorsitzende der “Nationalen” weiterhin den Aufbau einer “Gegenöffentlichkeit” zu den verhaßten “Systemmedien” an.

Das “Nationale Medienprojekt” umfaßt nunmehr:

- das “Nationale Zeitungsprojekt”;
- Zugänge zu den Mailbox-Verbundsystemen “Nordland-Netz” und “Thule-Netz”;
- eine Internet-Homepage der “BBZ”;
- das “Nationale Info-Telefon Preußen”;
- “Radio Germania” bzw. dessen Nachfolger.

Flaggschiff des “Nationalen Zeitungsprojektes” ist die “Berlin-Brandenburger Zeitung der nationalen Erneuerung” (BBZ). Ihre derzeit fünf regionalen Ableger sind die Blätter “Junges Franken”, “Neue Thüringer Zeitung”, “Süddeutsche Allgemeine”, “Westdeutsche Volkszeitung”, “Mitteldeutsche Rundschau” mit den Ausgaben “Sachsen” und “Sachsen-Anhalt”. Eine “Norddeutsche Zeitung - Hanse-Kurier” ist in Planung. Zuletzt kam das Zeitungsprojekt nach eigenen Angaben auf eine Gesamtauflage von 22 000 Exemplaren.

Da das Zeitungsprojekt weder über offene Vertriebswege noch über einen hinreichend großen Abonnentenstamm verfügt, ist es weit davon entfernt, sich wirtschaftlich selbst zu tragen. Die Zeitungen wer-

den von führenden Funktionären und vom Unterstützerumfeld der "Nationalen" produziert und finanziert; Anhänger, Sympathisanten und Kameradschaftsmitglieder liefern Beiträge, verteilen und lesen die Zeitungen.

1997 kam nur eine Nummer der "BBZ" heraus. Ihr inhaltlicher Schwerpunkt lag erneut auf sozial- und wirtschaftspolitischen Themen, die mit aggressiver Fremdenfeindlichkeit aufgeladen wurden.

Die "BBZ" schürt gezielt sozialchauvinistische Ressentiments mit der

Hennigsdorf: 330.000 Mark für das Sowjetdenkmal? / Bericht auf Seite 12

Berlin Brandenburger

ZEITUNG DER NATIONALEN ERNEUERUNG

4. Jahrgang / Nr. 24

Berlin/Potsdam August/September 1997

Preis: 3,00 DM

Lokales

Königs-Wusterhausen:
Hintergründe
im Fall
Dolgenbrodt
Bericht auf Seite 12

Seebeck:
Was zählt ein
Menschenleben

65 Jahre nach der ersten globalen Wirtschaftskrise steht die zweite unmittelbar bevor.

Zahl der Arbeitslosen in Deutschland liegt bei knapp sechs Millionen!

Die Regierenden haben vollkommen versagt – Vergleiche mit der Situation von 1932

BONN/BERLIN (BBZ/tn) - Die Arbeitslosenquote von fast 13 Prozent in der Bundesrepublik ist die höchste seit 1945. In Westdeutschland stieg bereits im Januar die Quote innerhalb eines Monats von 9,6 auf 10,6 Prozent – in Mitteldeutschland schnellte sie gar von 15,9 auf 18,7 Prozent hoch.



Meinung

Jetzt endlich
die Machfrage
stellen!

Von Günter Krummen

Es ist höchste Zeit, gegen die zunehmende soziale Verelendung von Teilen unseres Volkes mobil zu machen. Der erste, von Inflationswerten befreite Nettolohn sank innerhalb von vier Jahren auf das seit zwanzig Jahren niedrigste Niveau. Dazu

Forderung nach "nationaler Präferenz", etwa "Arbeit zuerst für Deutsche!". Sie schreibt: "Millionen von Arbeitsplätzen sind mit Ausländern besetzt, die für die eigene Bevölkerung jetzt dringend gebraucht würden. (...) Künftig müßten Arbeitsplätze vorrangig an Deutsche vergeben werden". Die 1997 erschienene Ausgabe weist im übrigen unverhohlenen Bezüge zur nationalsozialistischen Propaganda auf und ist durch und durch antisemitisch geprägt.

Die "BBZ"-Redaktion und der "Arbeitskreis Vernetzte Medien" kündigten am 14. November im "Nordland-Netz" die Reorganisation des gesamten "Nationalen Medienprojektes" an. Danach wird das Zeitungsprojekt künftig seine Erscheinungsweise und sein Informationsangebot ausdifferenzieren. Gleichzeitig ist eine Schwerpunktverlagerung weg von den Printmedien hin zu digitalen Formen der Nachrichtenübermittlung geplant. Die Zeitungen sollen nur noch quartalsmäßig erscheinen und ihre Berichterstattung auf "die Aufbereitung weltanschaulicher Hintergründe" konzentrieren. Aktuelle Meldungen, Nachrichten, Termine will die "BBZ"-Redaktion sofort über ihre Pointadresse in das "Nordland"- und das "Thule-Netz" einspeisen und auf diesem Wege mit ihrer Leserschaft in Diskussionen eintreten.

Bezüge zur
national-
sozialistischen
Propaganda

*“Nationales
Info-Telefon
Preußen”*

Radio Germania
= das Radio für nationale
Interessen =



Sendung vom 08.01.1997

“Die Nationalen e.V.” hatten vom März 1997 bis zur Bekanntgabe ihrer Selbstauflösung am 14. November eine eigene Homepage im Internet. Nunmehr soll diese Homepage als Seite der “freien Kameradschaften” mit derselben Web-Adresse unter anderem Namen, etwa als “Die nationale Seite”, fortgesetzt werden.

Bereits am 26. Oktober richtete die “BBZ”-Redaktion eine eigene Internet-Homepage ein, die mit mindestens einmal wöchentlich aktualisierten Nachrichten aufwarten soll. Diese unterschieden sich bisher kaum von den zuvor im “Nordland-Netz” veröffentlichten Texten. Der wöchentlich erscheinende sechsseitige Presse- und Nachrichtendienst “BBZ-Aktuell”, der an die Abonnenten der “BBZ” verschickt werden soll, bildet einen Auszug aus der Homepage.

Das “Nationale Info-Telefon Preußen” hat am 30. Oktober, dem 100. Geburtstag von Joseph Goebbels, in Berlin seinen Betrieb aufgenommen. Es legt seinen Schwerpunkt auf Nachrichten über regionale Projekte und Aktivitäten und soll die Arbeit der “unabhängigen Kameradschaften” beleuchten. Die Texte decken sich weitestgehend mit den Meldungen, die die “BBZ”-Redaktion in die Mailbox-Verbundsysteme einspeist.

Das “Nationale Medienprojekt” soll, so plant man, auch regelmäßige Radio- und Fernsehsendungen einschließen. Bisher scheiterte dieses Vorhaben daran, daß einzelne Sendungen immer wieder Sanktionen nach sich zogen.

Das den “Nationalen” nahestehende “Radio Germania – das Radio für nationale Interessen” konnte 1997 nicht auf Sendung gehen. Die für den 30. Januar 1997, zum Jahrestag der “Machtergreifung” Hitlers, vorgesehene Sendung wurde wegen ihrer jugendgefährdenden Gesamtdramaturgie von der Medienanstalt Berlin-Brandenburg abgesetzt. Der senderechtlich Verantwortliche wurde von der Nutzung des “offenen Kanals” für ein Jahr ausgeschlossen. “Radio Z – Z wie Zirkus, Z wie Zensur” trat die Nachfolge an und strahlte am 14. August eine Sendung zum zehnten Todestag von Rudolf Heß aus. Als weitere Sendungen verboten wurden, ging “Radio knorke!” am 22. Oktober auf Sendung. Die Ausstrahlung einer Gedenksendung am 30. Oktober zum 100. Geburtstag von Goebbels wurde wiederum von der Medienanstalt untersagt.

Die Inhalte der Sendungen setzen sich aus Ansagetexten der “Nationalen Info-Telefone” und dem Abspielen von Tonträgern rechtsextremistischer Liedermacher und Skinheadbands zusammen.

In Planung ist außerdem die Ausstrahlung einer Nachrichtensendung “Thule-TV” über den “Offenen Kanal Berlin”.

(Verbotene) "Kameradschaft Oberhavel"

Gründungsjahr:	1996
Sitz:	Hennigsdorf
Mitglieder:	25
Publikation:	"Modernes Denken"
Verbot:	1997



Am 14. August hat der Innenminister des Landes Brandenburg die "Kameradschaft Oberhavel" mit Sitz in Hennigsdorf gem. § 3 Vereinsgesetz verboten, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richtete.

Vereins-
verbot

Die "Kameradschaft Oberhavel" wurde am 14. April 1996 in Hennigsdorf unter Federführung des Vereins "Die Nationalen e.V." gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen u.a. SCHWERDT und WENDT teil. Zum Vereinsvorsitzenden wurde ein Vorstandsmitglied der "Nationalen" gewählt. Die verbotene "Kameradschaft Oberhavel" unterschied sich in ihrer ideologischen Ausrichtung nicht von den "Nationalen", von denen sie nur formal unabhängig war. Um jedoch ihre vorgebliche Eigenständigkeit nach außen hin zu dokumentieren, konstituierte sie sich als selbständiger Verein und betrieb – wenn auch erfolglos – ihren Eintrag in das Vereinsregister beim Amtsgericht Oranienburg.

Gemäß Satzung gehörten zu den Aufgaben des Vereins *"die politische und allgemeine Bildung der Mitglieder, die Auseinandersetzung mit dem aktuellen Geschehen und die Stellungnahme zu allgemein interessierenden Fragen. Die 'Kameradschaft Oberhavel e.V.' will Jugendzentren einrichten, die von den Mitgliedern selbst verwaltet werden. (...) Die historische und politische Bildung soll durch Seminare vermittelt werden, welche entweder von kompetenten Mitgliedern selbst oder geeigneten Gästen durchgeführt werden sollen."*

Bis zum Verbot der "Kameradschaft Oberhavel" erschien die Vereinszeitung "Modernes Denken. Gestalt und Ausdruck volkstreuer Jugend – Zeitung der Kameradschaft Oberhavel e. V." in vier Ausgaben. Die Publikation diente der Kameradschaft als "Informations- und Schulungsblatt" zur Festigung der eigenen Ideologie.

Welche Ideologie die Zeitschrift pflegte, geht aus den in ihr abgedruckten Texten unzweideutig hervor: Hier wurden in aggressiv-kämpferischer Weise verfassungsfeindliche Bestrebungen propagiert. Kennzeichnend für Geist und Inhalt der Beiträge waren völkischer Kollektivismus, revanchistisch ausgerichteter Nationalismus, rassistisch fundierte Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Revanchismus.

Worauf der Vereinszweck, "politische und historische Bildung" zu vermitteln, hinauslief, zeigt beispielsweise ein Artikel in der 3. Ausgabe von "Modernes Denken". Ein charakteristischer Auszug: *"30. Januar 1933 – Tag der nationalen Erhebung – An diesem denkwürdigen Tag vor genau 64 Jahren ernannte der damalige Feldmarschall Hindenburg Adolf Hitler zum Kanzler des Deutschen Reiches und beauftragte*

3. Ausgabe
Jan. / Febr. 97



Modernes Denken

Gestalt und Ausdruck volkstreuer Jugend
Zeitung der Kameradschaft Oberhavel e. V.



ihn mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Eine große Entscheidung war nach 14jährigem Kampf gefallen, und ein in Millionen von Herzen schlummernder Wunsch erfüllt. Die politische Grundlage für die Erfüllung der alten deutschen Sehnsucht nach einem freien Volk in einem starken Reich war offensichtlich geschaffen. (...) Die Zeit des friedlichen Aufbaus sollte jedoch nur 6 Jahre dauern. Mit der englisch-französischen Kriegserklärung an Deutschland am 3. September 1939 entbrannte der 2. Weltkrieg. Durch Verrat, Sabotage und Widerstand in den eigenen Reihen ging dieser Krieg jedoch für uns Deutsche verloren. Dennoch: Der 30. Januar 1933 ist für uns wie die 12 Jahre danach steter Antrieb für unsere Kraft."

Im Vorwort derselben Ausgabe von "Modernes Denken" prophezeite der Vereinsvorsitzende: *"Gerade jetzt müssen wir wachsam bleiben, um unser Restdeutschland nach dem 8. Mai 1945 nun doch noch tatsächlich zu befreien. Dieses System neigt sich dem Ende."*

Die "Kameradschaft Oberhavel" wollte die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpfen. Ihre Einzelaktivitäten entsprachen diesem

Zweck. Sie organisierte Liederabende mit rechtsextremistischen Sängern, veranstaltete Sonnenwendfeiern und Geschichtsseminare, um nationalsozialistische Ideen in die Köpfe ihrer Mitglieder einzupflanzen, usw.

Nach außen hin trat sie mit provokanten Propagandaaktionen in Erscheinung.

*provokante
Propaganda-
aktionen*

In der Nacht zum 18. Juli wurden in Hennigsdorf, Velten und Oranienburg Flugblätter der "Kameradschaft Oberhavel" festgestellt, in denen der Abriß des Hennigsdorfer Ehrenmals für im 2. Weltkrieg gefallene Sowjetsoldaten gefordert wurde. In diesem Text kündigt die "Kameradschaft Oberhavel" für den 26. Juli "phantasievolle Aktionen rund um das Schandmal" an. Bei der gleichen Verteilaktion wurden auch Flugblätter des "Nationalen Widerstandes" verbreitet, die zu einem Gedenkmarsch für Rudolf Heß im August 1997 aufriefen. Die für den 26. Juli angekündigten Aktionen unterblieben angesichts des breiten öffentlichen Protestes und polizeilicher Schutzmaßnahmen.

Das Verbot der "Kameradschaft Oberhavel" verfehlte seine Wirkung nicht. Einige ehemalige Mitglieder haben sich aus der organisierten rechtsextremistischen Szene zurückgezogen, andere suchen bei anderen Organisationen Anschluß. Das Verbot hat aber auch bei anderen Kameradschaften Wirkung gezeigt. Sie agieren nunmehr wesentlich zurückhaltender. Schließlich war dieses Verbot der eigentliche Grund für die Selbstauflösung der "Nationalen" (s. dazu S. 46 f.).



Gefangenenhilfsorganisationen

Die Gefangenenhilfe von Neonazis zielt darauf ab, inhaftierte Rechtsextremisten materiell und ideell zu unterstützen: Ihnen werden Kontakte zu Gesinnungskameraden "draußen" vermittelt. Außerdem sollen sie nach der Haftentlassung Hilfe erhalten und wieder in die neonazistischen Strukturen eingegliedert werden.

In der Gefangenbetreuung arbeiten Mitglieder verschiedener neonazistischer Vereinigungen zusammen und stellen dabei Konkurrenzen und Rivalitäten hintan. Deshalb hat die Gefangenenhilfe innerhalb des neonazistischen Spektrums eine gewisse integrative Funktion. Vor allem die "Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V." (HNG) versucht, Neutralität gegenüber den Streitigkeiten innerhalb der Neonaziszene zu wahren.



"Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V." (HNG)

Gründungsjahr:	1979
Sitz:	Frankfurt/Main
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit:	350
Brandenburg:	10
für Brandenburg relevante überregionale Publikation:	"Nachrichten der HNG"

Gegründet wurde die HNG durch den Frankfurter Neonazi Henry BEYER. Seit März 1991 ist Ursula MÜLLER aus Mainz Vorsitzende.

Die HNG ist die bedeutendste Gefangenenhilfsorganisation und zugleich der mitgliederstärkste neonazistische Personenzusammenschluß in der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings gelang es ihr bisher nicht, in den ostdeutschen Bundesländern stabile Strukturen aufzubauen. Durch Zuzug von HNG-Mitgliedern aus anderen Bundesländern, darunter auch Aktivisten der Gefangenbetreuung, stieg die Mitgliederzahl in Brandenburg 1997 leicht an, blieb aber insgesamt gering.

Sogenannte "Gebietsbeauftragte" – ein solcher arbeitet auch in Brandenburg – organisieren und koordinieren die Gefangenenbetreuung. Unter den 150 Teilnehmern der HNG-Jahreshauptversammlung im März befanden sich auch Brandenburger.

Die "Nachrichten der HNG" enthalten vor allem Informationen über Prozesse gegen Rechtsextremisten und deren Haftbedingungen, Briefe aus der Haft und Ratschläge in Rechtsfragen. Jede Ausgabe führt in einer "Gefangenenliste" die Namen inhaftierter Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland auf, die Kontakt zu Kameraden suchen. Darunter sind auch regelmäßig inhaftierte Rechtsextremisten aus Brandenburg.

Das 1987 von Ernst TAG gegründete "Internationale Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V." (IHV) ist eine Konkurrenzorganisation zur HNG und hat die gleiche Zielstellung wie diese. Die Zahl der Anhänger blieb immer sehr gering. Nach dem Rückzug TAGs aus dem IHV kam dessen Tätigkeit fast vollständig zum Erliegen.

Neben den Gefangenenorganisationen, die ihre inhaftierten Gesinnungskameraden von außen unterstützen, bauten seit 1995 inhaftierte Rechtsextremisten eigene Zusammenschlüsse in der Form von Selbsthilfegruppen auf, die sie "Knast-" bzw. "Kerkerkameradschaften" nennen.

Ihre Mitglieder informieren sich gegenseitig über den Stand des jeweiligen Strafverfahrens und die Haftbedingungen. Sie wollen auf diese Weise ihren "politischen Kampf" auch im Gefängnis koordinieren. Außerdem suchen sie die Verbindung zu den Kameraden "draußen" zu halten.

In Brandenburg inhaftierte Rechtsextremisten waren an der Gründung solcher "Kerkerkameradschaften" beteiligt. Einige von ihnen geben die Schrift "Der weiße Wolf. Rundbrief inhaftierter Kameraden der 'Justizvollzugsanstalt' Brandenburg" heraus. Von ihr sind 1997 weitere Ausgaben erschienen. Der Themenkreis reicht über Häftlingsprobleme hinaus und erstreckt sich auch auf Nachrichten aus der Neonazi- und der Skinhead-Musikszene.

Sonstige

Nachdem der Innenminister des Landes Brandenburg 1995 die bis dahin mitgliederstärkste und aktivste neonazistische Vereinigung in Brandenburg, die "Direkte Aktion/Mitteldeutschland" (JF), verboten hatte, sind die Aktivitäten der ehemaligen Mitglieder kontinuierlich zurückge-

*"Nachrichten
der HNG"*

*Internationales
Hilfskomitee für
nationale
politische
Verfolgte und deren
Angehörige e.V*

*"Knast-" bzw.
"Kerkerkamerad-
schaften"*

gangen. Vor dem Landgericht Potsdam hatte sich im Sommer ein Angeklagter zu verantworten, weil er nach dem Verbot der JF noch einige Monate deren Postfach in Potsdam weiterbetrieb und darüber Briefverkehr für die JF führte. Dadurch versuchte er, diese verbotene Vereinigung fortzuführen und ihren organisatorischen Zusammenhang aufrechtzuerhalten. Er wurde zu einer Geldstrafe verurteilt; das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Ehemalige Führungspersonen aus dem Kreis der verbotenen JF widmen sich inzwischen der Produktion von Heavy-Metal-Musik, da ihnen – nach der Beschlagnahme von mehr als 3000 CDs der Nazi-Skinhead-Band "Landser" mit dem Titel "Republik der Strolche" im Frühjahr 1996 – die Produktion und der Vertrieb von eindeutig rechtsextremistischen Musiktiteln zu gefährlich erscheint.

Der ehemals führende Kopf der verbotenen JF hat unter dem Pseudonym "kommando F./UV" in "Der weiße Wolf" (s. dazu S. 57), Nr. 3, einen Artikel "Vom Kampfe = oder warum kämpfen wir?" veröffentlicht. Die von ihm bereits früher vertretene nationalbolschewistische Linie verfiert er hier mit der Aufforderung, "die Grabenkämpfe endlich einzustellen und zu einer Einheitsfront aller Unterdrückten zu gelangen". Die Hauptaufgabe der Kader sei es, "Propagandamittel, Tonträger, Zeitschriften und anderen Szenebedarf herzustellen sowie die Vernetzung der Szene voranzutreiben und ideologische Sperrlinien zu durchschreiten und hinter sich zu lassen". Die Aktivisten hätten die Aufgabe, "Konzepte in die Tat umzusetzen, Aktionen zu planen und durchzuführen, neue Leute für den Kampf zu gewinnen, Kameradschaften, Zellen und Kampfbündnisse aufzubauen", das Umfeld hingegen solle "die Aktivisten und Kader durch Geld, Sachspenden oder den Kauf von z.B. CD's, Hemden usw. unterstützen".

Bislang ist nicht erkennbar, daß – abgesehen von der Erwirtschaftung finanzieller Mittel – diese Zielstellung verwirklicht wird.

Im Raum Cottbus hat sich um Personen, die ehemals verbotenen neonazistischen Organisationen, darunter der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) und der "Deutschen Alternative" (DA), angehört, die "Wandergruppe Gibor" gebildet, die sich als unabhängig bezeichnet und sich harmlos gibt.

Die von dieser Gruppe bereits in mehreren Nummern herausgegebene Schrift "echt knorke!" bemüht sich um ein eher unpolitisches Erscheinungsbild. Die "Wandergruppe Gibor" präsentiert sich darin als ein Zusammenschluß von Naturfreunden, die sich Wanderungen, Lagerfeuerabenden, Umweltaktionen, Lesungen und Kulturveranstaltungen widmen. Der Blick geht rückwärts auf germanisches Heiden-

tum und altdeutsche Lebensart. Es gibt aber Anhaltspunkte dafür, daß sich hinter der Verkündung eines vormodernen, völkischen Weltbildes eine kalkulierte neonazistische Werbestrategie verbirgt.

Bereits seit 1993 besteht in Frankfurt (Oder) das von einem jungen Neonazi betriebene "Nationale Pressearchiv" (N.P.A.). Es tritt nach außen in Erscheinung durch die Herausgabe des "Nationalen Beobachters" und durch die Beteiligung an "Anti-Antifa"-Aktivitäten.

*Nationales
Pressearchiv*

Das N.P.A. bezeichnet sich selbst als "überparteilich". Es unterhält Kontakte zu einer Vielzahl von rechtsextremistischen und neonazistischen Organisationen und Gruppierungen, deren Schriften und Propagandamaterialien es sammelt, um sie "allen nationalen Menschen" zur Verfügung stellen zu können.

Seit 1995 erscheint in unregelmäßigem Abstand der "Nationale Beobachter", anfangs als "Rundbrief des Nationalen Pressearchivs", nun als "Zeitschrift des nationalen Widerstandes" untertitelt. 1997 sind weitere Nummern verbreitet worden.

Dem "Nationalen Beobachter" ist die Aufgabe zugedacht, "Informationen und Berichte aus aller Welt zu liefern und damit zur Vernetzung der nationalen Szene beizutragen" (Nr.1, S. 2). Neben Erklärungen in eigener Sache druckt er in anderen Publikationen bereits veröffentlichte Texte nach und stellt eine Vielzahl neonazistischer Publikationen mit Angabe der Bezugsadressen vor. Daß als Zielgruppe vor allem junge Menschen erreicht werden sollen, zeigt der breite Raum, den das Thema Skinhead-Musik (Tonträger, Fanzines, Bands, Sänger und Konzerte) einnimmt. Ein Werbezettel für den "Nationalen Beobachter", Nr. 6, bezeichnet diesen daher als "Polit- und Musikzine".



Regelmäßig erscheinen Artikel zum Thema "Anti-Antifa". So verkündet eine Gruppe aus Naumburg/Saale in Nr. 5 unter dem Titel "FRONT 88 – Abwehrverband des nationalen Widerstandes", sie wolle "eine zentrale Erfassungsstelle für linke Gewalt und deren Hintermänner einrichten". Das Postfach des "Nationalen Pressearchivs" wird regelmäßig in neonazistischen Schriften, darunter im "NS-Kampftruf" (s. dazu S. 18), als eine Kontaktadresse der "Anti-Antifa"-Kampagne genannt.



“Nationaldemokratische Partei Deutschlands” (NPD)

Gründungsjahr:	1964
Sitz:	Stuttgart
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	“Junge Nationaldemokraten” (JN)
Mitglieder bundesweit:	4 300
Brandenburg:	60
für Brandenburg relevante überregionale und regionale Publikationen:	“Deutsche Stimme” “Zündstoff – Deutsche Stimme für Berlin-Brandenburg”

mögliche Trendwende

Das Jahr 1997 markiert möglicherweise eine Trendwende für die NPD im Land Brandenburg. Zwar verfügt sie hier Ende 1997 mit ca. 60 Personen immer noch über relativ wenig Mitglieder, im Jahr zuvor waren es aber nur ca. 20 Mitglieder gewesen.

Dieser Zuwachs in Brandenburg entspricht der Entwicklung, die die NPD im vergangenen Jahr bundesweit genommen hat. Nach eigenen Aussagen gewann die Partei über 1 000 neue, zumeist junge, Mitglieder hinzu. Neben einer intensivierten Mitgliederwerbung zählt sich offenbar auch die Strategie des seit 1996 amtierenden – und auf dem Bundesparteitag am 10./11. Januar 1998 in Stavenhagen bestätigten – Bundesvorsitzenden Udo VOIGT aus.

Einer ihrer Bestandteile ist das wieder engere Zusammenwirken mit der NPD-Jugendorganisation “Junge Nationaldemokraten” (JN). Die JN verzichten darauf, sich gegen neonazistische Gruppierungen und ehemalige Mitglieder verbotener Organisationen strikt abzugrenzen, und ernten dafür schon seit 1996 einen gewissen Zulauf, der nunmehr auch der NPD zugute kommt.

Daneben hat die NPD in ihrer Agitation einen Themenwechsel vollzogen: weg von revisionistischer Propaganda, hin zu aktuellen so-

zialpolitischen Problemen. Allerdings gibt sie damit keineswegs die bekannten rechtsextremistischen Argumentationsmuster preis. Auf diese Weise will die Partei eine breitere Akzeptanz in der Öffentlichkeit gewinnen.

Weiterhin nimmt die NPD für sich in Anspruch, als einzige Partei eine "grundsätzliche Alternative zum gegenwärtigen Parteienspektrum" darzustellen.

Die antipluralistische, völkisch-kollektivistische und fremdenfeindliche Haltung der NPD wird in ihrer Propaganda überdeutlich. Sie behauptet, "Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft" voraus. Zur Erhaltung der "deutschen Volkssubstanz" müsse die "menschenfeindliche Integrationspolitik" ein Ende haben. Konkret wird z. B. vorgeschlagen, Ausländer aus dem Sozialversicherungswesen auszugliedern. Festgehalten sind diese und andere Forderungen in der im Dezember 1996 beschlossenen Neufassung des NPD-Parteiprogramms.

Der NPD gelang es 1997, sich mit spektakulären Aktionen auch einer breiteren Öffentlichkeit wieder in Erinnerung zu bringen. Den größten Erfolg konnte sie dabei am 1. März verbuchen, als sie gemeinsam mit den JN mehrere tausend Menschen – darunter auch zahlreiche Neonazis und

Propaganda



Skinheads, aber auch Wehrmachtsveteranen – für eine Demonstration gegen die Ausstellung “Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht” in München (s. dazu Seiten 21, 23, 26, 63, 73) zu mobilisieren vermochte.

Kundgebungen

Wenig erfolgreich gestaltete sich dagegen das Bemühen, am 1. Mai in Leipzig eine Demonstration unter dem Motto “1. Mai – Tag der nationalen Arbeit – Arbeit zuerst für Deutsche! – Die Wut auf die Straße tragen!” zu veranstalten. Die Kundgebung wurde verboten, und die NPD zeigte sich außerstande, das von ihr auf 10 000 Personen geschätzte Teilnehmerpotential kurzfristig zu einer vergleichbaren Demonstration an einen anderen Ort zu lenken. Stattdessen kam es an vier Orten zu kleineren spontanen Kundgebungen mit insgesamt ca. 750 Teilnehmern, darunter auch zahlreiche Neonazis und Skin-heads. Diese Versammlungen wurden von der Polizei aufgelöst. Zwei kurzfristig für den 1. Mai angemeldete Veranstaltungen in Cottbus und Potsdam wurden verboten und fanden nicht statt.

Auch über Medien versucht die NPD, ihre Position im rechtsextremistischen Spektrum zu stärken. So betreibt sie über die “DS-Verlags-gesellschaft mbH” inzwischen einen umfassenden Versandhandel u. a. mit Büchern, Videos und Tonträgern. Außerdem verfügt sie nunmehr über eine eigene Adresse im Internet (s. dazu S. 28).

Wahlergebnisse

Trotz aller dieser Bemühungen gelang es der NPD nicht, mit ihrem neuen Profil für die Wähler attraktiv zu werden. Die Partei trat 1997 sowohl bei den Kommunalwahlen am 2. März in Hessen als auch bei den Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen in Hamburg am 21. September an. Während sie in Hamburg nur 0,1 Prozent der Stimmen erlangte und in keine der sieben Bezirksversammlungen einzog, konnte sie in Hessen Mandate in mehreren Kommunalparlamenten erringen. Insgesamt aber blieb ihr Stimmenanteil hier mit 0,6 Prozent noch unter dem der letzten Kommunalwahlen 1993.

Parteistrukturen

In Brandenburg geht die NPD nunmehr daran, landeseigene Parteistrukturen zu etablieren.

Zu diesem Zweck wurde im November 1997, noch innerhalb des gemeinsamen Landesverbandes Berlin-Brandenburg, ein eigener Bezirksverband für das Land Brandenburg gegründet. Dies soll eine Etappe auf dem Weg zu jeweils eigenständigen NPD-Landesverbänden in Berlin und Brandenburg sein. Außerdem wurde ein neuer Kreisverband Spreewald ins Leben gerufen; die Gründung weiterer neuer Kreisverbände wurde angekündigt.

“Junge Nationaldemokraten” (JN)

Gründungsjahr:	1969
Sitz:	Bochum
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit :	350
Brandenburg:	Einzelmitglieder
für Brandenburg relevante überregionale und regionale Publikationen:	“Der Aktivist”, “JN-Intern”

Dem Landesverband Berlin-Brandenburg steht in der NPD-Zeitschrift “Zündstoff – Deutsche Stimme für Berlin-Brandenburg” eine Seite, genannt “Denkzettel”, zur Verfügung.



Auch 1997 nahm der Mitgliederbestand der JN zu.

Nach dem Verbot verschiedener neonazistischer Vereinigungen ist die Attraktivität der JN für Personen aus diesem Spektrum erheblich gestiegen. Inzwischen haben sich die JN zu einer Nahtstelle zwischen NPD, Neonazis und anderen rechtsextremistischen Gruppierungen entwickelt.

Freilich ist das Verhältnis zwischen NPD und JN einerseits und den neonazistischen Gruppierungen andererseits nicht unproblematisch. Denn obwohl letztere die JN, z. T. auch die NPD als Resonanzboden und Plattform nutzen, sind sie nicht ohne weiteres bereit, ihnen eine Führungsrolle in der rechtsextremistischen Szene einzuräumen. Augenblicklich bilden beide Seiten eine “Zweckgemeinschaft”.

Die JN betrachten sich als “nationale Gesinnungs- und Kampf-gemeinschaft”, die nicht Bestandteil des Systems sein will, sondern gegen das System kämpft. Als “nationalrevolutionäre Kaderorganisation” stehen sie in fundamentaler Opposition zum demokratischen Verfassungsstaat. Ebenso wie ihre Mutterpartei versuchen die JN, verstärkt sozialpolitische Fragen für ihre Agitation zu nutzen.

Neben der NPD waren die JN an der organisatorischen Vorbereitung der Demonstration am 1. März in München und der für den 1. Mai in Leipzig geplanten Kundgebung beteiligt (s. dazu S. 62).

*Mitglieder-
bestand*

*“nationale
Gesinnungs-
und Kampf-
gemeinschaft”*

4. Europäischer Kongreß der Jugend

Am 18. Oktober fand in Fürth der "4. Europäische Kongreß der Jugend" statt, zu dem die JN traditionell Vertreter verschiedener rechtsextremistischer Gruppierungen und Jugendorganisationen aus ganz Europa einladen. Die Teilnehmerzahl hat sich mit 500 bis 600 Personen gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt.

An der "Rudolf-Heß-Aktionswoche" im August 1997 haben sich die JN offiziell nicht beteiligt. Offenbar paßt die vergangenheitsfixierte Thematik nicht mehr in das neue propagandistische Konzept der "Jungen Nationaldemokraten".

Auseinander- setzungen mit links- extremistischen Gruppierungen

Bei eigenen Kundgebungen mußten die JN 1997, verglichen mit 1996, zurückstecken. Eine ganze Reihe von Veranstaltungen wurde schon im Vorfeld verboten, außerdem nahmen Auseinandersetzungen mit links-extremistischen Gruppierungen am Rande von JN-Veranstaltungen zu.



Der gemeinsame Landesverband Berlin-Brandenburg der JN meldete für den 15. Februar eine Kundgebung in Berlin-Hellersdorf unter dem Motto "Arbeit zuerst für Deutsche" an. Schon im Vorfeld waren die Proteste in der Öffentlichkeit so heftig, daß sich die JN genötigt sahen, die Kundgebung kurzfristig abzusagen und stattdessen eine geschlossene Versammlung in einer geheimgehaltenen Gaststätte anzusetzen. An dem vereinbarten Treffpunkt am S-Bahnhof Wuhletal wurden 30 Rechtsextremisten von 350 militanten Linksextremisten mit Steinen und Flaschen attackiert und mußten flüchten.

Auch in Brandenburg war die JN Zielscheibe von Gegenaktionen linksextremistischer Kreise (s. dazu S. 91). Sie richteten sich gegen den Stützpunkt der brandenburgischen JN in Frankfurt (Oder). Sämtliche aus dem NPD- und JN-Umfeld der Oderstadt angemeldeten Veranstaltungen wurden 1997 verboten.

Für den 28. März meldete ein JN-Funktionär eine Demonstration unter dem Motto "Gegen linke Gewalt" an. Trotz des von der Polizei verhängten Verbotes versammelten sich am 28. März 50 bis 60 Personen in Frankfurt (Oder). Die Veranstaltung wurde von der Polizei aufgelöst.

Angemeldet wurden für den 9. August in Fürstenwalde und in Frankfurt (Oder) zwei Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Todestag von Rudolf Heß sowie drei Kranzniederlegungen anläßlich des "Heldengedenktages" am 16. November auf den Soldatenfriedhöfen in Lietzen und Seelow und der Gedenkstätte im Gutspark Gorgast. Die Verbote aller dieser Veranstaltungen wurden befolgt.

Das seit 1996 existierende Mitteilungsblatt des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der JN, "JN-Intern", ist 1997 nur ein einziges Mal erschienen. Das für die JN betriebene "Nationale Info-Telefon Berlin-Brandenburg" ist seit Mitte 1997 nicht mehr aktiv.



Ausgabe Nr. 1/ 1997

"Deutsche Volksunion" (DVU)

Gründungsjahr:	1987
Sitz:	München
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit:	15 000 ³
Brandenburg:	40 ³
für Brandenburg relevante überregionale Publikationen:	"Deutsche Wochenzeitung/ Deutscher Anzeiger" (DWZ/DA), "Deutsche National-Zeitung" (DNZ)



Die Aktivitäten der DVU stagnierten 1997 bundesweit auf niedrigem Niveau. Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern bleibt die Partei schwach.

Dies gilt auch für das Land Brandenburg. Der seit 1995 existierende gemeinsame Landesverband Berlin-Brandenburg verharrte 1997 in Inaktivität. Die DVU ist in Brandenburg noch nie zu Wahlen angetreten.

Der Führungsstil des Parteivorsitzenden Dr. Gerhard FREY läßt es kaum zu, daß sich selbstbewußte und eigenverantwortliche DVU-Untergliederungen bilden. Auf Grund seiner einträglichen Tätigkeit als Verleger verfügt FREY über genügend Geldmittel, um die Politikinhalte, die Personalfragen und das Finanzleben der DVU nach Belieben bestimmen zu können. Die Dominanz FREYs stößt bei DVU-Mitgliedern allerdings immer wieder auf Kritik, da sie ihre "politische" Funktion auf die Abnahme der von ihm herausgegebenen Publikationen beschränkt sehen.

*Aktivitäten
stagnierten*

³ Die DVU selbst gibt höhere Zahlen an.

Wahlkampagne

Abgesehen von der traditionellen Großkundgebung in Passau am 27. September und von Parteitagen, konzentrierten sich die Aktivitäten der DVU auch 1997 im wesentlichen auf die publizistischen Unternehmungen FREYs und auf die Wahlkampagne in Hamburg.

Denn 1997 nahm die DVU nur an den Wahlen am 21. September zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen in Hamburg teil. Beim Wahlgang für die Bürgerschaft scheiterte sie trotz des großzügigen, vom Bundesvorsitzenden zur Verfügung gestellten, Wahlkampfbudgets mit 4,9 Prozent knapp an der 5 %-Hürde. Bei den letzten Wahlen 1993 hatte sie allerdings nur 2,8 Prozent der Stimmen erhalten. Bei den Bezirksversammlungswahlen gelang der DVU mit insgesamt 13 Abgeordneten der Einzug in vier von sieben Vertretungen. 1993 war ihr nur

der Einzug in eine Bezirksversammlung geglückt. Grund für den relativen Wahlerfolg war ein aggressiv geführter Wahlkampf, der vor allem Vorurteile gegen Aus-



länder und Asylbewerber schürte.

Die von FREY herausgegebenen Wochenzeitungen "Deutsche National-Zeitung" (DNZ) und "Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger" (DWZ/DA) sind als Sprachrohr der DVU anzusehen. Sie gehören zu den auflagenstärksten rechtsextremistischen Publikationen in Deutschland.

Beide Publikationen pflegen mit Hilfe aggressiver, tendenziöser Artikel die traditionellen rechtsextremistischen Feindbilder. So werden Ressentiments gegen Ausländer geschürt. Gezielt wird der Eindruck erweckt, daß in Deutschland le-

bende Ausländer generell eine Bedrohung für die Sicherheit der Bundesrepublik darstellten. Des weiteren zielen diese Wochenblätter darauf ab, das Bild von der deutschen Geschichte zu revidieren. Die nationalsozialistischen Verbrechen werden permanent verharmlost und gegen von anderen Völkern begangenes Unrecht aufgerechnet.

Zugleich belegen die zahlreichen, durchweg negativ geprägten Artikel zu den Themen "Juden" und "Israel" den kaum verhohlenen Antisemitismus der Partei.



Feindbilder

“Die Republikaner” (REP)

Gründungsjahr:	1983
Sitz:	Berlin
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder	bundesweit: 15 500
	Brandenburg: 330
Teil-/Nebenorganisationen:	“Arbeitskreise Republikanischer Jugend” (RJ) “Republikanischer Bund der Frauen” (RBF) “Republikanischer Bund der öffentlichen Bediensteten” (RepBB)
für Brandenburg relevante überregionale Publikation:	“Der Republikaner”



“Die Republikaner” mußten sowohl bei den Kommunalwahlen am 2. März in Hessen als auch bei den Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen in Hamburg am 21. September Verluste hinnehmen.

In Hessen verloren sie gegenüber den letzten Kommunalwahlen 1993 1,7 Prozent der Stimmen – hauptsächlich in den Großstädten – und kamen landesweit auf 6,6 Prozent.

In Hamburg waren die Verluste größer: Hier erhielten sie nur noch 1,9 Prozent der Stimmen. 1993 waren sie mit 4,8 Prozent noch knapp an der 5 %-Hürde gescheitert. Auch der Einzug in eine der sieben Bezirksversammlungen gelang der Partei nicht mehr.

Die erhoffte dauerhafte Konsolidierung der REP nach dem Erfolg bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg im März 1996 – dort waren sie zum zweitenmal in das Landesparlament eingezogen – blieb damit aus. Gleichzeitig stagnierte die Mitgliederentwicklung der Partei.

Auch ansonsten waren kaum öffentlichkeitswirksame Aktionen der “Republikaner” wahrzunehmen. Eine im Oktober 1996 beschlossene bundesweite “Anti-Maastricht-Kampagne” fand 1997 in der Öffentlichkeit wenig Resonanz.

Wahlergebnisse

Themen

Die Kontinuität der parteispezifischen Themen und Argumentations-schemata blieb 1997 ungebrochen: Polemik gegen das angebliche Ver-sagen der sog. "Altparteien" und der Repräsentanten der parlamentari-schen Demokratie, Beschwörung der völkischen Kollektivgemeinschaft, Stigmatisierung von Asylbewerbern und Einwanderern als Urheber al-ler sozialen Probleme in der Bundesrepublik, Ablehnung der europäi-schen Einigung aus nationalistischen Motiven.

Kurs

Seit seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden 1994 versucht Dr. Rolf SCHLIERER – im Gegensatz zu seinem inzwischen aus der Partei ausge-tretenen Vorgänger Franz SCHÖNHUBER – offene rechtsextremistische Agitation zu vermeiden. Wenn Kontakte von Parteimitgliedern zu An-hängern anderer rechtsextremistischer Organisationen öffentlich be-kannt werden, läßt er sie, mit Hinweis auf den "Unver-einbarkeitsbeschluß" des Ruhstorfer Bundesparteitages von 1990, häu-fig mit einem Parteiausschluß ahnden.

Kontakte

Gegen diesen Kurs des Parteivorsitzenden regte sich von Anfang an Widerstand, insbesondere in den ostdeutschen Landesverbänden, die einer Kooperation mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen oft positiv gegenüberstehen. Aber auch innerhalb der westdeutschen Führungsebene der Partei kam es 1997 zu Kontakten mit eindeutig rechts-extremistischen Organisationen. So veröffentlichten z. B. führende "Re-publikaner" Beiträge in der rechtsextremistischen Monatszeitschrift "Nation & Europa", an deren Herausgabe Aktivisten der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) beteiligt sind.

Gleichwohl behauptete SCHLIERER bislang seine Stellung, zumal es augenblicklich an einer alternativen Führungsfigur fehlt. Wahrschein-lich wird aber erst das Wahljahr 1998 entscheiden, inwieweit SCHLIERER seinen Kurs, "Die Republikaner" als Wahlpartei rechts von der politi-schen Mitte zu etablieren, durchhalten kann.

Im brandenburgischen Landesverband sieht man in dem Richtungs-streit zwischen dem SCHLIERER-Flügel und seinen innerparteilichen Gegnern vor allem ein politisches Intrigenspiel der westdeutschen Lan-desverbände, hauptsächlich zum Schaden der politischen Aufbauar-beit in Ostdeutschland.

Die Aktivitäten des in Kreis- und Ortsverbände gegliederten Landes-verbandes Brandenburg der "Republikaner" waren auch 1997 unbe-deutend. Von den inzwischen nur noch ca. 330 Mitgliedern beteiligen sich die wenigsten aktiv an der Parteiarbeit. Die meisten gehören dem Landesverband nur nominell an. Schwerpunkt der politischen Betäti-gung der "Republikaner" im Land Brandenburg war weiterhin die Regi-on Barnim.

Publikationen oder Flugschriften wurden 1997 in nicht nennenswertem Umfang verbreitet. Bekannt wurden hier zwei Flugschriften: "Der Cottbuser REPUBLIKANER", das offizielle Organ des Kreisverbandes Cottbus/Spree-Neiße, und "Barnimer Blätter", eine Publikation des Kreisverbandes Barnim.

Publikationen

Der Cottbuser REPUBLIKANER

Offizielles Organ des Kreisverbandes Cottbus / Spree-Neiße

Thematisch entsprechen die beiden Publikationen dem oben beschriebenen Argumentationsmuster der Partei. So wird im "Cottbuser REPUBLIKANER" unterstellt, daß die "etablierten Parteien" Zustände wie Massenarbeitslosigkeit, Drogenkonsum, Ausländerkriminalität bewußt herbeigeführt hätten. Die "Barnimer Blätter" propagieren eine Unterscheidung von Kunstwerken, die die einen als "undeutsch" und somit als "billige Machwerke" qualifiziert, die anderen als förderungswürdig.

Die Aktivitäten der "Republikaner" im Land Brandenburg sind auch 1997 insgesamt als rechtsextremistisch zu bewerten, wenn auch nicht jedem einzelnen Mitglied eine rechtsextremistische Haltung unterstellt werden kann.

Laut Satzung der REP sollen zwar auf jeder Parteiebene weisungsgebundene "Arbeitskreise Republikanischer Jugend" für Mitglieder im Alter zwischen 18 und 30 Jahren gebildet werden. Ihr Aufbau, obwohl seit 1996 verstärkt betrieben, geht im gesamten Bundesgebiet aber nur schleppend voran. 1996 wurde der auf Bundesebene agierende "Republikanische Bund der Frauen" ins Leben gerufen. Er soll sich vor allem mit familienpolitischen Themen befassen. Der "Republikanische Bund der öffentlichen Bediensteten" wurde 1993 gegründet. Seine politischen Ziele unterscheiden sich nicht von denen der "Republikaner". In Brandenburg sind alle diese Nebenorganisationen der REP bisher nicht hervorgetreten.

“Deutsche Liga für Volk und Heimat” (DLVH)



DEUTSCHE LIGA
FÜR VOLK UND HEIMAT

Gründungsjahr (als Partei):	1991
Neugründung als Verein:	1996
Sitz:	Berlin
in Brandenburg aktiv seit:	1992
Mitglieder bundesweit :	700
Brandenburg:	60
für Brandenburg relevante überregionale Publikation:	“Nation & Europa – Deutsche Rundschau” (der DLVH nahestehend)

*Vereins-
neugründung*

Die 1991 als Sammlungsbewegung “aller nationalen Kräfte” gegründete DLVH hat, weil sie entgegen ihrer erklärten Absicht zur weiteren Zerklüftung der rechtsextremistischen Parteienlandschaft beitrug, 1996 ihren Parteienstatus aufgegeben und sich als Verein neugegründet. Sie wollte mit diesem Schritt die Konkurrenz unter den sich voneinander abgrenzenden rechtsextremistischen Parteien abbauen und ihren Mitgliedern die Möglichkeit eröffnen, bei anderen rechtsextremistischen Parteien Aufnahme zu finden. Damit versprach sich die bei Wahlen erfolglose DLVH einen Glaubwürdigkeitgewinn und eine Vorbildwirkung bei den Bemühungen, das rechtsextremistische Parteienspektrum zu bündeln.

*Bündnis-
bemühungen*

Eine Reihe von Vereinsmitgliedern sind inzwischen der NPD beigetreten, so auch einer der drei Bundesvorstandssprecher. Daneben richtete die DLVH 1997 ihre Bündnisbemühungen verstärkt auf rechtsextremistische Kulturvereine wie die “Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.” (GFP) (s. dazu S. 24). Führende Mitglieder der DLVH nahmen am “Gesamtdeutschen Kongreß” vom 25. bis 27. April 1997 teil, ein Bundesvorstandssprecher der DLVH wurde in den GFP-Vorstand gewählt.

Ein früherer Bundesvorstandssprecher gab sein Amt auf, um sich auf seine Aufgaben als Herausgeber des mit einer Auflage von 15 000 Exemplaren wichtigsten rechtsextremistischen Theorieorgans "Nation & Europa" zu konzentrieren. Als sein Nachfolger wurde auf der Bundesmitgliederversammlung am 12. Oktober 1997 in Höchststadt a.d. Aisch (Bayern) der brandenburgische Landesvorstandssprecher André BEIERSDORF in den dreiköpfigen Bundessprecherrat gewählt.

Die maßgeblich von der DLVH initiierte Einigungsbewegung der "Runden Tische", an denen Mitglieder aller rechtsextremistischer Parteien über Abgrenzungsbeschlüsse hinweg zusammenfinden sollten, hat 1997 merklich an Schwung verloren. Der "Kongreß des gemeinsamen Neubeginns demokratischer Sozialpatrioten" am 2. November in Kösching (Bayern), den die DLVH zusammen mit dem rechtsextremistischen Verein "Nation-Europa-Freunde e.V." veranstaltete, hatte mit 700 bis 800 Teilnehmern hingegen eine beachtliche Resonanz.

*Einigungs-
bewegung*

Das "Manifest" der DLVH liegt mit dem Bekenntnis zu einer "Wirtschafts- und Sozialordnung der nationalen Präferenz" im Trend rechtsextremistischer Propaganda.

Der Landesverband Berlin-Brandenburg hat nach wie vor im Barnim und in der Uckermark seinen Schwerpunkt. Werbungserfolge auch in anderen Landesregionen haben einen leichten Anstieg der Mitgliederzahl bewirkt. In Potsdam wurden wiederholt Aufkleber der DLVH angebracht. In Fürstenwalde hingegen hat die DLVH ihre Aktivitäten fast eingestellt.

Die Kontakte des Landesverbandes zur NPD und zu den "Republikanern" im Rahmen der "Initiative Pro Deutschland" erbrachten 1997 keine öffentlich wirksamen Ergebnisse.

Im Dezember tauchten auch in Brandenburg bundesweit verteilte Flugblätter des "Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V." (BfG) auf. Der BfG ist eine bereits 1937 gegründete Weltanschauungsgemeinschaft, die, getreu der Lehre Mathilde Ludendorffs, der Witwe des preußischen Generals Erich Ludendorff, eine antipluralistische, rassistische und insbesondere antisemitische Weltanschauung propagiert. In dem als Hauswurfsendung verschickten Flugblatt wird mit anti-kirchlicher Polemik gegen das Unterrichtsfach Religion an den Schulen agitiert. In Brandenburg verfügt der BfG bisher über keine Strukturen.

*Bund für
Gotterkenntnis
(Ludendorff) e.V.*

Die "Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V." (BKP) hat als Sammelbecken von Rechtsextremisten für die Region eine gewisse Bedeutung.

Ihre Hauptaktivität besteht darin, Vortragsveranstaltungen mit szenebekannten Rednern zu organisieren. Bis einschließlich 1996 meldete sie für den Volkstrauertag in Halbe "Heldengedenkfeiern" an, die seit 1992 regelmäßig verboten wurden. Die 1996 eingereichte Anmeldung zog sie zurück, 1997 verzichtete sie von vornherein auf einen neuerlichen Versuch dieser Art.

Ausblick

Die militanten Jugendcliquen, aus denen heraus die Mehrzahl der einschlägigen Straftaten begangen wird, bestehen fort – mit den bisher angewandten, immer wieder verbesserten Mitteln der Prävention und der Repression konnte dieses Milieu noch nicht wesentlich entschärft werden. Zur Bewältigung dieser Aufgabe bedarf es weiterer energischer Anstrengungen aller gesellschaftlichen Kräfte und auch eines langen Atems, da mit sofortigen Erfolgen auch künftig nicht gerechnet werden darf. Deshalb bleibt es ungewiß, ob schon in nächster Zukunft ein signifikanter Rückgang rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten eintreten wird.

Zwar zerfallen gewaltbereite Cliquen rechteextremistisch orientierter Jugendlicher immer wieder, weil aus ihren Reihen Straftäter, oftmals die Rädelsführer, ermittelt und verurteilt werden und Mitläufer – nicht zuletzt durch die schnelle und strenge Ahndung entsprechender Delikte – sich von weiteren Straftaten abschrecken lassen, aber auch, weil viele aus der Szene "herauswachsen". Da aber immer wieder neue Gruppierungen gleichen Charakters entstehen, ändert sich bislang wenig am Gesamtpotential.

Ob die fortschreitende Kommerzialisierung der Skinhead-"Kultur" dazu führt, daß aus wirtschaftlichen Interessen die "geschäftsschädigende" rechtsextremistische Komponente mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt wird, ist noch nicht auszumachen. Jedenfalls muß auch in Brandenburg weiterhin damit gerechnet werden, daß Skinhead-Aktivisten versuchen, Konzerte mit gewaltverherrlichenden Darbietungen konspirativ zu planen und abzuhalten.

Für ideologisch verfestigte Neonazikreise entfaltet gegenwärtig die NPD eine gewisse Anziehungskraft; denn nicht wenige hoffen nach den Verboten einschlägiger Organisationen, unter den Fittichen dieser Partei ihr Treiben – vielleicht etwas gedämpfter – fortsetzen zu können. Andere, die nicht bereit sind, sich einer Partei anzuschließen, werden weiterhin auf "autonome Kameradschaften" setzen.

Viele Rechtsextremisten träumen davon, die "Kraft und Einheit der Bewegung" immer wieder einmal öffentlich darstellen zu können. Sämtli-

che Bemühungen, den "Erfolg" vom 1. März in München (s. dazu Seiten 21, 23, 26, 62, 63) im weiteren Verlauf des Jahres 1997 zu wiederholen, sind jedoch gescheitert – alle "Großveranstaltungen" anlässlich der bekannten Gedenktage bzw. zu aktuellen Anlässen sind entweder erfolgreich unterbunden worden oder erhielten einen sehr viel geringeren Zulauf, als von den Organisatoren erhofft.

Terroranschläge insbesondere durch pathologische Einzeltäter können niemals gänzlich ausgeschlossen werden. Eine "Braune Armee Fraktion" nach Art der alten "Rote Armee Fraktion" (RAF) ist aber weiterhin nicht in Sicht; nicht ausgeschlossen erscheinen dagegen Strukturen nach dem Modell der linksterroristischen "Revolutionären Zellen" (RZ), die nicht im Untergrund lebten und regional operierten.

1998, im Jahr der Bundestagswahl, werden sich einzelne rechtsextremistische Parteien insbesondere auf ihre Wahlkampfpropaganda konzentrieren. Nach bisheriger Erfahrung wird diese aber in Brandenburg weitgehend ins Leere laufen – jedenfalls gemessen an den tatsächlichen Stimmenanteilen. Dem möglicherweise unterschwelligen Einsickern völkischer und fremdenfeindlicher Klischeevorstellungen muß jedoch von allen Demokraten entschieden entgegengewirkt werden.

*Wahlkampf-
propaganda*

Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Gruppierungen (z. T. geschätzt)

	Bundesrepublik Deutschland		Brandenburg	
	1996	1997	1996	1997
militante Angehörige rechtsextremistischer Cliques*	6 400	7 600	550	550
Die Nationalen e. V. einschl. JNA und angeschlossene sog. unabhängige Kameradschaften	150	0 (bis zur Auflösung: 150)	110 (bis zur Auflösung: 110)	0
HNG	350	350	Einzelpers.	10
unorganisierte Neonazis**	keine Angaben		80	120
NPD	3 500	4 300	20	60
JN	200	350***	Einzelpers.	Einzelpers.
DVU	15 000	15 000	40	40
REP****	15 000	15 500	350	330
DLVH	800	700	60	60

* Die Zahl der Angehörigen dieser Cliques wird unter Berücksichtigung von Dunkelziffern und möglichen Doppelzählungen aus folgenden Teilgrößen errechnet:

- a) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die im Berichtsjahr straffällig geworden sind;
- b) bezifferbare Gruppen extremistisch motivierter, namentlich nicht bekannter Gewalttäter, die im betrachteten Jahr straffällig geworden sind;
- c) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die in vergangenen Jahren straffällig geworden und bei denen konkrete Anhaltspunkte für eine fortdauernde Gewaltbereitschaft gegeben sind;
- d) extremistisch orientierte Personen, denen keine einschlägigen Gewalttaten nachzuweisen sind, die aber auf Grund konkreter Einzelerkenntnisse (mutmaßliche Beteiligung an Gewalttaten, Verhalten, Äußerungen usw.) als gewaltbereit gelten müssen.

** Mitgezählt sind für Ende 1997 die Mitglieder der sog. unabhängigen Kameradschaften, da sie nicht mehr an den – inzwischen aufgelösten – Verein "Die Nationalen e. V." angeschlossen sind.

*** Mitgezählt sind für das Jahr 1997 auch JN-Anwärter (ca. 100), d. h. solche Personen, die erst nach einer "Bewährungszeit" aufgenommen werden.

**** Es kann nicht unterstellt werden, daß jedes einzelne Mitglied der REP rechtsextremistische Ziele verfolgt und unterstützt.

Rechtsextremistisch motivierte Straftaten im Land Brandenburg

	1995	1996	1997
vollendete Tötungsdelikte	0	0	1*
versuchte Tötungsdelikte	4	2	3
Körperverletzung	50	52	83
Brandstiftung	3	3	0
Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch	9	15	10
Sachbeschädigung	21	26	38
Volksverhetzung	34	53	47
Propagandadelikte	291	292	344
sonstige	39	36	44
gesamt	451	479	570
davon: fremdenfeindlich	89	115	153
antisemitisch	21	35	32
Gewaltstraftaten **	74	96	98

Die vorgelegte Statistik beruht auf Zahlenangaben des Landeskriminalamtes (LKA); die Verfassungsschutzabteilung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg führt keine eigene Straftatenstatistik.

In den vergangenen Jahren wurden die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik vom LKA übernommen. Sie erfassen die im Berichtszeitraum polizeilich abgeschlossenen Fälle. In diesem Jahr werden erstmals (wie auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz) die sog. Lagezahlen übernommen, die sich auf die im Berichtszeitraum registrierten Fälle beziehen. Die Zahlen für 1995 und 1996 wurden entsprechend bereinigt, was die Abweichung von den Vorjahresberichten erklärt.

* Zur Tatschilderung (Vorfall vom 31.01.1997 in Fredersdorf) siehe Seite 41

** Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung und Störungen der Totenruhe sind nicht als Gewaltstraftaten mitgezählt.

2. LINKSEXTREMISMUS

Linksextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland

Autonome

Gewaltbereite Linksextremisten sind ganz überwiegend bei den Autonomen zu finden. Auch im Jahre 1997 wurden die meisten linksextremistisch motivierten Gewalttaten und Gesetzesverletzungen von militanten Autonomen begangen. Deren Zahl ist im Vergleich zu den Vorjahren etwa konstant geblieben.

Die eher ideologiefernen oder gar -feindlichen Autonomen verbindet die gemeinsame Überzeugung, daß staatliche und gesellschaftliche Normen zu verwerfen seien. Insbesondere das staatliche Gewaltmonopol lehnen sie strikt ab und widersetzen sich ihm. So eint der Kampf gegen das von ihnen so bezeichnete "Schweinesystem" das breitgefächerte Protestpotential der anarchistisch, z. T. anarcho-kommunistisch orientierten Autonomen. Ihr utopisches Gegenbild: ein freies, selbstbestimmtes Leben innerhalb "herrschaftsfreier Räume".

Bei der Vielzahl heterogener "alternativer" und "selbstbestimmter" Gruppen und Zirkel, die sich selbst als "autonom" bezeichnen, sind die Übergänge zwischen Gruppen, die Gewalt ablehnen, und solchen, die Gewalt befürworten, fließend. Vom Verfassungsschutz als Extremisten beobachtet werden nur solche Gruppen und Personen, die auf Grund ihrer verfestigten Einstellung an gewalttätigen Aktionen mitgewirkt oder diese vorbereitet haben oder doch mindestens Gewalt befürworten.

Die Gewalt der Autonomen zielt in erster Linie gegen Sachen. Von Teilen der autonomen Szene wird allerdings Gewalt gegen Personen, insbesondere im Rahmen des sog. "antifaschistischen Kampfes", mehr und mehr akzeptiert und angewandt.

Überwiegend rekrutieren sich die Angehörigen der autonomen Szene aus Schülern, Auszubildenden oder Studenten der Altersgruppe zwischen 18 und 28 Jahren. Ihren Lebensunterhalt bestreiten sie häufig durch Gelegenheitsjobs oder durch den Empfang von "Staatsknete" (staatliche Sozialleistungen). Die Fluktuation innerhalb der Szene ist relativ hoch, da sich viele schon nach wenigen Jahren desillusioniert zurückziehen.

Autonome sind von ihrem Selbstverständnis her prinzipiell hierarchiefeindlich und lehnen deshalb feste Organisationsstrukturen ab. Eine

wachsende Minderheit innerhalb der Szene kritisiert allerdings die Unverbindlichkeit der autonomen Strukturen sowie deren Fixierung auf – durch aktuelle Anlässe vorgegebene – Kampagnen. Die seit Beginn der 90er Jahre festzustellenden Organisationsansätze haben sich verfestigt.

In der militanten “Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation” (AA/BO) haben sich Gruppen zusammengeschlossen, die bemüht sind, zum Zwecke des “antifaschistischen Kampfes” festere Strukturen aufzubauen. Abweichend vom herkömmlichen Selbstverständnis der Autonomen gehen die Mitgliedsgruppen der AA/BO darauf aus, unter Schülern und anderen Jugendlichen neue Anhänger zu werben.

Weniger verbindliche Strukturen streben die im “Bundesweiten Antifa Treffen” (B.A.T.) organisierten autonomen Gruppen an. Ziel ist der überregionale Informations- und Erfahrungsaustausch sowie eine bessere Koordinierung der Aktivitäten.

Die Autonomen wählen ihre Agitationsthemen oftmals in Abhängigkeit von aktuellen politischen Ereignissen und orientieren sich dabei an der “Vermittelbarkeit” innerhalb der Szene. Immer wieder, wenn auch mit jeweils unterschiedlicher Schwerpunktsetzung und Intensität, werden gewissermaßen “klassische” Themen aufgegriffen, die Anlässe für druckvolle Aktionen hergeben. Häufig nehmen Autonome zudem Anliegen von bürgerlichen Protestbewegungen auf, um dadurch eine breitere Akzeptanz zu erreichen. Die Aktionsformen reichen von publizistischen Aktivitäten über Demonstrationen bis hin zu Brandanschlägen.

Der “antifaschistische Kampf” stellt ein zentrales Agitations- und Aktionsfeld der Autonomen dar und bildet zugleich den ideologischen Minimalkonsens für die autonome Szene. Autonome “Antifaschismus” meint nicht nur das militante Vorgehen gegen vermeintliche oder tatsächliche “faschistische” Personen, Institutionen und Tendenzen, sondern auch den Kampf gegen die “Ursachen des Faschismus”, die man in der Wirtschaftsordnung und den Institutionen der freiheitlichen Demokratie zu finden glaubt. Diese Thematik hat einen hohen Mobilisierungs- und Politisierungseffekt.

Erstmalig sind in der Taterklärung der Gruppierung “Autonome Antifaschistische AtomkraftgegnerInnen” – sie wurde nach dem Gefährlichen Eingriff in den Bahnverkehr mittels Hakenkrallen am 1. Mai in Berlin abgegeben – die Themenfelder “Antifaschismus” und “Anti-



*autonomer
“Antifaschismus”*

*Anti-AKW-
Bewegung*

Castor" verquickt worden. Die Verfasser begründen ihren Anschlag damit, daß sie "dem Naziaufmarsch in Leipzig etwas entgegensetzen" wollten, indem sie für "bahnreisende Faschisten den reibungslosen Ablauf" zu stören unternahmen. Zugleich sei ihre Aktion "Teil des Anti-AKW-Widerstandes". Die Autoren sprechen sich gegen die Fixierung der Anti-AKW-Bewegung auf die Castor-Transporte aus und fordern, "in Zukunft an von uns bestimmten Orten und Zeiten Aktionen gegen die Bahn auszuführen".

Die Kampagne gegen Kernenergie und Atommülltransporte entwickelte sich zu einem herausragenden Aktionsfeld militanter Autonomer. Sie begreifen den "Kampf gegen die Atommafia" zugleich als "Kampf gegen das kapitalistische System". Über das Vehikel "Castor" versuchen sie, Einfluß innerhalb breiterer Protestbewegungen zu erlangen und sie für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Der Widerstand gegen die Nutzung der Kernenergie solle in ein allgemeines Widerstandspotential gegen das "System" transformiert werden. Zunächst seien Protestaktionen auf die gesamte Struktur der Atomwirtschaft auszudehnen: auf das Unternehmen Siemens, die großen Energieversorgungsunternehmen, Banken und Versicherungen.

Antirassismus

Seit Jahren engagieren sich Autonome im Bereich "Antirassismus". Sie agitieren gegen die angeblich rassistische deutsche Asyl- und Flüchtlingspolitik, die "rassistischen Sondergesetze" sowie gegen die vermeintlich rassistische Einstellung großer Teile der Bevölkerung. Antirassistische Aktionen richten sich gegen Personen und Institutionen, die an der Gestaltung und Umsetzung der Asylpolitik beteiligt sind, gegen vermeintliche "Profiteure" der "Abschiebemaschinerie" und der Asylbewerberleistungsgesetze sowie gegen Abschiebehafenanstalten und -flughäfen.

*"Kampf
gegen Umstrukturierung"*

Auch der "Kampf gegen Umstrukturierung" wird von militanten Autonomen fortgesetzt. "Umstrukturierungen" nach ihrem Verständnis sind Maßnahmen zur Stadtsanierung und innerstädtischen Strukturverbesserung. Durch diese "Yuppisierung und Milieuzerstörung" würden sozial Schwache und gesellschaftliche Randgruppen aus ihren angestammten Wohngebieten verdrängt.

*gegen
"Großmachtpolitik"*

Die Kampagne gegen die angebliche "Großmachtrolle" bzw. "Großmachtpolitik" der Bundesrepublik Deutschland manifestiert sich insbesondere in Aktionen gegen die Feiern zum "Tag der deutschen Einheit" am 3. Oktober, gegen militärische Veranstaltungen (öffentliche Gelöbnisse, Vereidigungen, Großer Zapfenstreich, NATO-Tagungen) sowie gegen Veranstaltungen von Vertriebenenverbänden, die als Träger einer Expansionspolitik nach Osten angesehen werden.

Im Rahmen ihres "internationalistischen" Engagements unterstützen Autonome linke, teils auch linksextremistische Gruppierungen in anderen Ländern bei ihrem politischen Kampf. Besondere Bedeutung kommt dabei der Unterstützung der in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegten "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) im Rahmen der "Kurdistan-Solidarität" zu.

Anders als früher haben sich 1997 im Untergrund lebende Angehörige von ehemals aktiven terroristischen Vereinigungen nicht zu Wort gemeldet (wenn man von einem Interview absieht, das ein abgetauchter früherer Angehöriger der aufgelösten Gruppe "Das K.O.M.I.T.E.E." der linksextremistischen Szeneschrift "INTERIM", Nr. 432 vom 18. September 1997, gegeben hat).

1977 ist als Jahr von Mord und Entführung in Erinnerung geblieben. 1997 jährte sich zum 20. Mal die Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seiner beiden Begleiter Wolfgang Göbel und Georg Wurster, des Vorstandssprechers der Dresdner Bank Jürgen Ponto, des Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände Hanns-Martin Schleyer und seiner Begleiter Heinz Marcisz, Helmut Ulmer, Roland Pieler und Reinhold Brändle; die Entführung einer Lufthansa-Maschine mit dem Ziel, inhaftierte RAF-Terroristen freizupressen, sowie der Selbstmord von drei Angehörigen der sog. "ersten RAF-Generation". 20 Jahre danach sind diese terroristischen Anschläge erneut thematisiert worden. In der Schweiz trafen sich im Frühsommer 1997 ehemalige Terroristen, um sich rückblickend über die Erfahrungen des in der Szene häufig so genannten "bewaffneten Kampfes" auszutauschen. Sie sind, obwohl meist ohne Reue und Schuldbewußtsein, immerhin zu der Einsicht gelangt, daß das Projekt des bewaffneten Kampfes der RAF gescheitert sei. "Wir haben eine umfassende Niederlage erlitten", erklärte z. B. Karl-Heinz Dellwo (zit. nach: "Berliner Zeitung" vom 20. Mai 1997).

Auch die inhaftierte RAF-Terroristin Birgit HOGEFELD räumt ein Scheitern der RAF ein und empfiehlt erneut, wie andere frühere RAF-Mitglieder, die Selbstaflösung der RAF (vgl. hierzu Interview mit Birgit HOGEFELD in: "Der Spiegel", Nr. 42/97 vom 13. Oktober 1997, S. 173). Bis zum heutigen Tag ist ein derartiger Schritt seitens der abgetauchten Illegalen jedoch nicht erfolgt.

Von der "Antiimperialistischen Zelle" (AIZ) wurden weder Anschläge noch Thesenpapiere bekannt, seit Michael STEINAU und Bernhard FALK zu Beginn des Jahres 1996 in Witzhave bei Hamburg festgenommen wurden. Diese beiden Tatverdächtigen sind inzwischen zum Islam übergetreten und bezeichnen sich als "muslimische

RAF

*“Anti-
imperialistischer
Widerstand”*

*kommunistische
Parteien und
Vereinigungen*

Gefangene”. Sie sind in der linksextremistischen Szene isoliert, zumal STEINAU den mit ihm in Lübeck einsitzenden Rechtsextremisten Kay DIESNER (s. dazu S. 22) als “besten Freund hier in Lübeck” bezeichnet hat.

Es wäre allerdings voreilig, den Linksterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland für erledigt zu erklären. Immerhin haben z. B. die Anschläge auf den Bahnverkehr im Zusammenhang mit den Castor-Transporten eine terroristische Qualität. Beachtung erfordern auch jene Gruppen, die sich unter der Bezeichnung “Antiimperialistischer Widerstand” zusammenfassen lassen. Sie diskutieren mindestens auf theoretischer Ebene über Sinn und Zweck terroristischer Gewalttaten.

Die kommunistischen Parteien und Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland haben ihre Sinn- und Glaubwürdigkeitskrise nunmehr leidlich überstanden und sich auf einem bescheidenen personellen und organisatorischen Niveau stabilisiert. Sie kreisen aber nach wie vor hauptsächlich um sich selbst und sind damit beschäftigt, die komplexe gesellschaftliche Realität in ihre engen Deutungsmuster hineinzupressen. Die Aktionsfähigkeit dieser Parteien ist nach wie vor begrenzt, zumal keine von ihnen mehr durch finanzkräftige “Bruderparteien” unterstützt und ausgehalten wird.

Der Kooperation marxistisch-leninistischer Parteien und Gruppierungen untereinander sind vielfältige ideologische Grenzen gesetzt. Die Vorstellung, man könne breite linke “Bündnisse” entsprechend der kommunistischen Volksfront-Strategie zimmern, ist auch 1997 Wunschdenken geblieben.

Obwohl kadermäßig organisiert und ideologisch gefestigt, bleiben trotzkistische Organisationen in der Bundesrepublik chronisch erfolglos. Sie haben bundesweit nur wenige hundert Mitglieder. Einen neuen Anlauf hat der “Bund Sozialistischer Arbeiter” (BSA) zugleich mit seiner Umbenennung in “Partei für Soziale Gleichheit” (PSG) unternommen. Die PSG wirbt auch in Brandenburg.

Erfolgreich sind Trotzkisten allenfalls ansatzweise mit dem Bemühen, nach der Methode des Entrismus andere – extremistische und auch demokratische – Organisationen und Bewegungen zu unterwandern oder Tarnorganisationen ins Leben zu rufen. Aber auch da ist der Erfolg gefährdet, sobald der trotzkistische Hintergrund bekannt wird. So hatte die “Sozialistische Alternative VORAN” (SAV) eine Vorfeldorganisation “Jugend gegen Rassismus in Europa” (JRE), die dann in “Jugendoffensive/JRE” (JO/JRE) umbenannt wurde, ins Leben gerufen. Als deren trotzkistischer Hintergrund bekannt wurde, zogen sich

die meisten jugendlichen "Antifaschisten" aus ihr recht schnell wieder zurück. Die JO/JRE ist heute bedeutungslos.

Früher noch als im rechtsextremistischen Spektrum haben Linksextremisten den Nutzen neuer Informationstechniken erkannt. Info- und Kontakttelefone (auch Telefonketten) spielten lange Zeit in der Autonomen-Szene eine wichtige Rolle im Hinblick auf eine bessere Mobilisierbarkeit. Zu Beginn der neunziger Jahre haben verschiedene linksextremistische Gruppierungen dann mehr und mehr informationelle Vernetzungen mittels Computermailboxen aufgebaut. Sie nutzen zwar nach wie vor die klassischen Formen der Informationsverbreitung, so durch Publikationen, bedienen sich jedoch zunehmend auch neuer Informationssysteme bzw. -techniken wie Internet, Info- und Notruftelefone, Mobiltelefone sowie der Infoweitergabe per Disketten.

*neue
Informations-
techniken*

Vor allem das Internet wird von linksextremistischen Parteien, Gruppierungen und Einzelpersonen immer stärker zur Selbstdarstellung, zur Verbreitung von Schriften und für sonstige Propagandazwecke sowie zur internen Kommunikation genutzt. Damit verlieren Mailbox-Systeme relativ an Bedeutung. Ihnen gegenüber bietet das Internet deutliche Vorteile: Denn auf schnelle und preiswerte Art können Informationen an ein großes Publikum weitergeleitet werden (zur entsprechenden Internet-Nutzung durch Rechtsextremisten s. ausführlicher S. 30 ff.).

Linksextremismus im Land Brandenburg

Fast alle der in Brandenburg agierenden gewaltbereiten Linksextremisten sind Autonome. An verschiedenen Orten hat sich die autonome Szene als Kern eines linksextremistisch orientierten Jugendmilieus weiter verfestigt: Durch immer entschiedeneren Gegnerschaft zur bürgerlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung hat sie krassere Konturen bekommen. Die Autonomen wappnen sich geistig und praktisch – durch zunehmende Militanz – "gegen noch härtere Zeiten" (vgl. den gleichnamigen Szeneblatttitel S. 83). Um ihre Gruppenidentität zu stärken und ihre Feindbilder deutlich zu umreißen, greifen sie verstärkt auch auf einzelne Elemente verschiedener linksextremistischer Traditionen zurück.

Alle Kampagnenthemen, die für die Autonomen bundesweit eine Rolle spielten, wurden auch in Brandenburg aufgegriffen und zum Anlaß für z. T. militante Aktionen genommen. Vor allem die mehrfachen

Serien von gezielten Hakenkrallenanschlügen gegen Bahnanlagen beweisen, daß hierfür auch in Brandenburg oder in seiner unmittelbaren Nachbarschaft die nötige Logistik bereits konspirativ aufgebaut worden ist. Es erscheint nicht übertrieben, darin zumindest Ansätze terroristischer Bestrebungen zu erblicken.

*abgerissener
Stromabnehmer
einer E-Lok nach
einem Anschlag auf
einen Zug*



In der linksextremistisch orientierten Jugendszene finden sich aber – analog zur rechtsextremistisch ausgerichteten – auch junge Menschen, die ihren schlichten Aggressionsdrang nur durch einige ideologische Versatzstücke vor sich und anderen zu legitimieren suchen. Ihre Bereitschaft, sich an Aktionen wie den oben genannten, aber auch an Hausbesetzerkrawallen zu beteiligen, ist hoch.

Linksextremistische Parteien und Vereine haben für Brandenburg weiterhin nur eine geringe Bedeutung.

Linksextremistisch orientierte Jugendszene

Die Anzahl der den gewaltbereiten Autonomen zuzurechnenden Personen ist im Vergleich zum Vorjahr fast gleichgeblieben und lag im Berichtszeitraum bei 340. Autonome Personenzusammenschlüsse gibt es u. a. in den Städten Brandenburg a. d. H., Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Potsdam und Rathenow.

Für Veranstaltungen der linksextremistischen Szene wird unter anderem durch den Aushang von Plakaten in Infoläden und Szenetreffpunkten sowie durch Aufrufe in Szenepublikationen geworben. Infoläden existieren z. B. in Potsdam, Cottbus und Guben. Sie dienen als Kontaktzentralen für die autonomen Gruppen aus den verschiedenen Städten. Außerdem vertreiben sie Szenepublikationen.

*Kontakt-
zentralen*

Folgende Szeneblätter erscheinen regelmäßig in Brandenburg:

- „...hinter den Kulissen“ (gemeinsam von Berliner und Brandenburger Autonomen herausgegeben)
- „buratino“ (Potsdam)
- „Noch härtere Zeiten“ (Cottbus).

Szeneblätter

Diese Publikationen spielen für die Kommunikation der Szeneangehörigen untereinander eine wichtige Rolle. Die Zeitschriften verstehen sich selbst als Sprachrohr der Szene und wollen die Möglichkeit zu Meinungs- und Gedankenaustausch bieten:

“Wir werden weiterhin für eine konsequente, undogmatische linke Politik stehen und über alles berichten, was wir in diesem Zusammen-

Noch Härtere Zeiten

IMMER UNABHÄNGIG, NIE NEUTRAL Oktober '97

hinter den kulissen

zeitung für subkultur, regionales und antifaschismus in brandenburg und berlin

★ ★ Zeitung aus Potsdam ★ ★
September, Dezember 1997

Nr.8/9 Doppelausgabe
4,00 DM

buratino

EIN AUSBRUCH AUS DEN VORHERRSCHENDEN ZUSTÄNDEN

hang für nötig halten. Dazu gehören genauso friedliche wie militante Aktionen, wie Hintergründe zur Situation im Widerstand regional, überregional und vor allem international. Auf unseren Seiten sollen alle Gehör finden, die ihrer linken Politik Öffentlichkeit verschaffen wollen“ (in: „buratino“, Nr. 7 vom Juni 1997).

überregionale Aktionen

Neben den regionalen Zeitschriften werden in der Szene auch Publikationen aus anderen Bundesländern gelesen, vor allem "radikal" und "INTERIM". In der Berliner Zeitschrift "INTERIM" finden sich auch Hinweise auf Termine der Brandenburger autonomen Szene oder Textbeiträge von Gruppen aus Brandenburg.

Brandenburgische Autonome verfügen über gute Kontakte zu Linksextremisten in anderen Regionen Deutschlands und im Ausland. Verbindungen bestehen zur "Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO) und zum "Bundesweiten Antifa Treffen" (B.A.T.).

Entsprechend beteiligen sich Brandenburger Autonome auch an überregionalen Aktionen.

So unterstützten sie durch "Soli-Konzerte" eine unter dem Motto "Ein Radio für MRTA. Das Schweigen brechen" stehende bundesweite Spendenkampagne für die peruanische Guerillabewegung "Movimiento Revolucionario Tupac Amaru" (MRTA). Diese Aktion war von der militanten Gruppe "Autonome Antifa (M)" aus Göttingen im Namen der AA/BO initiiert worden.

Teilgenommen haben Autonome aus Brandenburg auch an bundesweiten Demonstrationen und Protestaktionen, z. B. an der verbotenen "Antifaschistischen Demonstration" am 11. Oktober in Saalfeld, in deren Zusammenhang es zeitweise zur Blockade der Bundesautobahn A 9 kam. Auch zu Veranstaltungen im Ausland reisten Brandenburger Autonome an, so u. a. zu einer Demonstration am 14. Juni in Amsterdam gegen den dort am 16./17. Juni stattfindenden EU-Gipfel. Die Proteste waren von gewalttätigen Ausschreitungen begleitet.

Besonders nachhaltig beeinflusst werden die Autonomen im Land Brandenburg von der Berliner autonomen Szene, die sich wegen ihrer Größe und Militanz bundesweit heraushebt. Zum Teil werden Aktionen von Autonomen aus beiden Bundesländern gemeinsam geplant und durchgeführt.

Insbesondere engagiert sich die "Antifaschistische Aktion Berlin", eine Mitgliedsgruppe der AA/BO, im Land Brandenburg. Beispielsweise warb sie mit einem Flugblatt, das auf der antifaschistischen Demonstration am 6. Dezember in Frankfurt (Oder) verteilt wurde, für die Bildung von Antifa-Gruppen in Brandenburg. Dort heißt es:

"Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren! Schließt euch mit Freunden und Freundinnen zusammen und überlegt, was ihr gegen die Faschos machen könnt. Schaut, wie ihr die Nazis bei euch in der Schule oder im Betrieb isolieren könnt. Helft denen, die von Nazis

angemacht werden, oder versucht, die Nazis bei ihren Schweinereien zu behindern.

Auf die Bullen können wir uns dabei natürlich nicht verlassen. (...) Wenn Ihr Interesse an Antifa-Arbeit habt, aber allein seid oder nicht so recht wißt, wie ihr anfangen sollt, schreibt uns!"

Autonome in Brandenburg engagieren sich aber auch von sich aus im "antifaschistischen Kampf". Einerseits reagieren sie damit – obwohl mit zumeist untauglichen oder unzulässigen Mitteln – auf den weiterhin virulenten Rechtsextremismus. Andererseits suchen die Autonomen nach Gelegenheiten, politisch interessierte Jugendliche, die verständlicherweise ihren Protest gegen rechtsextremistische Gewalttaten zum Ausdruck bringen wollen, in autonome Jugend-Antifa-Gruppen einzubinden und auf diese Weise für die eigenen Absichten zu vereinnahmen. So gründeten 1997 Angehörige der linksextremistischen Szene in Potsdam die "Antifa Jugend-Aktion Potsdam" und in Eberswalde die "Antifa-Jugend Eberswalde".

Darüber hinaus suchten die Autonomen aber auch weitere Anlässe für militante Aktionen.



autonome
Jugend-Antifa-
Gruppen

ENTWIDMUNG — jetzt!



Castor Alarm

SCHIENENAX³IONSTAG

15.
Feb. 97
Auftakt
12⁰⁰
Zernien
Bhf.
Abschluß
17⁰⁰
Hitzacker
Bhf.

Zeichnung aus:
"interim" Nr. 405
v. 23.01.1997

1997 standen dabei vor allem die Proteste gegen die Castor-Transporte und die Nutzung der Gentechnik sowie der Kampf gegen Umstruktuiierung vornean.

Insbesondere im März, im Vorfeld des Castor-Transportes ins atomare Zwischenlager nach Gorleben, kam es auch in Brandenburg zu vielfältigen Protestaktionen, an denen sich auch Linksextremisten beteiligten. Sie verübten Anschläge auf Einrichtungen der Deutschen Bahn AG und verbreiteten Plakate und Flugblätter gegen den Castor-Transport.

An den zum Teil unfriedlich verlaufenen Protesten im Wendland beteiligten sich Autonome aus verschiedenen Teilen der Bundesrepublik Deutschland. In der Potsdamer Szenezeitschrift "buratino", Nr. 7 vom Juni 1997, befürwortet unter dem Pseudonym "klandestin" einer der Demonstranten von Gorleben "die Vielfalt des Widerstandes" und das "Zusammenspiel aller Widerstandsformen" und spricht sich gegen die Ausgrenzung der autonomen Atomkraftgegner aus, die "einen für sich effektiveren Weg des Widerstandes" gewählt hätten. Ausdrücklich wird die Legitimität des "militanten Widerstandes" im "Kampf gegen das vorherrschende Unrechtssystem" hervorgehoben. In einem weiteren, mit "böse" gezeichneten Artikel des "buratino" fordert der Autor die "Akzeptanz für militanten Widerstand" ein.

Seit mindestens zwei Jahren wird in autonomen Szenepublikationen das Thema "Gentechnik" verstärkt diskutiert. Das "Theorieorgan" der autonomen Szene, das Berliner Blatt "INTERIM", hat in einer Nachbetrachtung zu den militanten Aktionen im Rahmen des dritten Castor-Transportes nach Gorleben die Diskussion über eine "thematische Ausweitung" der von den Autonomen zu besetzenden Kampagnenthemen angeregt. Genannt wird u.a. das "Unkrautjäten auf Gentech-Feldern" (in: "INTERIM", Nr. 412 vom 13. März). Unter der Überschrift "Widerstand gegen die 'Gene der Hoffnung'" erschien in "INTERIM", Nr. 427 vom 10. Juli, der erste Beitrag einer mehrteiligen Artikelserie. Darin konstatieren die unbekannten Verfasser: *"Die Autonomen haben dazu bisher wenig zu sagen, waren allerdings an der Zerstörung einiger Freilandversuche im letzten Jahr beteiligt."*

Den "Kampf gegen Umstrukturierung" hat vor allem die autonome Szene in Potsdam vorangetrieben. Nachdem mehrere besetzte Häuser im Sommer geräumt worden waren, befürchteten einige Autonome, daß ihre "befreiten Räume" unwiderbringlich verlorengehen könnten. Daher kam es zu schweren Ausschreitungen von Szeneangehörigen in der Potsdamer Innenstadt.

Gegen Ende des Jahres trat wieder eine Beruhigung der Situation ein. Jedoch muß weiterhin mit militanten Aktionen der autonomen Szene gerechnet werden. So versuchte sie im Dezember, die Studentenproteste in Potsdam für eigene Ziele zu mißbrauchen. Während einer Studenten-

versammlung mit dem Minister des Innern Alwin Ziel wurde ein Flugblatt mit folgendem Inhalt verteilt:

“Unser Ziel:

Einer muß der Bluthund sein (SPD)!

Innenminister Brandenburgs

ist verantwortlich für:

- illegale Räumung des Archivs
 - Buga 2001 und dem damit verbundenen 'Säubern' des Potsdamer Stadtbildes
 - Platzverweise gegen nicht ins Stadtbild passende Menschen
- und ist unser Gesprächspartner?”***

Von den Studenten wurde dieser Versuch einer Vereinnahmung überwiegend abgelehnt.

Auch in der brandenburgischen Szene gab es ein gewisses Interesse, den RAF-Terror von 1977 aufzuarbeiten. So wurden in Potsdam Plakate mit folgender Aufschrift festgestellt:

“Selbst MORD ist ihnen recht! 20 Jahre 'Deutscher Herbst'

1977-1997 man muß diese versteinerten verhältnisse dadurch zum tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigene melodie vorsingt! freiheit aller revolutionären gefangenen! bedingungslose freilassung der gefangenen aus der raf!”

Diese Plakate spielen deutlich auf die von Linksextremisten weiterhin – selbst nach den eindeutigen Aussagen damaliger RAF-Mitglieder – verbreitete These an, die inhaftierten RAF-Terroristen Andreas BAADER, Gudrun ENSSLIN und Jan Carl RASPE hätten in der Justizvollzugsanstalt Stammheim im Oktober 1977 nicht Selbstmord begangen, sondern seien ermordet worden.

Außerdem wurde auf den oben beschriebenen Plakaten zu entsprechenden Diskussionsveranstaltungen im benachbarten Berlin eingeladen.

Im Zusammenhang mit der Räumung besetzter Häuser in Potsdam wurde ein Flugblatt mit folgendem Text bekannt:

“Remember Alfred Herrhausen

Heißer Herbst 97”.

Alfred Herrhausen, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, wurde am 30. November 1989 in Bad Homburg durch die RAF ermordet.

Anarchisten

Traditionell anarchistisch orientierte Gruppen sind weiterhin ohne erkennbaren Einfluß. Sie gewinnen aber dadurch an Bedeutung, daß sie mit ihren Themen und Thesen auch bei Personen in der linksextremistisch orientierten Jugendszene Interesse finden. Das zeigt sich gerade bei Kampagnen, die von unorganisierten Autonomen getragen, von Anarchisten aber theoretisch und propagandistisch unterstützt werden.

Graswurzelbewegung

In der "Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen" (FöGA) sind anarchistische Gruppen und Einzelpersonen aus der "Graswurzelbewegung" zusammengeschlossen, deren publizistisches Organ die monatlich erscheinende "graswurzelrevolution" ist. Kontaktadressen gewaltfreier Anarchisten gibt es auch im Land Brandenburg.

"Graswurzler" erstreben eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft mit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, in der alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft sein sollen. Dieses Ziel soll durch eine "gewaltfreie Revolution" erreicht werden.

In Selbstdarstellungen wird stets "Gewaltfreiheit" propagiert. Dieser Begriff erfährt hier jedoch eine sinnentstellende Verzerrung dadurch, daß ausdrücklich Gewalt gegen Sachen in Form von Sachbeschädigungen, Sabotagehandlungen und Zerstörungen in die Konzeption gewaltfreien Handelns einbezogen wird.

In "gewaltfreien Aktionsgruppen" und "Trainingskollektiven" werden Formen des "zivilen Ungehorsams" bzw. gewaltfreie Widerstandsformen wie Blockaden, massenhafter Bruch von Gesetzen, Sabotagehandlungen eingeübt.

Wesentliches Aktionsfeld der sog. gewaltfreien Anarchisten sind, neben dem Antimilitarismus, die Kampagnen gegen die Nutzung der Kernkraft und gegen die Gentechnik.

"NiX mehr"

Im Rahmen der bundesweiten Anti-Castor-Proteste initiierte die FöGA die Kampagne "X-tausendmal quer". Durch sie wurde der dritten Castor-Transport vom 3. bis 5. März massiv behindert. Unter der Parole "NiX mehr" wird eine Nachfolgekampagne betrieben. Sie soll die gesamte Atomenergiepolitik ins Visier nehmen und die Kampagne gegen Atomtransporte mit einer Offensive in Krümmel, Ahaus und Neckarwestheim fortführen.

In der publizistischen Nachbereitung des Widerstandes gegen den dritten Castor-Transport haben Anhänger des "gewaltfreien" Widerstandes und Autonome zum Teil massive Vorwürfe gegeneinander erhoben, da die letzteren theoretisch wie praktisch unbedingt auf Militanz setzen. Hieran wird deutlich, daß beide linksextremistische

Strömungen trotz partieller Übereinstimmung unterschiedlichen Konzepten folgen.

Die von der FöGA bereits 1996 initiierte Anti-Gentechnik-Kampagne wurde im Jahre 1997 durch den Abdruck themenbezogener Artikel in der "graswurzelrevolution" fortgesetzt. In ihnen wird unverhohlen zu weiteren Zerstörungen gentechnischer Versuchsanlagen aufgefordert.

Die anarcho-syndikalistische Kleinstorganisation "Freie ArbeiterInnen Union" (FAU-IAA) konnte in Brandenburg eine geringe Anzahl von Mitgliedern und Sympathisanten gewinnen und verfügt über Orts- bzw. Kontaktgruppen im Land.

Die FAU-IAA will eine staats- und klassenlose Ordnung erreichen: durch revolutionäre Gewerkschafts- und Betriebsarbeit sowie durch "direkte Aktionen", zum Beispiel Besetzungen, Boykotts und Streiks.

In einem besetzten Haus in Potsdam wurde im Juli die FAU-IAA-Ausstellung "Gesichter der Anarchie" gezeigt.

*Anti-Gentechnik-
Kampagne*

*Freie
ArbeiterInnen
Union*

Gefangenenhilfsorganisationen

"Rote Hilfe e.V."

Gründungsjahr: 1975

Sitz: Kiel

in Brandenburg aktiv seit: 1993

Mitglieder **bundesweit:** 3000
 Brandenburg: 40

**für Brandenburg relevante
überregionale Publikation:** "Die Rote Hilfe"



Auf Initiative der damaligen pro-albanischen "Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten" (KPD/ML) wurde am 26. Januar 1975 in Dortmund die "Rote Hilfe Deutschlands e.V." (RHD) gegründet. Damit wurde an die Tradition einer 1924 entstandenen Hilfsorganisation gleichen Namens angeknüpft, die sich als eine "revolu-

tionäre Kampforganisation zur Erhaltung, Stärkung, Steigerung und Mehrung der Kräfte der proletarischen Weltrevolution durch brüderlichen Beistand" verstand.

Am 26. April 1986 hat sich der Verein in "Rote Hilfe e.V." (RH) umbenannt. Er fungiert als eine Rechts- und Hafthilfeorganisation von Linksextremisten. Sein Selbstverständnis formuliert er in einem 1995 in Brandenburg bekannt gewordenen Flugblatt "Solidarität ist eine Waffe!" folgendermaßen: "Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Selbsthilfeorganisation". Dementsprechend unterstützt die RH von ihr so bezeichnete "politisch Verfolgte" aus dem linksextremistischen Spektrum durch Übernahme von Prozeßkosten. In der Quartalsschrift "Die Rote Hilfe" werden Kontaktadressen der RH auch in Brandenburg genannt. Ihre Anhänger hier – in Potsdam, Rathenow und andernorts – kommen zu einem großen Teil aus der autonomen Szene.

"Angehörige, Freunde und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD" geben das "Angehörigen Info" heraus. Diese Monatsschrift wurde zur Unterstützung des kollektiven RAF-Hungerstreiks im Frühjahr 1989 ins Leben gerufen. Heute dient sie nicht nur den Inhaftierten der RAF und den mit ihnen solidarischen Gruppen und Personen als Mitteilungsblatt, sondern sie berichtet auch über sonstige sog. "politische Gefangene" im In- und Ausland. Das "Angehörigen Info" wird auch in Brandenburg, vornehmlich in der autonomen Szene, gelesen.

Linksextremistisch motivierte Gewalttaten

Der militante "antifaschistische Kampf" der Autonomen kennt verschiedene Formen.

Autonome versuchen, auch über Bündnisse mit demokratischen Gruppen für ihre Aktionen Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu gewinnen. Das Zusammenwirken mit Demokraten – die auf legitime Weise beispielsweise gegen das Wirken von Neonaziorganisationen protestieren wollen – und die dabei nach außen gezeigte Friedfertigkeit dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Autonomen an ihrem Ziel festhalten, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung als vermeintliche Wurzel des Faschismus zu beseitigen.

In der Nacht zum 13. Februar beschmierten Unbekannte die Fassade einer Filiale der Deutschen Bank in Kyritz mit den Parolen "Hinter dem Faschismus steht das Kapital! An diesem klebt das Blut".

Außerdem wurde ein Autonomenzeichen angebracht. Nach dem Verständnis der Autonomen sind Banken Teil des "faschistischen Staates".

Angriffe gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten werden als "antifaschistische Selbsthilfe" hingestellt. Zu ihr gehört, daß in Flugblättern, die einem Steckbrief ähneln, Personen mit Wohnanschrift und Foto dargestellt werden. Damit wird, mindestens indirekt, zu Gewalttaten gegen die Dargestellten aufgefordert. Weil das meist mit Begriffen wie "Demonstration" verbrämt wird, greift der Straftatbestand der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten nicht.

"anti-faschistische Selbsthilfe"

Ein "Bündnis gegen die Jungen Nationaldemokraten" aus autonomen Personenzusammenhängen, kommunistischen Parteien, aber auch demokratischen Gruppen rief zu einer Demonstration "Den rechten Konsens durchbrechen!! – Nein zu den Neofaschisten der JN" am 6. Dezember in Frankfurt (Oder) auf. Die beteiligten Antifa-Gruppierungen aus Brandenburg und die "Antifaschistische Aktion Ber-

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

demo

**Nazi-Terror stoppen!
Die JN angreifen!**

In Frankfurt/Oder ist Mitglied in Bundesleitung der JN, der Jugendorganisation der Nationalen Front die Forderung der politischen Selbstbestimmung zu realisieren und zu realisieren, dass ... in Frankfurt in der ... so organisiert es diese für die ... Nazi-Terror zu ... überregionalen ... wie sich zu den ... und Leipzig, ... in Frankfurt ... eine ... an nur ... zu ... und seinen Nazi-Kameraden gilt unser Widerstand!

**Im Anschluß an die Demo: Antifa-Party
im sog. Kuscheleck**

Sa · 6.12.97
Frankfurt/Oder · 14 Uhr · Bahnhof

lin" mobilisierten hierfür überregional. Ein JN-Funktionär in Frankfurt (Oder) wurde auf Flugblättern, Handzetteln und in "INTERIM", Nr. 438 vom 27. November, mit Wohnanschrift und Foto dargestellt. In Flugblättern und Plakaten mit Demonstrationsaufrufen hieß es unter anderem: "Nazi-Terror stoppen! Junge Nationaldemokraten zerschla-

gen! Es wird Zeit zu handeln! Antifa heißt Angriff!“. An der Demonstration beteiligten sich etwa 400 Personen. Angriffe auf den betreffenden JN-Funktionär wurden durch Auflagen und Vorkehrungen der Polizei verhindert. Versuche einiger Teilnehmer, sich zu Beginn des Marsches zu verummnen, wurden von der Polizei unterbunden. Im Anschluß an die Demonstration kam es zu Ausschreitungen. Mehrere Personen wurden festgenommen.

Durch die „antifaschistische Selbsthilfe“ sollen auch öffentliche Auftritte von „Rechten“ unterbunden und Veranstaltungen verhindert werden.

Am 14. Dezember überfielen mindestens sechs mit Baseballschlägern bewaffnete Vermummte eine Veranstaltung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Die Republikaner“ in Luckenwalde. Da die Gaststätte, in der „Die Republikaner“ tagten, verschlossen war, konnten die Angreifer dort nicht eindringen; stattdessen schlugen sie sechs Fensterscheiben ein. Ferner beschädigten sie das vor dem Gebäude parkende Kraftfahrzeug des Veranstaltungsleiters. Fünf Tatverdächtige, die der autonomen Szene in Potsdam angehören, wurden festgenommen.

„Wenn Fascho-
Aufmarsch
dann verhindern“
Plakat
der Anti-
faschistischen
Aktion

wenn Fascho-Aufmarsch dann im Raum Berlin/Brandenburg verhindern!

Am 17. August 1997 jährt sich zum zehnten Mal der Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess. Wie jedes Jahr werden organisierte Neonazis an diesem Tag versuchen Aufmärsche durchzuführen.

Das Ziel der Faschisten wird es sein, an dem für sie symbolträchtigen Tag, einen großen zentralen Aufmarsch durchzuführen und damit überregional in Erscheinung zu treten.

Bekanntlich mobilisieren die Nazis zu diesem Anlaß nur in Ihren eigenen Strukturen und versuchen Ort und Zeitpunkt des Aufmarschs bis zuletzt nicht bekannt werden zu lassen.

Um antifaschistische Gegenaktionen zu planen und koordinieren zu können sind wir also auf kurzfristige Informationen und entschlossenes, schnelles Handeln angewiesen.

Ab Samstag, den 9. August richten wir unser Infotelefon ein, auf dem die aktuellsten, uns bekannten Informationen abgehört werden können. Auch wenn Ihr darüberhinaus Informationen über mögliche Treffpunkte und Aufmärsche der Nazis habt, meldet Euch!



Antifa Infotelefon:

1997 suchten Autonome wieder zunehmend die Konfrontation mit rechtsextremistisch orientierten Jugendcliquen.

Am 20. Februar überfiel eine Gruppe von ca. 20 verummten Personen die Karnevalsveranstaltung eines Gymnasiums in Elsterwerda. Die Tatverdächtigen begaben sich zielgerichtet in die Ecke des Saales, in der sich erfahrungsgemäß die "Rechten" aufhielten. Auf ein Zeichen schlugen die verummten Täter auf die dortigen Personen brutal mit Holzknüppeln und Baseballschlägern ein. Mehrere Personen erlitten zum Teil erhebliche Verletzungen. Einige der Geschädigten bezeichneten sich selbst als "Rechte". Die Angreifer verließen den Saal wieder wie auf ein Kommando.

Im Rahmen einer Aktion gegen "Haß und Gleichgültigkeit" gingen Mitglieder der "Antifa-Jugend Eberswalde" am 22. Oktober daran, "rechte" Losungen an Häuserwänden mit Farbe zu überstreichen. Als sich ihnen eine Person aus der rechtsextremistisch orientierten Jugendszene in den Weg stellte, wurde sie mit Reizgas und vermutlich Baseballschlägern tätlich angegriffen und am Kopf verletzt.

Autonome verunglimpfen seit Jahren die deutsche Asyl- und Flüchtlingspolitik als "staatlichen Rassismus". Aus Sicht der Autonomen sind Asylbewerber Opfer der Verelendung in ihren Heimatländern, Opfer also der Ausbeutung durch den Kapitalismus – in ihm und in dem von ihm bestimmten politischen Systems sehen sie aber ihren Hauptfeind. Anknüpfungspunkt für "antirassistische Aktionen" war das Sachleistungsprinzip bei der Versorgung von Flüchtlingen, das schon seit längerer Zeit von Teilen der linksextremistischen Szene thematisiert wird. Den an der Versorgung beteiligten Firmen wird vorgeworfen, sie profitierten von rassistischer Unterdrückung und Ausbeutung.

*"anti-
rassistische
Aktionen"*

Unbekannte Täter setzten am 10. August auf dem Betriebsgelände der Firma SPAR in Mittenwalde eine größere Anzahl von Lastkraftwagen und zwei Sattelzüge in Brand. Ferner wurden von 25 Fahrzeugen die Frontscheiben zerstört und ca. 50 Reifen zerstochen. An die Lagerhalle wurde "Offene Grenzen für alle – Kein Sparen an Flüchtlingen – Sparen ist rassistisch" gesprüht. In dem Selbstbezeichnungsschreiben heißt es, SPAR sei rassistisch, "weil es als alleiniger Lieferant für Flüchtlingslager profitiert". Das Schreiben endet mit der Forderung: "Abschaffung der rassistischen Gutscheine- und Sammelmagazinspolitik! Kein SPARen an Flüchtlingen! Offene Grenzen und Bleiberecht für alle!" Unterzeichnet ist das Schreiben mit "Autonome Gruppen Sparflamme".

Seit 1995 gab es im Rahmen der bundesweiten “Anti-Castor-Kampagne” auch im Land Brandenburg zahlreiche militante Aktionen: Anschläge auf Hochspannungsmasten, Gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr mittels Wurfankern oder durch Sprengung eines Telefonkastens sowie Bombendrohungen bzw. weitere Androhungen von Straftaten.

Anlässlich des dritten Transportes abgebrannter Brennelemente in das Zwischenlager Gorleben vom 3. bis 5. März häuften sich bundesweit und auch in Brandenburg solche Straftaten.

In der Nacht zum 23. Februar sabotierten Unbekannte den Zugverkehr, indem sie einen Wurfanker in die Oberleitung der Bahnstrecke zwischen Belzig und Borne hängten. Die Oberleitung sowie der Stromabnehmer der Lok wurden beschädigt. Am Tatort hinterließen sie Flugzettel mit der Aufschrift “Castor-Alarm 3”.

Wie schon in der Nacht zum 7. Oktober 1996 wurde Brandenburg erneut am 25. Februar in eine bundesweite Anschlagsserie einbezogen. Militante Kernkraftgegner hängten Wurfanker an insgesamt acht Tatornten, davon zwei in Brandenburg, in die Oberleitungen. In Schreiben an verschiedene Printmedien bezichtigten sich “AUTONOME GRUPPEN” der Taten. Ihre Absicht sei es, “den politischen Preis für die Staatsmacht weiter [zu] erhöhen. Der Kampf gegen das Atomprogramm” sei ein “Teil des Kampfes gegen alle Formen von Herrschaft und Ausbeutung”. Das Endziel: “völlige Zerschlagung sämtlicher Strukturen von Macht, Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung.”

Am 5. März beschädigte eine zwischen den Bahnhöfen Nassenheide und Fichtengrund eingehängte Hakenkralle die Fahrleitung. In “INTERIM”, Nr. 412 vom 13. März, erschien eine nicht unterzeichnete fünfzeilige Bekennung, in der auf diesen Anschlag hingewiesen wurde.

Im Land Brandenburg wurde bereits im Jahr 1996 mit zum Teil militanten Aktionen gegen Freilandversuche mit genmanipulierten Pflanzen protestiert. 1997 wurden diese Proteste fortgeführt und intensiviert. Neben friedlichen Demonstrationen und “Protest-Spaziergängen” kam es in diesem Zusammenhang auch zu erheblichen Sachbeschädigungen: In Schönfeld und Dahnsdorf wurden Anschläge auf – tatsächliche oder vermeintliche – Versuchsfelder mit gentechnisch erzeugten Pflanzen verübt.

Im Juni zerstörten militante Gentechnikgegner zwei Probeflächen für Herbizidtests. In einem Selbstbeichtigungsschreiben bekennt eine Gruppe "Brandenburgische Erntehelfer", "das Versuchsfeld in Dahnsdorf bei Belzig verwüstet" zu haben, da durch die Versuche "auf gefährlichste Art und Weise in die Tier- und Pflanzenproduktion eingegriffen" werde. Sie legitimiert ihre Aktion mit der vorgeblichen "Menschenfeindlichkeit der Politik" und nimmt für sich in Anspruch, "mit allen Mitteln diesen Wahnsinn zu stoppen".

Die Hausbesetzerszene ist nicht insgesamt als extremistisch anzusehen, bietet aber einen Rückhalt und Aktionsraum für autonome Gruppen. Deshalb sorgen die Autonomen dafür, daß Auseinandersetzungen um besetzte Häuser nicht friedlich beendet werden, sondern eskalieren. Bevorzugte Angriffsziele bei militanten Aktionen sind Maschinen und Fahrzeuge von Bauunternehmen oder Gebäude von "Spekulanten".

Am 9./10. August fand in der Potsdamer Innenstadt ein nicht genehmigtes Straßenfest statt, mit dem eine Gruppe von etwa 100 Personen auf die Situation der Hausbesetzerszene aufmerksam machen wollte. Mehrere Anwohner beschwerten sich telefonisch über ruhestörenden Lärm. Zunächst konnten Polizeibeamte durch Gespräche auf ein Ende der Ruhestörung hinwirken. Bei der Abfahrt des Streifenwagens wurden die Beamten jedoch plötzlich aus der Gruppe heraus mit einem Stein beworfen, der u. a. die Heckscheibe des Polizeifahrzeuges zerstörte. Als bald wurden die Polizeibeamten selbst mit Steinen, Flaschen und anderen Gegenständen attackiert. Nachdem sich die Randalierer zerstreut hatten, verübten sie in kleineren Gruppen Sachbeschädigungen in der Innenstadt: Scheiben von Banken und Geschäften wurden zerstört, mehrere geparkte Fahrzeuge und Mülltonnen beschädigt. Vier Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe bzw. Schläge verletzt. Die Polizei nahm acht Personen fest.

An weiteren Tagen wurden zum Teil gerade erst restaurierte Kulturdenkmäler Potsdams mit Farbe beschmiert.





“Deutsche Kommunistische Partei” (DKP)

Gründungsjahr:	1968
Sitz:	Essen
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	“Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend” (SDAJ)
Mitglieder bundesweit:	6 200
Brandenburg:	60
für Brandenburg relevante überregionale Publikation:	“Unsere Zeit”
Brandenburger Publikationen:	“Der Rote Brandenburger” “Das kleine Blatt” (Zeitung der DKP Niederlausitz)

Die Attraktivität der DKP ist in Brandenburg nach wie vor gering. In der alten Bundesrepublik wurde sie von der SED ausgehalten; nunmehr hat sie, auf sich gestellt und mit sehr viel bescheideneren Mitteln ausgestattet, auch Verbände in den ostdeutschen Bundesländern gebildet.

Die Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg war 1993 wegen innerparteilicher Differenzen in drei Fraktionen zerfallen. Eine gewisse Tendenz zur Konsolidierung ist mittlerweile bemerkbar; die Differenzen scheinen zumindest einstweilen überbrückt worden zu sein. So wurde Anfang November ein eigenständiger Landesverbandes Brandenburg gegründet. In ihm ist die DKP-Gruppe Niederlausitz besonders aktiv. Der brandenburgische Mitgliederbestand hat sich aber im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert.

Über eine punktuelle Zusammenarbeit mit anderen kommunistischen Gruppen, darunter der “Kommunistischen Partei Deutschlands” (KPD), versucht die DKP, ihr politisches Gewicht zu erhöhen.

*Landesverband
Brandenburg*

Die wahrnehmbare Resonanz auf die DKP-Propaganda zu den Themen "Sozialabbau" und "Siegerjustiz" sowie auf ihre Beschönigung der DDR-Realität ist äußerst gering.

Im Land Brandenburg sind auch 1997 keine Aktivitäten der "Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend" bekannt geworden.

*Sozialistische
Deutsche
Arbeiterjugend*

"Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD)

Gründungsjahr:	1990
Sitz:	Berlin
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder	bundesweit: 200
	Brandenburg: 20
für Brandenburg relevante überregionale Publikation:	"Trotz alledem"

Die KPD ist 1990 noch in der DDR als selbständige kommunistische Formation entstanden. Ihre orthodox-kommunistische Ideologie fußt in erster Linie auf Theorien von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann. Die KPD hält weiterhin an ihrer revolutionären Programmatik fest. Auch im Parteiprogramm von 1993 paßte sie ihre Ideologie nicht an die Gegenwartslage an; gleichwohl hat selbst in der KPD die Einsicht Raum gegriffen, daß in der Bundesrepublik Deutschland auf absehbare Zeit keine "revolutionäre Situation" eintreten wird.

Den Bemühungen der KPD, die Einheit aller kommunistischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland herzustellen, war auch 1997 kein Erfolg beschieden. Denn die ideologischen Differenzen zu anderen kommunistischen Organisationen (so gegenüber der DKP und dem "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (AB)) dauern fort. Außerdem leidet die KPD an internen Streitigkeiten.

*ideologische
Differenzen*

Die KPD ist Mitglied in der "Neuen Kommunistischen Internationale" (NKI), die Ende 1995 in Sofia gegründet wurde. In ihr fanden sich kommunistische, auch stalinistische Kleinstparteien zusammen.

Ihren Schwerpunkt hat die brandenburgische KPD in Frankfurt (Oder). Dort zeigte sie auf einer "Antifa"-Demonstration am 6. Dezember, an der sie zusammen mit anderen linksextremistischen, aber auch demokratischen Gruppen teilnahm, Flagge (s. dazu Seiten 84, 91).



"Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD)

Gründungsjahr:	1982
Sitz:	Essen
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	"Rebell"
Frauenorganisation:	"Courage"
Mitglieder bundesweit:	2500
Brandenburg:	50
für Brandenburg relevante überregionale Publikation:	"Rote Fahne"

Organisationsstruktur

Mitte des Jahres wurde die Organisationsstruktur der MLPD im gesamten Bundesgebiet geändert – offenbar ein Krisenzeichen. Auch einen Verlust von Mitgliedern mußte die MLPD hinnehmen. Eine "Säuberungswelle" wurde vom Parteivorsitzenden Stefan ENGEL allerdings dementiert. Nunmehr ist die Partei in 25 Kreise gegliedert, unter denen es 58 Aufbaugruppen geben soll. Die vormals vorhandene Ortsgruppen-Ebene wurde aufgelöst.

Die Bemühungen der MLPD, in Brandenburg Einfluß zu gewinnen, waren auch 1997 wenig erfolgreich. Unter der "Patenschaft" von MLPD-Gruppen aus dem Westen der Bundesrepublik Deutschland haben sich nur wenige Ortsgruppen in Brandenburg gebildet. Kreisverbände sieht die neue Organisationsstruktur für die ostdeutschen Bundesländer nicht vor.

Die publizistische Thematik der MLPD reduziert sich im wesentlichen auf die Beschwörung der "kämpfenden Arbeiterklasse". In diesem Sinne unterstützt sie mit agitatorischer Begleitmusik Forderungen

gen von Belegschaften industrieller Betriebe, daß ihre von Stilllegungen bedrohten Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Die MLPD strebt eine "sozialistische Republik" anstelle der "Großmacht Deutschland" an. In ihrer Ideologie gründet sie sich nicht allein auf Marx, Engels und Lenin, sondern auch auf Stalin und Mao Zedong. Obwohl die MLPD damit unter den marxistisch-leninistischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland isoliert ist, folgt auch sie der kommunistischen Bündnisstrategie, indem sie nach dem "Volksfront"-Konzept Partner für Aktionen im linksextremistischen Spektrum und darüber hinaus zu finden sucht.

Mitunter tauchen Plakate der MLPD auch in Brandenburg auf. Die Jugendorganisation "Rebell" hat im Lande einzelne Mitglieder gewonnen; ebenso nun auch die Frauenorganisation "Courage".

Ausblick

Da die autonome Szene Brandenburgs – gerade auch im Zusammenspiel mit Autonomen in Berlin und anderen Bundesländern – sich voraussichtlich weiter verfestigen wird, ist mit einer Minderung ihrer Gewaltbereitschaft nicht zu rechnen. Militante Aktionen werden mit Kampagnenthemen verknüpft bleiben: mit "Antifa" und "Antirassismus"; mit dem Thema "Flucht und Migration", das wegen der gemeinsamen Grenze Brandenburgs und Polens hier besonders virulent ist; mit dem Protest gegen Castor-Transporte, womöglich begleitet von weiteren Hakenkrallenanschlägen; mit Protesten gegen gentechnische Freilandversuche.

Mit dem Umzug von Bundestag und Bundesregierung wird Berlins brandenburgisches Umland als Sammlungs-, Rückzugs- und Ruheraum für solche Linksextremisten attraktiv werden können, die der Hauptstadtrolle Berlins und der von Berlin ausgehenden Regierungspolitik militanten Widerstand entgegensetzen wollen.

Die linksextremistischen Parteien in Brandenburg werden mit ihren propagandistischen Bemühungen weiterhin auf äußerst geringe Resonanz stoßen. Ihre starre marxistisch-leninistische Dogmatik macht sie unfähig, den tatsächlichen politischen, sozialen und gesellschaftlichen Wandel zu begreifen. Aber selbst sie haben erkannt, daß die sozialistische Revolution, auf die sie warten, in überschaubaren Zeitläuften nicht stattfinden wird: Zu frisch ist für alle die Erinnerung an die von einer überwältigenden Mehrheit bejahte Revolution, die den "real existierenden Sozialismus auf deutschem Boden" gerade erst beseitigt hat.

Ideologie

*autonome
Szene*

*Umzug von
Bundestag
und Bundes-
regierung*

Mitgliederzahlen linksextremistischer Gruppierungen (z. T. geschätzt)

	Bundesrepublik Deutschland		Brandenburg	
	1996	1997	1996	1997
Autonome *	mehr als 6 000	mehr als 6 000	350	340
Anarchisten	wenige Hundert	wenige Hundert	30	30
DKP	mehr als 6 200	6 200	60	60
KPD	200	200	40	20
MLPD	2 700	2 500	50	50

* Die Zahl der Angehörigen autonomer Gruppen wird unter Berücksichtigung von Dunkelziffern und möglichen Doppelzählungen aus folgenden Teilgrößen errechnet:

- a) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die im Berichtsjahr straffällig geworden sind;
- b) bezifferbare Gruppen extremistisch motivierter, namentlich nicht bekannter Gewalttäter, die im betrachteten Jahr straffällig geworden sind;
- c) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die in vergangenen Jahren straffällig geworden und bei denen konkrete Anhaltspunkte für eine fortdauernde Gewaltbereitschaft gegeben sind;
- d) extremistisch orientierte Personen, denen keine einschlägigen Gewalttaten nachzuweisen sind, die aber auf Grund konkreter Einzelerkenntnisse (mutmaßliche Beteiligung an Gewalttaten, Verhalten, Äußerungen usw.) als gewaltbereit gelten müssen.

Linksextremistisch motivierte Straftaten im Land Brandenburg

	1995	1996	1997
Körperverletzung	5	10	20
Brandstiftung	4	0	1
Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch	10	12	17
Sachbeschädigung	8	13	21
sonstige	25	33	22
gesamt	52	68	81
davon Gewaltstraftaten*	21	36	44

Die vorgelegte Statistik beruht auf Zahlenangaben des LKA; die Verfassungsschutzabteilung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg führt keine eigene Straftatenstatistik.

In den vergangenen Jahren wurden die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik vom LKA übernommen. Sie erfassen die im Berichtszeitraum polizeilich abgeschlossenen Fälle. In diesem Jahr werden erstmals (wie auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz) die sog. Lagezahlen übernommen, die sich auf die im Berichtszeitraum registrierten Fälle beziehen. Die Zahlen für 1995 und 1996 wurden entsprechend bereinigt, was die Abweichung von den Vorjahresberichten erklärt.

* Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung sind nicht als Gewaltstraftaten mitgezählt.

3. AUSLÄNDEREXTREMISMUS

Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland

Die in der Bundesrepublik Deutschland tätigen extremistischen Ausländergruppierungen spiegeln ein breites Spektrum politischer Orientierungen wider: Es gibt linksextremistische, islamistische und extrem-nationalistische Organisationen.

Arbeiterpartei Kurdistan

Die mitgliederstärkste unter den linksextremistischen Ausländergruppierungen ist die "Arbeiterpartei Kurdistan" (PKK). Sie ist von ihrer ursprünglichen Zielsetzung her marxistisch-leninistisch ausgerichtet, propagiert aber immer nachdrücklicher nationalistische Vorstellungen, um ihren Alleinvertretungsanspruch bei der Lösung des Kurdenproblems in der Türkei zu untermauern.

Weil sie mit terroristischen Aktivitäten versuchte, Druck auf die Bundesrepublik Deutschland auszuüben und damit eine Änderung der türkischen Haltung zum Kurdenkonflikt zu erreichen, wurde ihr im November 1993 auf der Grundlage des Vereinsgesetzes jede weitere Betätigung in der Bundesrepublik Deutschland verboten. Inzwischen hat der PKK-Generalsekretär Abdullah ÖCALAN solche Terrorakte als "Fehler" bedauert. Seit 1996 sind Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland, die der PKK zugerechnet werden, erheblich zurückgegangen. Ob diese sich 1997 bestätigende Tendenz langfristig Bestand hat, hängt jedoch in hohem Maße von der politischen Entwicklung in der Türkei ab.

Seit rund zwei Jahren beteuert ÖCALAN öffentlich die Friedfertigkeit seiner Partei, um diese als gemäßigte "Befreiungsbewegung" des kurdischen Volkes und als Partner für politische Gespräche zu empfehlen. Diesem Ziel sollten insbesondere großangelegte Propagandaaktionen dienen; so der "Musa-Anter-Friedenszug" Brüssel-Diyarbakir (Türkei) Ende August/Anfang September, der jedoch in der geplanten Form verhindert wurde, da er nach Erkenntnissen der deutschen Sicherheitsbehörden Werbung für die verbotene PKK betreiben sollte; so auch eine im November organisierte Busfahrt durch die Bundesrepublik Deutschland mit – zum Teil untersagten – Kundgebungen gegen das PKK-Verbot an den einzelnen Stationen.

Unter den türkischen linksextremistischen Gruppierungen tat sich Anfang des Jahres die revolutionär-marxistische "Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V." (DIDF) hervor. Sie organisierte Demonstrationen in mehreren deutschen Städten gegen die seit 15. Januar geltende

Visumspflicht für Kinder aus der Türkei, Marokko, Tunesien und Ex-Jugoslawien.

Schwere Straftaten waren im Zusammenhang mit Kämpfen zwischen den beiden verfeindeten Flügeln der linksextremistischen "Devrimci Sol" – sie unterliegt seit 1983 in Deutschland einem Betätigungsverbot – zu verzeichnen. Die Spaltung war das Ergebnis einer erbitterten Auseinandersetzung um die Person des damaligen "Devrimci Sol"-Führers Dursun KARATAS, der jetzt der "Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front" (DHKP-C), dem größeren und aktiveren der beiden Flügel, vorsteht. Auseinandersetzungen werden selbst mit Waffengewalt ausgetragen. 1997 wurden mehrere Schußwaffenanschläge bekannt.

Eine nicht geringe Zahl extremistischer Ausländergruppierungen gründet ihre politische Verbandsideologie auf den – einseitig interpretierten – Islam. Diese "Islamisten" greifen aus der weltanschaulich-religiösen Tradition des Islam Teilelemente heraus und entwickeln aus ihnen ein Konzept des sog. islamischen Gottesstaates. Damit propagieren sie eine Gesellschaftsordnung, die, vorgeblich auf der wahren islamischen Tradition beruhend, Menschenrechte sowie demokratische Bürgerrechte und Institutionen mindestens teilweise negiert.

Die meisten islamistischen Gruppierungen erheben einen Absolutheitsanspruch und üben Intoleranz oder sogar Gewalt gegenüber allen aus, die der eigenen Norm nicht entsprechen. Einige Gruppierungen gehen darauf aus, terroristische Aktionen zu unternehmen, bei denen eine Vielzahl von Opfern ohne Bedenken in Kauf genommen wird; auch die Attentäter selbst sind oftmals bereit, sich zu "opfern" (Selbstmord-Anschläge mit dem Ruhm des Martyriums).

In der Bundesrepublik Deutschland lehnen alle islamistischen Gruppierungen eine vollständige Integration von Muslimen in die zivile Gesellschaft ab und stellen somit letztlich das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland in Frage.

1928 in Ägypten gegründet, stellt die "Muslim-Bruderschaft" (MB) die Keimzelle aller islamistischen Gruppen dar; sie hat sich in nahezu alle arabischen Staaten und Länder verbreitet und agiert mittlerweile weltweit. Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist sie mit zwei Gruppen aktiv: mit der "Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V." und den "Islamischen Avantgarden".

Die 1982 gegründete HAMAS ("Islamische Widerstandsbewegung") ist der palästinensische Zweig der "Muslim-Bruderschaft" und in das regionale und weltweite Unterstützernetz der MB eingebunden.

Devrimci Sol

Islamisten

Muslim-Bruderschaft

HAMAS

HAMAS lehnt den Friedensprozeß in Israel entschieden ab und strebt als erstes politisches Ziel die "Befreiung" Palästinas, letztlich aber die Errichtung eines globalen islamischen Staates an. Die Organisation ist für eine Vielzahl von Terroranschlägen in Israel und den von Israel besetzten Gebieten verantwortlich.

Islamischer Bund Palästina

Der 1982 von Angehörigen der MB gegründete "Islamische Bund Palästina" (IBP) sieht sich als Vertreter von HAMAS in der Bundesrepublik Deutschland. Die im IBP organisierten HAMAS-Anhänger betreiben im Bundesgebiet eine intensive Öffentlichkeitsarbeit durch Verbreitung von Publikationsmaterial.

Islamische Heilsfront

Ein regionaler Zweig der MB ist die algerische "Islamische Heilsfront" (Front Islamique du Salut – FIS). Die FIS und die aus ihr hervorgegangene, in sich mehrfach gespaltene "Islamische Bewaffnete Gruppe" (Groupe Islamique Armée – GIA) wollen die Regierung in Algerien stürzen und einen islamischen Staat errichten. Seit der Annullierung der algerischen Parlamentswahlen vom Dezember 1991 – bei denen die FIS einen großen Sieg errungen hatte – und dem Verbot der FIS führen die Guerilla-Armee der FIS (Armée Islamique du Salut – AIS) und insbesondere die Gruppen der GIA einen Bürgerkrieg gegen das algerische Regime und zunehmend gegen die algerische Bevölkerung. Ihm sind seit 1992 mehrere zehntausend Menschen zum Opfer gefallen. Während die AIS derzeit einen Waffenstillstand einhält, werden die Massaker der GIA-Gruppen immer brutaler.

Gründer und Präsident der FIS ist der Universitätsprofessor Abbassi MADANI, dessen Söhne Salim und Ikbāl ABBASSI vom Oberlandesgericht Düsseldorf im Juni 1997 rechtskräftig zu 2 Jahren und 8 Monaten bzw. 2 Jahren und 4 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt wurden. Ihnen konnte nachgewiesen werden, daß sie bis zu ihrer Festnahme im Jahre 1995 einer kriminellen Vereinigung angehörten, die islamistischen Gruppierungen in Algerien, insbesondere der FIS, durch die Beschaffung falscher Ausweispapiere half. Andere der sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhaltenden FIS-Aktivisten konzentrieren sich auf die politisch-propagandistische Unterstützung der FIS in Algerien.

Hizb-Allah

Die schiitische "Hizb-Allah" ("Partei Gottes") wurde 1982 mit iranischer Unterstützung im Libanon gegründet. Sie agiert unter verschiedenen Organisationsbezeichnungen, in der Bundesrepublik Deutschland vor allem unter dem Namen "Islamischer Widerstand". Die "Hizb-Allah" will im Libanon eine islamische Republik nach iranischem Vorbild errichten sowie gegen den Staat Israel bis zu seiner völligen Vernichtung kämpfen. Seit 1983 ist die "Hizb-Allah" für zahlreiche

Terroranschläge im Libanon und in den arabischen Golfstaaten verantwortlich.

Aktivitäten der "Hizb-Allah" in der Bundesrepublik Deutschland beschränken sich bisher vor allem auf interne, zumeist regionale Treffen und Diskussionsveranstaltungen.

In einer türkischen islamistischen Organisation, dem "Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V." (ICCB), sind nach dem Tod des langjährigen Leiters Cemaleddin KAPLAN erbitterte Nachfolgekämpfe ausgebrochen. Am 8. Mai erschossen bisher unbekannte Personen in Berlin den Anführer eines Flügels. Der Ermordete hatte KAPLANs Sohn Metin KAPLAN nicht als neuen Leiter anerkannt, eine eigene Gruppe um sich geschart und sich selbst zum "Kalifen" ernannt. Metin KAPLAN trat auch als Hauptredner bei einer von 2500 Personen besuchten Kundgebung am 22. Februar in Bonn-Bad Godesberg auf; sie wandte sich gegen Bestrebungen, den vom damaligen türkischen Ministerpräsidenten ERBAKAN betriebenen Islamisierungskurs zu stoppen.

*Verband
der
islamischen
Vereine und
Gemeinden
e.V.*

In Nordirland ist der Friedensprozeß wieder in Gang gekommen; deshalb ist es möglich, daß z. B. die "Provisional Irish Republican Army" (PIRA) und noch militantere Extremistengruppen ihn durch Aktionen – womöglich auch in der Bundesrepublik Deutschland – erneut zu stören versuchen.

*Provisional
Irish
Republican
Army*

Die aufgeführten Beispiele zeigen, daß extremistische Gruppierungen von Ausländern ihre Vorstellungen von politischen Veränderungen in ihren Herkunftsländern mit Intoleranz und Aggressivität durchzusetzen suchen, wobei sie oft auch zum Mittel der Gewalt und sogar des Terrors greifen. Aus ihren in der Regel autoritären Machtstrukturen und ihrer starren Ideologie erklärt es sich, daß gerade auch Dissidenten unnachgiebig verfolgt werden.

Sicherheitslage im Land Brandenburg

Extremistische Ausländerorganisationen haben bisher keine festen und dauerhaften Strukturen im Land Brandenburg aufbauen können. Versuche, wenigstens Anlaufstellen als Kristallisationspunkte künftiger systematischer Aktivitäten zu schaffen, sind offensichtlich im Sande verlaufen.

Noch immer sind in Brandenburg nur einige wenige dieser Organisationen lediglich mit Einzelmitgliedern präsent, die allenfalls in Aktivitäten, die außerhalb des Landesgebietes organisiert und durchge-

*Plakat der
"Devrimci Sol",
deren Betätigung
in Deutschland
seit 1983
verboten ist*



führt werden, eingebunden sind. 1997 hat es aber keine bundesweiten Aktionen gegeben, an denen sich in Brandenburg wohnende Anhänger oder Aktivisten solcher Gruppen nennenswert beteiligt haben.

Es ist jedoch mit Sicherheit anzunehmen, daß solche Organisationen weiterhin in der ausländischen Wohnbevölkerung nach einer tragfähigen Basis und den für Strukturen nötigen Rückhalt suchen. Dies dürfte zumal für die größeren Gruppierungen wie die in den westdeutschen Bundesländern straff durchorganisierte PKK gelten.

Versuche, Spendengelder selbst mit Gewalt oder deren Androhung einzutreiben, hat es auch 1997 gegeben. Diese bundesweit gängige Praxis der kriminellen Finanzmittelbeschaffung ist vor allem von der PKK und der "Devrimci Sol" bzw. ihren beiden Flügeln bekannt. Die tatsächliche Zahl solcher Fälle ist wegen der hohen Dunkelziffer schwer einschätzbar, denn Angst vor Repressalien läßt die Opfer meist von einer Anzeige absehen.

Der Verdacht, daß bestimmte Einzelpersonen in Brandenburg für islamistische Gruppierungen tätig geworden sein könnten, hat sich bislang nicht erhärten lassen.

“Arbeiterpartei Kurdistans” (PKK)



Gründung:	1978
Sitz:	Damaskus (Exil)
in Brandenburg aktiv seit:	1993
Anhänger bundesweit:	10 000
internationale Teilorganisation:	“Nationale Befreiungsfront Kurdistans” (ERNK)
Publikation:	“Serxwebun” (Unabhängigkeit)
Verbot der Betätigung für PKK und ERNK in Deutschland:	seit 1993

“Devrimci Sol” (Revolutionäre Linke)

DEVRİMCİ SOL

Gründung:	1978
Sitz:	Türkei
in Brandenburg aktiv seit:	1993
Anhänger bundesweit:	1 200
Publikation:	“Devrimci Sol-Haber Bülteni” (Devrimci Sol-Nachrichten- bulletin)
Verbot der Betätigung in Deutschland:	seit 1983
Spaltung 1994 in:	“Revolutionäre Volksbefreiungs- partei-Front” (DHKP-C) und “Türkische Volksbefreiungspartei- Front – Revolutionäre Linke” (THKP-C – Devrimci Sol)

Ausblick

Da Aktionen ausländischer Extremisten häufig von der politischen Entwicklung in den Herkunftsländer abhängen, kann sich die Gefährdungslage in der Bundesrepublik Deutschland – und damit auch im Land Brandenburg – schnell ändern. Insbesondere die politische Lage in den Kurdengebieten und der schwierige israelisch-palästinensische Friedensprozeß bergen entsprechende Risiken.

Solange aber extremistische Ausländerorganisationen im Land Brandenburg noch keine festgefühten Struktureinheiten besitzen, werden sie hier allenfalls nur zu Einzelaktionen fähig sein. Die Anzeichen, daß das Landesgebiet in die Planungen ausländischer Extremisten einbezogen wird, haben sich in der letzten Zeit aber erkennbar vermehrt. Insbesondere bei bundesweit angelegten Kampagnen wird Brandenburg von Übergriffen nicht unbedingt verschont bleiben.



بسم الله الرحمن الرحيم
Im Namen Allahs, des Allerbarmeren und Allbarmerzigsten

خلافت دولتی

Der Kalifatsstaat

عمومی ریاست مقامی
- Das Präsidium -

مہجری : 11. Schewwal 1417
میلادی : (18. Februar 1997)

نه اوسر ستر : ٤١٨ - ٥٠٧٢٢ كولوبا

EINLADUNG ZUM VERKÜNDUNGSMARSCH

„Niemand ist berechtigt, die Religion und die Heiligtümer zu diffamieren!“
„Unsere allererste Aufgabe sollte es sein, die Scharia zu protegieren!“

Verehrter Muslim!

Der Islam ist eine göttliche Ordnung, die mit dem Propheten Adam ihren Anfang hatte, und die durch die Gesamtheit von Propheten unentwegt verkündet wurde, und welche mit dem letzten Propheten Muhammed Mustafa (Allah segne ihn und gebe ihm Heil!) ihre Vollkommenheit erreicht hat, und die der Kontrolle eines Buches wie des Korans unterworfen wurde.

Der Islam besteht aus vier Teilen:

- Glaubenslehre, - Andachtsübungen, - Zivilrecht (Staatsverwaltung), - Strafrecht.

Diese Teile nennt man auch die Scharia.

Die Scharia und die Religion sind zweisynonyme Wörter, d. h. unterschiedlich lautende aber sinnverwandte Wörter.

Die Scharia = die Religion = der Islam = der Glaube und der Koran.

Die Scharia bedeutet in der Religionssprache folgendes:

„Die Gesamtheit von religiösen und weltlichen Bestimmungen, welche Allah, der Allmächtige, Seinen Dienern vorgeschrieben hat.“

Zwei Wörter, die verachtet wurden:

Das Wort „das Kalifat“

Das Wort „die Scharia“

Diese beiden Wörter wurden seit über siebenzig Jahren ständig verachtet, und zwar heute noch in jenem Land der Märtyrer. Wenn es nur das wäre in deinem eigenen Land, in deiner Heimat, welche unzählige Märtyrer beherbergt, wirst du nun verachtet und als einen Fremden empfunden, so daß du nichts mehr zu sagen hast und wirst behandelt wie ein Gefangener!

Dein heiliges Buch Koran wurde zum Schweigen gebracht, und deine Scharia abgeschafft.

Der Staat ist verlorengegangen! Die Souveränität Allahs wurde angetastet, die Verrichtung deiner Gebete wurde

erschwert, deine Freitagsgebete darfst du nicht mehr unverhindert verrichten!

Dein Bartwuchs wurde ebenfalls verachtet, dein Kopfwuchs angegriffen! Die Ehrenhaften wurden zum Schweigen gebracht, und die Unehrenhaften kamen an die Macht!

O du hilfloser Muslim!

Du darfst im Angesicht dieser verblutenden Wunden in deiner Heimat, die ein Geschehen deiner Ahnen ist, niemals schweigen und ungestört zuschauen!

Du darfst nicht daran vorbeigehen wie ein Blinder und nicht behaupten, so etwas gehe dich überhaupt nichts an! Denn dein Herr wird dich darüber zur Rechenschaft ziehen.

Dein Prophet wird mit dir kein Wort mehr reden wollen, deine gefallenen Ahnen werden sich über dich beschweren; dein heiliges Leben wird dir zum Kummer und dein Jenseits zur Bedrängnis!

O du Märtyrerkind!

Vielleicht taucht nun einer auf und jagt dir Angst ein, Vielleicht wird ein solcher dich davon abbringen wollen, an dieser Sache teilzunehmen, er wird dabei allerlei Ausflüchte vorzubringen versuchen! Nach der Beschreibung des Korans ist er ein wirklicher Teufel, möge er auch ein Gelehrter sein. Also ist er nicht für den Koran, sondern für das Regime. Er steht nicht hinter der Gerechtigkeit, sondern hinter der Ungerechtigkeit!

Solche Leute sollst du zum Schweigen auffordern und sie von dir strikt abweisen!

An diesem „VERKÜNDUNGSMARSCH“ sollst du mit deiner Frau und deinen Kindern teilnehmen!

Bringe dadurch deine Einsatzbereitschaft für den GLAUBEN und den ISLAM unter Beweis, damit du nicht unter die Satane und Feiglinge eingegliedert wirst.

Friede sei mit dir!

BONN,
BAD-GODESBERG
(Rigal'sche Wiese)

SAMSTAG
15. Schewwal 1417
(22.02.1997)

11.00
Uhr

Der Kalifatsstaat
- Organisationskomitee -

Flugblatt
des ICCB
mit einer

"Einladung zum
Verkündungs-
marsch"

4. BEOBACHTUNG DER SCIENTOLOGY-ORGANISATION

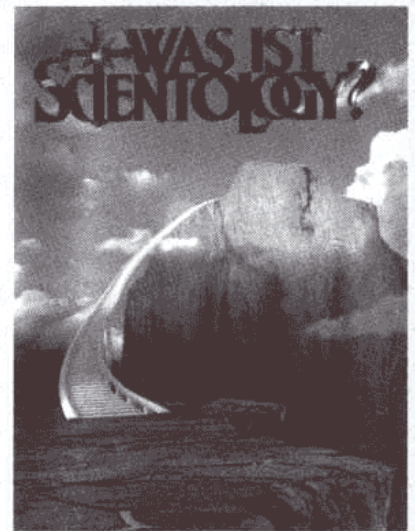
Rechtliche Zulässigkeit der Beobachtung

In der Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) vom 5./6. Juni 1997 wurde festgestellt, daß bei der Scientology-Organisation (SO) tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen und damit die gesetzlichen Voraussetzungen (Ausnahme: Schleswig-Holstein) für eine Beobachtung der Organisation durch den Verfassungsschutz gegeben sind.

*Bestrebungen
gegen die
freiheitliche
demokratische
Grundordnung*

Der IMK-Beschluß basiert auf einem umfangreichen, von einer Arbeitsgruppe der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder erstellten Bericht. Tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen von verfassungsfeindlichen Bestrebungen ergeben sich vor allem aus den Schriften und Handlungsanweisungen der SO, insbesondere aus den Werken ihres Gründers, des Science-Fiction-Autors Lafayette Ronald HUBBARD (1911-1986).

Eine Vielzahl von dortigen Aussagen deutet darauf hin, daß die Organisation eine scientologisch geprägte Gesellschaftsordnung anstrebt, die mit den elementaren Verfassungsprinzipien nicht in Einklang gebracht werden kann und die mit dem Menschenbild des Grundgesetzes unvereinbar ist. Auch eine ganze Reihe von SO-„Aussteiger“-Berichten bestätigen oder verstärken dies.



Die SO mißachtet Verfassungsgrundsätze, z.B. Art. 5 GG (Meinungsfreiheit), wenn es einem Kritiker nach einer SO-Handlungsanweisung so ergehen kann, daß er „in der Dunkelheit dumpf auf's Straßenpflaster klatscht oder das ganze feindliche Lager ... in riesigen Flammen aufgeht“⁴. Art. 3 GG (Gleichheit vor dem Gesetz) wird mißachtet, wenn nur Scientologen Bürgerrechte verliehen bekommen sollen. Auch wird deutlich, daß sich die Programmatik der SO keinesfalls nur auf die „geistige Befreiung“ des Einzelnen bezieht, sondern auf konkrete, politisch bestimmte und von der SO auch so verstandene Ziele gerichtet ist, die die Gesellschaft insgesamt betreffen. So heißt es in einer politischen Anweisung „Ziel ... ist es, die Regierung und feindliche Philosophien oder Gesellschaften in einen Zustand völliger Gefügigkeit mit den Zielen der Scientology zu bringen“⁵.

⁴ Ron Hubbard, Einführung in die Ethik der Scientology, S. 270 f.

⁵ Ron Hubbard, Policyletter v. 15.08.1960

Beobachtung im Land Brandenburg

Seit dem IMK-Beschluß vom Juni 1997 wird die SO von der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg auf Grundlage und nach Maßgabe des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes beobachtet. Dabei überprüft die Behörde, beispielsweise anhand eingehender Hinweise, ob sich die vorliegenden Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der SO weiter bestätigen lassen oder aber entkräftet werden können. Dazu gehören auch Gespräche mit SO-„Aussteigern“, bei denen u.a. Erkenntnisse über das Wirken der Organisation und die Umsetzung der scientologischen Ziele nach eigenen Erlebnissen in Erfahrung gebracht und bewertet werden können.

SO-Aktivitäten

Nach bisheriger Erkenntnislage ist das Land Brandenburg kein Schwerpunkt für SO-Aktivitäten.

Für das Jahr 1997 konnten keine Informationen gewonnen werden, die eine Existenz feststrukturierter Organisationseinheiten in Brandenburg – etwa einer „Scientology-Kirche“ – belegen könnten.

„Vertrauliches Telefon“

Um die Erfahrungen von Betroffenen über die von der SO ausgehenden Gefahren in ihre Arbeit miteinzubeziehen, hat die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg im Juli 1997 ein „Vertrauliches Telefon“ unter der Telefon- und Faxnummer

(0331) 27 00 230

für SO-Betroffene eingerichtet.

Opfer und deren Angehörige, Aussteiger und andere Personen, die zur SO Hinweise geben wollen, können darüber Verbindung mit dem Verfassungsschutz aufnehmen. Durch das „Vertrauliche Telefon“ haben sie die Möglichkeit, ohne Furcht vor Racheaktionen Erkenntnisse weiterzugeben oder über ihre Erfahrungen zu berichten.

Broschüre zur SO

Ferner wurde im Oktober 1997 die Broschüre „Scientology – Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes“ herausgegeben. Diese will den interessierten Leser aktuell über die Thematik SO informieren und nicht zuletzt einen Beitrag mit präventivem Charakter im Sinne von „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ geben.

Die Beobachtung der SO durch den Verfassungsschutz macht weiteres politisches Handeln gegenüber dieser Organisation keineswegs entbehrlich. Der öffentlichen Informations- und Aufklärungsarbeit kommt dabei besondere Bedeutung zu.

SPIONAGEABWEHR

Die Spionageabwehr beobachtet seit dem Zusammenbruch des sog. Ostblocks, daß die Nachrichtendienste insgesamt den Versuch unternehmen, sich durch Umstrukturierung den veränderten Gegebenheiten anzupassen. Ihre eigentliche Zielstellung, Erkenntnisse, Tatsachen oder auch Gegenstände vor allem aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Militär zu erlangen, ist jedoch nach wie vor existent. Daran wird sich auch in Zukunft wenig ändern.

Zielstellung

Im Vordergrund der Spionage stehen heute nicht mehr ideologische Auseinandersetzungen. Es geht vielmehr um das Erlangen einer günstigeren Ausgangsposition eines Staates im internationalen Wettbewerb auf den Gebieten Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Weiterhin versuchen Staaten, insbesondere die sog. "Schwellenländer", durch ihre Nachrichtendienste an Wissen und Material zur Herstellung von Kriegswaffen zu gelangen. Hierzu zählen auch Güter, die sowohl einer militärischen als auch einer zivilen Nutzung zugeführt werden können. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß das Gelingen solcher Bemühungen vor Ort zu einer Eskalation von militärischen Auseinandersetzungen führen kann und gleichzeitig das internationale Ansehen der Bundesrepublik geschädigt wird.

Auch für 1997 kann festgestellt werden, daß die Bundesrepublik Deutschland bevorzugtes Ziel von Nachrichtendiensten ist. Ursache sind neben der wirtschaftlichen Stärke und dem politischen Gewicht insbesondere der Standard der Bundesrepublik in Wissenschaft und Forschung. Dabei spielt auch Brandenburg aufgrund seiner Nähe zur Bundeshauptstadt Berlin und den traditionellen Beziehungen nach Osteuropa eine nicht unerhebliche Rolle. So ist in dem Bereich Berlin/Brandenburg eine Zunahme nachrichtendienstlich relevanter Aktivitäten zu verzeichnen. Ein gewichtiger Grund dafür ist der Umzug von Regierungsstellen, Botschaften und Wirtschaftsunternehmen nach Berlin.

*Zunahme der
Aktivitäten*

Aufgabe der Spionageabwehr ist es, die oben beschriebenen Bemühungen von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Ländern fernzuhalten. Strafbar ist die Spionage durch bzw. für den "Geheimdienst einer fremden Macht", also einer ausländischen Regierung (§§ 94 ff. StGB). Im Hinblick auf den ausländischen Träger der Spionageaktivitäten unterscheidet das Strafgesetz nicht, d. h. "fremde Macht" sind auch befreundete oder neutrale Staaten.

Bei der Wirtschaftsspionage muß aber strikt zwischen der sog. Konkurrenzspionage (strafbar gem. §§ 17 ff. Gesetz gegen den unlautere-

ren Wettbewerb) und der gem. §§ 94 ff. StGB strafbaren Spionage unterschieden werden. Nur der letztere Bereich ist Aufgabe der Spionageabwehr des Verfassungsschutzes, wobei die Grenzziehung im Einzelfall durchaus schwierig sein kann.

Arbeitsweise der Spionageabwehr

Die Spionageabwehr wertet zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages Informationen aus offen zugänglichen Quellen aus. Daneben werden Erkenntnisse durch den Einsatz sog. nachrichtendienstlicher Mittel beschafft. Die "Einzelverdachtsfallbearbeitung" hat zum Ziel, einen Spionageverdacht zu bestätigen oder auszuräumen. Mit "methodischen Suchoperationen" wird gezielt nach Mitarbeitern fremder Nachrichtendienste geforscht. Bei einer "Gegenoperation" wird der Mitarbeiter des fremden Geheimdienstes von der Spionageabwehr als deren geheimer Mitarbeiter geführt. Die insgesamt gewonnenen Erkenntnisse werden methodisch ausgewertet. Sie führen in Zusammenarbeit mit der Polizei zur Enttarnung von Agenten, fließen in die Beratung von gefährdeten Unternehmen und Behörden ein und werden benutzt, um die Vorgehensweise der Spionageabwehr ständig der aktuellen Lage anzupassen.

Arbeitsweise fremder Nachrichtendienste

Oberstes Ziel der fremden Nachrichtendienste ist die Verschleierung ihrer Aktivitäten.

Bedingt durch den technischen Fortschritt des Informationszeitalters und der Änderung politischer Rahmenbedingungen unterliegt die Arbeit fremder Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland und in Brandenburg dem ständigen Wandel. Es ist zu beobachten, daß die zunächst geübte Zurückhaltung bei der Informationsbeschaffung wieder durch eine offensivere Vorgehensweise abgelöst wurde. So kommen neben der sog. Gesprächsabschöpfung, bei der der jeweilige Gesprächspartner über die tatsächlichen Absichten und Ziele im unklaren gelassen wird, zunehmend die klassischen Arten der nachrichtendienstlichen Erlangung von Information zum Tragen. Zu den klassischen Methoden zählen Agentenfunk, das Anlegen "toter Briefkästen", der Einsatz von Geheimschreibverfahren und Treffs zwischen Führungsoffizier und Agent (häufig im Ausland).

Die Nachrichtendienste setzen bei der Anwerbung insbesondere auf die Faktoren Zeit und Geld. Zunächst versuchen sie, für sie interessante Personen freiwillig zu einer Mitarbeit zu gewinnen. Natürlich spielt

*klassische
Methoden*

Geld als Motiv für die Zusammenarbeit eine wichtige Rolle. Aber auch vor Nötigungen schrecken fremde Nachrichtendienste nicht zurück. Bemerkenswert ist, mit welch großem Aufwand Informationen über "Zielpersonen" gesammelt werden.

Bedenklich stimmt die abnehmende Vorsicht bei der Herausgabe von internen Informationen sowohl in der Wirtschaft als auch in Behörden. Hier liegt ein wichtiger Bereich, den die fremden Nachrichtendienste im großen Stil zur "offenen Gesprächsabschöpfung" nutzen. Diese Methode schützt insbesondere vor politischen Komplikationen bei Bekanntwerden unverblümter nachrichtendienstlicher Aktivitäten.

*"offene
Gesprächs-
abschöpfung"*

Nachrichtendienste führen ihre verdeckten Operationen vom Herkunftsstaat oder aus offiziellen Vertretungen ihrer Staaten, z. B. Botschaften und Konsulaten (sog. Legalresidenturen). Aber auch Firmen, die mit Beteiligung von haupt- oder nebenamtlichem Personal des Nachrichtendienstes gegründet wurden, dienen als Ausgangsbasis der Aktivitäten. Mit Hilfe solcher Firmen können auch Aufenthaltserlaubnisse für nachrichtendienstliches Personal in der Bundesrepublik Deutschland erlangt werden. Schließlich kann auch der erzielte Gewinn für nachrichtendienstliche Operationen eingesetzt werden.

Mit Selbstverständlichkeit bedienen sich fremde Nachrichtendienste aller zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten. Gerade die Entwicklung und der Fortschritt auf dem Gebiet der Kommunikationstechnik bieten dabei ungeahnte Möglichkeiten einer "heimlichen Informationsabschöpfung".

*"heimliche
Informations-
abschöpfung"*

An einer Tatsache wird jedoch auch der technische Fortschritt nichts ändern: Im Mittelpunkt der Bemühungen fremder Nachrichtendienste steht weiterhin die "menschliche Quelle".

Wesentliche fremde Nachrichtendienste

Russische Föderation

Die stärksten Aufklärungsbemühungen unter den osteuropäischen Nachrichtendiensten sind 1996 wiederum von denen der Russischen Föderation ausgegangen, die sich wie folgt gliedern lassen:

Die "Zivile Auslandsnachrichtendienst" (SWR) ist in allen klassischen Spionagefeldern aktiv und befaßt sich vorrangig mit der Auslandsaufklärung.

SWR

Primär für die Informationsbeschaffung aus dem militärischen Bereich ist der "Auslandsaufklärungsdienst des Generalstabes beim Verteidigungsministerium der Russischen Föderation" (GRU) zuständig.

GRU

FSB

Als sog. Inlandsdienst fungiert der "Föderale Sicherheitsdienst" FSB. Der Dienst hat u.a. die Aufgabe, ausländische Geschäftsleute "abzuschöpfen" und nachrichtendienstlich interessante Personen zu überwachen.

Es kann davon ausgegangen werden, daß bei Geschäftsverhandlungen mit ausländischen Firmen ein Angehöriger dieses Dienstes eingebunden ist.

FAPSI

Der vierte Dienst, die "Föderale Agentur für Regierungsfernmelwesen und Information beim Präsidenten der Russischen Föderation" (FAPSI), befaßt sich mit der strategischen Funk- und Fernmeldeaufklärung.

Er erlangt seine Informationen durch die aktive Erfassung ausländischer Fernmelde- und Datennetze sowie durch das Eindringen in sicherheitsempfindliche Bereiche geschützter Objekte.

Darüber hinaus tritt FAPSI auf dem russischen Inlandsmarkt als Anbieter von Kommunikationsstrukturen auf und sucht den Kontakt zu ausländischen Firmenniederlassungen. Den westlichen Kunden wird dabei selten deutlich, daß sie Vertragspartner eines Nachrichtendienstes sind.

*illegaler
Güter- und
Technologie-
transfer*

Sog. Krisenländer des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens

Eine der wesentlichen Aufgaben der Dienste dieser Länder ist der illegale Güter- und Technologietransfer, um Produkte und Wissen für Rüstungsprogramme einschließlich sogenannter Massenvernichtungsmittel zu erlangen.

Konkrete Beschaffungsbemühungen der nordkoreanischen Nachrichtendienste sind in der Region Berlin-Brandenburg zu verzeichnen, die zum größten Teil von diplomatischen Vertretern des bei der chinesischen Botschaft angesiedelten "Büros für den Schutz der Interessen der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik" ausgehen.

Ausblick

Spionage ist alles andere als ein Kavaliersdelikt. Sie ist in hohem Maße sozialschädlich. Wirtschaftsspionage hat nicht nur Auftragsverluste zur Folge. Wenn andere Staaten durch Spionage Entwicklungskosten sparen und so zu billigeren Angeboten in der Lage sind, bedeutet das immer auch einen Verlust an Arbeitsplätzen. Und letzteres hat auch Bedeutung für die Stabilität des Staates.

Der Erfolg der Spionageabwehr bemißt sich insoweit nicht so sehr an der Anzahl der enttarnten Agenten, sondern vielmehr an dem frühzeitigen Erkennen von Arbeitsmethoden und Zielfeldern fremder Nachrichtendienste und dem wirksamen Umsetzen dieser Erkenntnisse für die Politik und Wirtschaft unseres Landes.

*frühzeitiges
Erkennen*

Im Zusammenhang mit dem unmittelbar bevorstehenden Umzug der Bundesregierung, aber auch der Botschaften, Verbände und Interessenvertretungen nach Berlin werden die Spionagetätigkeiten fremder Nachrichtendienste auch in Brandenburg zunehmen.

Spionage läßt sich wirksam nur im engen Zusammenhang von Verfassungsschutz und Polizei sowie unter Mithilfe der Betroffenen, insbesondere im Bereich der Wirtschaft, bekämpfen.

Auch für denjenigen, der sich in Spionage verstrickt hat, lohnt der Kontakt mit dem Verfassungsschutz: Freiwillige Offenbarung ist immer der beste Weg. Dann kommt sogar ein gänzliches Absehen von Bestrafung in Betracht.

Die Spionageabwehr versteht sich sowohl für den Schutz gegen Spionage als auch im Falle der Verstrickung als Ansprechpartner und bietet dazu das (vertrauliche) Gespräch unter der Telefonnummer (0331) 866 2582 an.

GEHEIMSCHUTZ

Sicherheits- überprüfungen

Auch im Jahr 1997 hat die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde an Sicherheitsüberprüfungen mitgewirkt.

Derartige Überprüfungen sind dann erforderlich, wenn zum Beispiel einem Behördenangehörigen ein Aufgabengebiet übertragen werden soll, in dem im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Informationen – sog. Verschlusssachen – zu bearbeiten sind. Welche Aufgabengebiete in den einzelnen Behörden in Betracht kommen, stellt der vom Behördenleiter bestellte Geheimschutzbeauftragte fest, der für die Sicherheitsüberprüfung originär zuständig ist. In seiner Verantwortung liegt, wer zu überprüfen ist und welche Überprüfungsart erforderlich ist. Es gibt drei Überprüfungsarten:

- die “einfache Sicherheitsüberprüfung” gilt für Verschlusssachen bis zum Geheimhaltungsgrad VS-VERTRAULICH;
- die “erweiterte Sicherheitsüberprüfung” für Verschlusssachen bis GEHEIM;
- die “erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen” für Verschlusssachen bis STRENG GEHEIM.

Die Sicherheitsüberprüfung findet nicht etwa hinter dem Rücken des Bediensteten statt. Sie darf vielmehr nur mit Zustimmung des Betroffenen und gegebenenfalls in die Überprüfung einzubeziehender Personen erfolgen. Wird nicht zugestimmt, ist das Verfahren beendet. Dem Bediensteten darf dann aber die vorgesehene sicherheitsempfindliche Tätigkeit nicht zugewiesen werden.

Sicherheits- erklärung

Die von dem Bediensteten ausgefüllte Sicherheitserklärung leitet der Geheimschutzbeauftragte an die Verfassungsschutzbehörde weiter, die erst dann tätig wird. Die Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde bei der Sicherheitsüberprüfung sind in den am 16. April 1991 von der Landesregierung beschlossenen “Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Personen im Rahmen des Geheimschutzes – Sicherheitsrichtlinien/SiR – Brandenburg” geregelt und dem zu Überprüfenden bekannt.

Geprüft wird, ob – z. B. wegen Zweifeln an der persönlichen Zuverlässigkeit oder der Gefahr der Anwerbung für fremde Nachrichtendienste – ein Sicherheitsrisiko vorliegt, das eine Beschäftigung im sicherheitsempfindlichen Bereich ausschließt. Ergeben sich solche Zweifel, werden diese mit dem Überprüften besprochen. Können sie nicht ausge-

Nichts als Luft?

**Auch drahtlose
Telekommunikation
schützt nicht vor
unerwünschten
Mithörern.**

*Plakat des
Bundesamtes
für Verfassungs-
schutz*

räumt werden, kann der Bedienstete letztlich nicht auf dem vorgesehenen Arbeitsplatz eingesetzt werden. Die Entscheidung unterliegt der gerichtlichen Nachprüfung.

Abkürzungsverzeichnis

AA/BO	Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation
AB	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
AIS	Islamische Heilsarmee (Armée Islamique du Salut)
AIZ	Antiimperialistische Zelle
B.A.T.	Bundesweite Antifa Treffen
BBS	Bulletin Board System
BBZ	Berlin-Brandenburger. Zeitung der nationalen Erneuerung
BKP	Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e. V.
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter
DA	Deutsche Alternative
DHKP-C	Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front
DIDF	Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DLVH	Deutsche Liga für Volk und Heimat
DNSB	Dänische Nationalsozialistische Bewegung
DNZ	Deutsche National-Zeitung
DVU	Deutsche Volksunion
DWZ/DA	Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger
ERNK	Nationale Befreiungsfront Kurdistans
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FAPSI	Föderale Agentur für Regierungsfernmeldewesen und Information beim Präsidenten der Russischen Föderation
FAU-IAA	Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union
FIS	Islamische Heilsfront (Front Islamique du Salut)
FöGA	Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen
FSB	Ziviler Inlandsnachrichtendienst Rußlands

GFP	Gesellschaft für freie Publizistik
GIA	Islamische Bewaffnete Gruppe (Groupe Islamique Armée)
GRU	Militärischer Auslandsnachrichtendienst Rußlands
HAMAS	Islamische Widerstandsbewegung
HNG	Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
IBP	Islamischer Bund Palästina
ICCB	Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.
IHV	Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V.
JF	Kürzel für: Direkte Aktion/Mitteldeutschland, bedeutet wahrscheinlich: Jugendfront
JN	Junge Nationaldemokraten
JNA	Jungnationale (früher: JNS)
JNS	Junges Nationales Spektrum (jetzt: JNA)
JRE	Jugend gegen Rassismus in Europa (jetzt: JO/JRE)
JO/JRE	Jugendoffensive/JRE
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD/ML	Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
MB	Muslim-Bruderschaft
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
MLKP	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei
MRTA	Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru (Movimiento Revolucionario Tupac Amaru)
NIT	Nationales Info-Telefon
NKI	Neue Kommunistische Internationale
N.P.A.	Nationales Pressearchiv
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NSDAP/AO	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation

PIRA	Provisional Irish Republican Army
PSG	Partei für Soziale Gleichheit
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
RAF	Rote Armee Fraktion
REP	Die Republikaner
RepBB	Republikanischer Bund der öffentlichen Bediensteten
RBF	Republikanischer Bund der Frauen
RH	Rote Hilfe e. V.
RHD	Rote Hilfe Deutschlands e. V.
RJ	Arbeitskreise Republikanischer Jugend
RZ	Revolutionäre Zellen
SA	Sturmabteilung, uniformierte und bewaffnete Kampftruppe der NSDAP
SAV	Sozialistische Alternative VORAN
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SO	Scientology-Organisation
SWR	Ziviler Auslandsnachrichtendienst Rußlands
THKP-C– Devrimci Sol	Türkische Befreiungspartei-Front – Revolutionäre Linke

Sachwortregister	Seite
“Anti-Antifa”	59, 128
Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation	77, 84, 129
Antiimperialistische Zelle (AIZ)	79
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	97
Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)	79, 102, 106, 107
Berlin-Brandenburger. Zeitung der nationalen Erneuerung	30, 31, 33, 46, 48, 50, 51, 52
Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V. (BKP)	71
“Blood & Honour”-Bewegung	16, 37, 141
Bulletin Board System	30
Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. (BfG)	71
Bundesweite Antifa Treffen (B.A.T.)	77, 84
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)	80
"buratino"	83
Dänische Nationalsozialistische Bewegung (DNSB)	20
"Das kleine Blatt"	96
"Der Aktivist"	63
"Der Republikaner"	67
"Der Rote Brandenburger"	96
"Der weiße Wolf "	57, 58
Deutsche Alternative (DA)	58, 143
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	23, 24, 68, 70 ff., 74
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	96, 100
"Deutsche Nationalzeitung"	65, 66
"Deutsche Stimme"	60
Deutsche Volksunion (DVU)	22, 23, 35, 65 f., 74
"Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger"	65, 66
Devrimci Sol	103 ff.
Die Nationalen e. V.	35, 46 ff., 53, 55, 74

Die Republikaner (REP)	22, 31, 35, 67-69, 74
Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)	18, 58
FAIRSTÄNDNIS-Kampagne	14
Fanzines	17, 34, 37, 59
Föderale Agentur für Regierungsfernmeldewesen und Information beim Präsidenten der russischen Föderation (FAPSI)	113
Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (DIDF)	102
Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA)	88, 89
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU-IAA)	89
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	50, 58
Gesellschaft für freie Publizistik (GFP)	24, 70
HAMAS	103 f.
Hammerskins	38, 139
Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	56 f., 74
"...hinter den Kulissen"	83
Hizb-Allah	104 f.
Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V. (IHV)	57
Islamische Bewaffnete Gruppe (GIA)	104
Islamische Heilsarmee (AIS)	104
Islamische Heilsfront (FIS)	104
Islamischer Bund Palästina (IBP)	104
"JN-Intern"	63, 65
Jungnationale (JNA, früher JNS)	46, 48, 74
Junge Nationaldemokraten (JN)	22, 23, 29, 31, 60-65, 74, 91
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)	107
Junges Franken	50
Jugendoffensive/JRE (JO/JRE)	80 f.
Kameradschaft Oberhavel	18, 47, 53 ff.
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	97

Militärischer Auslandsnachrichtendienst Rußlands (GRU)	113
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	98 f., 100
"Mitteldeutsche Rundschau"	57
Muslim-Bruderschaft	103
Nation Europa Verlag	25
"Nation & Europa – Deutsche Rundschau"	70
Nationale Info-Telefone (NIT)	32 f.
"Nationales Medienprojekt"	50 f.
Neue Kommunistische Internationale (NKI)	97
"Neue Thüringer Zeitung"	50
"Noch härtere Zeiten"	83
"Norddeutsche Zeitung – Hanse-Kurier"	50
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)	107
Nationales Pressearchiv (N.P.A.)	59
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	22 f., 27, 29, 31, 32, 35, 47, 60-65, 70 f., 72, 74
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)	18 f.
Partei für soziale Gleichheit (PSG)	80
Provisional Irish Republican Army (PIRA)	105
Rote Armee Fraktion (RAF)	21, 73, 79, 87
"Runde Tische"	23
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)	107
Revolutionäre Zellen (RZ)	73
Sozialistische Alternative VORAN (SAV)	80
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	96
"Süddeutsche Allgemeine"	50
Türkische Volksbefreiungspartei-Front – Revolutionäre Linke (THKPC–Devrimci Sol)	107
Thule - Netz	30, 50, 51
"Unsere Zeit"	96

Verlag der Freunde	25
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (ICCB)	105
"Westdeutsche Volkszeitung"	50
Wandergruppe Gibor	58
Ziviler Auslandsnachrichtendienst Rußlands (SWR)	113
Ziviler Inlandsnachrichtendienst Rußlands (FSB)	113
"Zündstoff – Deutsche Stimme für Berlin-Brandenburg"	60

Anarchisten

Die Anhänger anarchistischer Theorien erhoffen eine "herrschaftsfreie" Gesellschaft (anarchia [griech.]: herrschaftsloser Zustand) ohne den Zwang gesellschaftlicher Normen. In Deutschland gibt es eine Anzahl anarchistischer Kleinparteien und -gruppen, die sich zum Teil auf klassische Theoretiker wie Bakunin berufen, oft aber auch je eigene Vorstellungen entwickeln. Sie haben jedoch im Gesamtspektrum des Linksextremismus nur eine periphere Bedeutung.

Die → Autonomen sind als Anarchisten im weiteren Sinne anzusehen, da auch sie ein "herrschaftsfreies" Leben anstreben. Sie lehnen jedoch die festen Organisationsformen der "klassischen" Anarchisten ab.

"Anti-Antifa"

Die "Anti-Antifa" ist eine überwiegend von Neonazis (→ Neonazismus) betriebene "Kampagne", deren Intention es ist, dem sog. "nationalen Lager" unter Zurückstellung interner Differenzen eine neue organisationsübergreifende Plattform zu verschaffen. Als geistiger Urheber dieses Konzepts kann der Neonazi Christian Worch angesehen werden.

Unmittelbarer Zweck der "Anti-Antifa"-Arbeit ist die "Feindaufklärung", also die Ermittlung und Verbreitung von Daten zu politischen Gegnern, als welche sowohl "Linke" als auch Angehörige der Sicherheitsbehörden gelten. Rechtsextremisten kopieren damit gewissermaßen spiegelbildlich die "Antifa"-Arbeit militanter Linksextremisten (→ "Antifa", autonome).

Den bisherigen Höhepunkt der "Anti-Antifa"-Kampagne bildete 1993 die Veröffentlichung des "Einblick", einer Sammlung von Personenadressen aus der gesamten Bundesrepublik. Danach waren die Aktivitäten der "Anti-Antifa" – die nur in wenigen Fällen als Vorbereitung von Gewalttaten dienten – merklich zurückgegangen; erst in jüngster Zeit sind sie wieder aufgelebt. Sie beschränken sich weiterhin auf lokale oder regionale Aktionen von Personen, die in der Regel zugleich in weiteren neonazistischen Gruppierungen zusammengeschlossen sind.

“Antifa”, autonome

Ein Hauptagitationsfeld der → Autonomen ist der “antifaschistische Kampf”. Denn die Autonomen behaupten, daß der kapitalistische Staat um seiner Selbsterhaltung willen den Faschismus begünstige, zumindest aber toleriere: “Gerade die Grundpfeiler der bürgerlichen Herrschaft – ökonomische Ausbeutung, Rassismus und Patriarchat – müssen als Ursachen des Faschismus bekämpft werden” (aus: “Kampf der FAP”, Broschüre der AA/BO, Oktober 1994). Deshalb ist es aus Sicht der Autonomen geboten, den Kampf gegen Faschisten und Rassisten in die eigenen Hände zu nehmen. Im Rahmen der sogenannten “antifaschistischen Selbsthilfe” richten sich militante Aktionen in erster Linie gegen den politischen Gegner, also tatsächliche oder vermeintliche “Nazis”. Diese Auseinandersetzungen werden unter dem Motto “Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!” gesucht und oft mit großer Brutalität ausgetragen. In autonomen Publikationen werden häufig Adressen und “Steckbriefe” des politischen Gegners veröffentlicht, nicht selten mit der Aufforderung verbunden, die bezeichneten Personen anzugreifen.

“Antifa”-Gruppen, die sich extremistischer Betätigungen enthalten und mit den legitimen Mitteln politischer Auseinandersetzung den Rechtsextremismus bekämpfen, gehören nicht zum Beobachtungsfeld des Verfassungsschutzes.

Antisemitismus

Der Antisemitismus tritt als eine spezielle Form des → Rassismus auf und ist als solcher ideologischer Bestandteil zahlreicher Ausprägungen des → Rechtsextremismus. Als ressentimentgeladenes Vorurteil gegen die Juden schreibt er ihnen stereotyp verschiedenerlei negative Wesensmerkmale und Charaktereigenschaften zu und behauptet von ihnen, daß sie weltweit Politik und Wirtschaft zu dominieren suchten und schließlich eine zionistische Weltherrschaft anstrebten.

Das NS-Regime hat sich beim Genozid an den europäischen Juden (Holocaust) auf solche antisemitischen Klischees berufen. Heute liefert der Antisemitismus auch, in Form revisionistischer Geschichtsfälschung (→ Revisionismus), Rechtfertigungsstrategien für diesen Völkermord (Leugnung, Verharmlosung, Aufrechnung, Schuldverschiebung). Außerdem zeigt er sich vor allem in Beleidigungen und verbalen Attacken gegen jüdische oder vermeintlich jüdische Bürger Deutschlands und anderer Länder, insbesondere auch gegen Repräsen-

tanten des Staates Israel, in Schmieraktionen vornehmlich an Gedenkstätten und Synagogen, in Schändungen jüdischer Grabstätten u. ä..

Ausländerextremismus

Extremisten ausländischer Herkunft verfechten in Deutschland Anliegen, die ihren Ursprung in den politischen und religiösen Konflikten der jeweiligen Herkunftsländer haben, und gehen mit aggressiv-kämpferischer Propaganda und auch unter Anwendung von Gewalt gegen ihre Gegner vor. Nicht alle Organisationen ausländischer Extremisten in Deutschland sind hier neu gegründet worden. Vielfach agieren sie als Vertreter von extremistischen Vereinigungen und Parteien ihrer Heimatländer, die dort zum Teil verboten sind.

(→ Ausländerorganisationen, extremistische)

Ausländerorganisationen, extremistische

Organisationen ausländischer Extremisten in Deutschland lassen sich grob wie folgt klassifizieren:

- linksextremistische Organisationen, die die bestehende soziale und politische Ordnung in ihren Heimatländern gewaltsam beseitigen und durch einen sozialistischen Staat marxistischer Prägung ersetzen wollen
- extrem-nationalistische Vereinigungen, die Macht- bzw. Gebietszuwachs für die eigene Nation und die Abschaffung oder Nichtgewährung von Minderheitenrechten aggressiv propagieren
- islamistische Gruppierungen, die die Trennung von Religion und Staat zugunsten eines autoritären theokratischen Systems aufheben wollen
- Gruppierungen, die in Verbindung mit Regierungsstellen ihrer Länder gegen Landsleute im Ausland, insbesondere Regimegegner, repressiv oder sogar terroristisch vorgehen.

Autonome

Die Ursprünge der Autonomen reichen bis in die Anfänge der studentischen Protestbewegung der 60er Jahre zurück. Die Bezeichnung "Autonome" (autonomos [griech.]: nach eigenen Gesetzen lebend) ist zugleich Programm, denn kennzeichnend für Autonome sind folgende Einstellungsmuster:

- Ablehnung gesellschaftlicher Normen und Zwänge
- Suche nach einem freien, selbstbestimmten Leben in herrschaftsfreien Räumen
- gewalttätiger Widerstand gegen den demokratischen Staat und seine Institutionen.

Autonome besitzen in der Regel kein einheitliches, verbindliches Weltbild, sondern folgen oft verschwommenen anarchistischen und anarcho-kommunistischen Vorstellungen und spontanen aktionistischen Antrieben. Sie gehen darauf aus, das demokratisch verfaßte Gemeinwesen zu bekämpfen und, wenn möglich, zu zerschlagen, da der Staat und sein "Repressionsapparat" sie an der Verwirklichung ihrer (oben genannten) Absichten hindere. Autonome werden als Extremisten vom Verfassungsschutz beobachtet, weil und insoweit sie gewalttätig agieren, gewaltbereit sind oder Gewalt befürworten.

(→ auch: Jugendszene, linksextremistisch orientierte)

Entrismus

Entrismus ist eine von Anhängern des → Trotzismus praktizierte Methode, andere Parteien und Vereinigungen gezielt zu unterwandern, um in ihnen zu Einfluß zu gelangen, die eigene Ideologie zu verbreiten und schließlich die betroffene Organisation für eigene Zwecke zu instrumentalisieren.

Entristischen Bestrebungen ausgesetzt sind sowohl nicht-trotzkistisch geprägte linksextremistische als auch demokratische, dem linken Spektrum zugehörige Parteien und Vereinigungen.

Etatismus

Die Anhänger des Etatismus überhöhen den Staat (frz.: état) in seiner Funktion als Ordnungsmacht und Zwangsinstitut und befürworten deshalb eine Ausweitung zentralstaatlicher Gewalt gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft und gegebenenfalls einem föderativ verfaßten Gemeinwesen. Sie stellen die Staatsraison über die individuellen Freiheitsrechte.

Der Etatismus ist Bestandteil bestimmter ideologischer Spielarten des → Rechtsextremismus. Propagiert wird er insbesondere von einzelnen Vertretern der → "Neuen Rechten".

Extremismus

Als extremistisch bezeichnen die Verfassungsschutzbehörden solche Bestrebungen, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte, seiner Normen und Regeln artikulieren und die darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen und durch eine nach den jeweiligen Vorstellungen der extremistischen Minderheit formierte Ordnung zu ersetzen. Gewalt wird dabei häufig als ein geeignetes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele gutgeheißen, propagiert oder sogar praktiziert.

Extremisten wenden sich damit unmittelbar oder mittelbar gegen:

die im Grundgesetz konkretisierten Grund- bzw. Menschenrechte wie insbesondere die

- freie Entfaltung der Persönlichkeit
- Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit
- Meinungs- und Pressefreiheit
- Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit;

das Rechtsstaatsprinzip, beruhend auf der

- Gewaltenteilung
- Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz
- Unabhängigkeit der Gerichte;

weitere grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie

- die Volkssouveränität, ausgeübt durch die parlamentarische Demokratie
- die Verantwortlichkeit der Regierung
- das Mehrparteienprinzip
- das Recht auf die Bildung und Ausübung einer Opposition.

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden terminologisch zwischen dem Begriff "Extremismus" und dem Begriff "Radikalismus", obwohl beide anderweitig oft synonym gebraucht werden. Radikal ist eine Bestrebung, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits "von der Wurzel (lat. radix) her" anpacken will, nicht jedoch den demokratischen Verfassungsstaat ganz oder teilweise zu beseitigen beabsichtigt.

(→ auch: Ausländerextremismus; Linksextremismus; Rechtsextremismus; Terrorismus)

Fremdenfeindlichkeit

Dieser Begriff bezeichnet ein Ressentiment, das sich – oft unterschiedslos – gegen alle Menschen richtet, die in Deutschland “fremd” sind oder, wegen ihrer Nationalität, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft usw., “fremd” wirken: also gegen Ausländer, die sich als Touristen, geschäftlich, mit Arbeitserlaubnis oder auch illegal in Deutschland aufhalten, gegen Asylbewerber, gegen deutsche Staatsbürger ausländischer Herkunft, gegen Aussiedler u. a.. Den “Fremden” wird nämlich unterstellt, daß überwiegend gerade sie an zahlreichen gesellschaftlichen und sozialen Problemen in Deutschland (Arbeitslosigkeit, Kriminalitätsrate, Belastung der Sozialsysteme, kulturelle Desintegration usw.) schuld seien.

Solange Fremdenfeindlichkeit “nur” als dumpfe Stimmung oder als verbal bekundete Einstellung in Erscheinung tritt, bietet sie zwar einen Ansatzpunkt und einen Nährboden für den → Rechtsextremismus, ist aber noch nicht unbedingt als Kundgabe einer eigentlichen rechtsextremistischen Bestrebung zu betrachten. Sobald Fremdenfeindlichkeit sich jedoch in Straftaten, erst recht Gewaltdelikten, manifestiert, wird erkennbar, daß die Täter ihren Opfern allein wegen ihres “Fremdseins” die Menschenwürde und die Menschenrechte streitig machen und sie hierin verletzen wollen. Damit verhalten sie sich rechtsextremistisch.

(→ auch: Rassismus)

Jugendszene, linksextremistisch orientierte

Die Ablösung Jugendlicher vom Elternhaus geht bisweilen einher mit der Ablehnung des “bürgerlichen” Milieus und gesellschaftlicher Konventionen überhaupt. Auf der Suche nach “alternativen” Lebensformen lassen sich manche Jugendliche von linksextremistischen Ideologien und den aus ihnen abgeleiteten Verhaltensmustern beeinflussen. Das Wohnen in besetzten Häusern in der Gemeinschaft Gleichgesinnter, das Ausleben eigener Vorstellungen von Kunst und Kultur, die Teilnahme an “Demos” oder sonstige Bekundungen – nicht in jedem Falle von vornherein unberechtigten – öffentlichen Protestes gegen vorgegebene Verhältnisse werden oftmals untersetzt von unreflektierten linksextremistischen Parolen. Mit tatsächlichen oder vermeintlichen “politischen” Gegnern, in der Regel rechtsextremistisch orientierten Jugendcliquen, wird die Konfrontation gesucht.

Aus der Szene heraus kommt es durch erwerbslose Mitglieder auch zu Eigentumsdelikten. Sie werden zuweilen ideologisch gerechtfertigt.

tigt. Auch der Gebrauch von Drogen ist in der Szene keine Seltenheit. Einige Angehörige dieser Szene treten auch als Punker oder → Skinheads unübersehbar in Erscheinung.

Eine verfestigte linksextremistische Einstellung, die sich auch und vor allem in entsprechender Gewaltbereitschaft niederschlägt, findet sich bei jenen Angehörigen der linksextremistisch orientierten Jugendszene, die wegen ihrer Militanz als → Autonome einzustufen sind. Viele Szeneangehörige fassen den Begriff "Autonome" allerdings weiter und wenden ihn auf sich selbst an, auch wenn sie nicht militant auftreten, während die Verfassungsschutzbehörden nur gewaltgeneigte Personen aus dieser Szene als Autonome bezeichnen.

Jugendszene, rechtsextremistisch orientierte

Unter Jugendlichen ist das Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu einer Gruppe verbreitet. Die meisten Gruppen oder Cliquen suchen ihre Identität in einer bestimmten Musik-, "Lifestyle"- oder Moderichtung, die sie untereinander verbindet und gegen andere Gruppen abgrenzt. Ein kleiner Teil der Jugendlichen verwendet aber bereits politische Schlagworte, um sich von anderen Jugendlichen oder von ihrem Elternhaus abzusetzen. Rechtsextremistische, vor allem neonazistische (→ Neonazismus), Symbole haben für Jugendliche den Nimbus des Tabubruchs. Außerdem liefert ihnen der Rechtsextremismus mit seinen klaren Feindbildern eine "einfache" Orientierungshilfe.

In vielen Städten Deutschlands existieren Jugendcliquen, die in dieser Weise rechtsextremistische Verhaltensmuster aufgreifen. Die meisten dieser Jugendlichen bekennen sich zu einer von ihnen oft unreflektierten "rechten" Gesinnung, die sie selbst, über ein paar Schlagworte hinaus, nicht zu artikulieren vermögen.

Auffällig werden die Mitglieder dieser Cliquen vor allem durch die von ihnen in provozierender Absicht verwendeten nazistischen Kennzeichen und durch Gewalttaten, denen nicht selten übermäßiger Alkoholgenuß ("Kampftrinken") vorangeht. Opfer dieser Gewaltausbrüche sind häufig Ausländer oder von Ausländern besuchte Einrichtungen, aber auch andere Gruppen und Personen, die in das rechtsextremistisch geprägte Feindbild dieses Personenkreises passen (z. B. "Linke", Homosexuelle, Behinderte, Obdachlose).

Bisweilen sind die Grenzen dieser Subkultur zu rein kriminellen Banden und zum Rotlicht-Milieu fließend. Viele Mitglieder rechtsextremistisch orientierter Jugendcliquen sind → Skinheads.

Kommunikationstechnik, von Extremisten genutzte moderne

Die neuesten Errungenschaften der Kommunikationstechnik werden auch von Extremisten genutzt. Mailboxen, Mobiltelefone, Faxgeräte und "Infotelefone" gehören mittlerweile zum Handwerkszeug. Während "Infotelefone" lediglich über öffentlich erreichbare Anrufbeantworter Informationen für die Szene jederzeit abrufbar bereithalten, bieten per Modem vernetzte Mailboxen mit Verschlüsselungssoftware Extremisten die Möglichkeit, schnell, preiswert und teilweise von den Sicherheitsbehörden unbehelligt zu kommunizieren und Aktionen zu planen. Auch das weltumspannende "Internet", der derzeit größte Datenverbund, wird mehr und mehr von Extremisten zur internationalen Vernetzung verwendet. Mobiltelefone kommen als flexibles Kommunikationsmittel vor allem während der Durchführung von konspirativ geplanten Aktionen zum Einsatz.

Linksextremisten, vor allem → Autonome, haben in der Nutzung dieser Techniken schon einen bemerkenswerten Standard erreicht. Rechtsextremisten, vor allem Neonazis (→ Neonazismus), eifern ihnen darin immer stärker nach.

Linksextremismus

Mit diesem Begriff werden Bestrebungen von Parteien, Vereinigungen und Einzelpersonen bezeichnet, für die alle oder einige der folgenden Merkmale charakteristisch sind:

- Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als "wissenschaftlicher" Anleitung zum Handeln; daneben, je nach Ausprägung der Partei oder Gruppierung, Rückgriff auch auf Theorien weiterer Ideologen wie Stalin, Trotzki, Mao Zedong, Bakunin und andere
- Bekenntnis zur sozialistischen oder kommunistischen Transformation der Gesellschaft mittels eines revolutionären Umsturzes oder langfristiger revolutionärer Veränderungen
- Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats oder zu einer herrschaftsfreien (anarchistischen) Gesellschaft
- Bekenntnis zur revolutionären Gewalt als bevorzugter oder, je nach den konkreten Bedingungen, taktisch einzusetzender Kampfform.

Linksextremistische Parteien und Gruppierungen lassen sich grob in zwei Hauptströmungen einteilen:

- Dogmatische Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten; in Parteien oder anderen festgefügtten Vereinigungen organisiert, verfolgen sie die erklärte Absicht, eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten.
- Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre; in losen Zusammenhängen, seltener in Parteien oder formalen Vereinigungen agierend, streben sie ein herrschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben unter Ablehnung jeglicher gesellschaftlicher Normen an.

(➔ auch: Anarchisten; Autonome; "Antifa", autonome; Parteien, linksextremistische)

Neonazismus

Neonazis bekennen sich offen zur Ideologie und Weltanschauung des deutschen Nationalsozialismus. Sie erstreben einen nach dem "Führerprinzip" formierten totalitären Staat und eine "rassereine Volksgemeinschaft". Die Verbrechen, die vom NS-Regime begangen worden sind, werden – je nach Charakter der Gruppierung – verharmlost, geleugnet oder gar verherrlicht.

Innerhalb des neonazistischen Spektrums bestehen Kontroversen über den "richtigen" Nationalsozialismus. Während die Mehrheit Adolf Hitler als die prägende Identifikationsfigur anerkennt, orientieren sich bestimmte neonazistische Gruppen am nationalrevolutionären Sozialismus der "linken" Nationalsozialisten, also an den Anschauungen etwa der Gebrüder Otto und Gregor Strasser oder des SA-Stabschefs Ernst Röhm. Kleine Teile des neonazistischen Spektrums knüpfen an die Ideologie des "Nationalbolschewismus" an und suchen deshalb zum Teil den Schulterschuß mit linksextremistischen Gruppierungen.

Unabhängig von diesen Richtungsstreitigkeiten wird Rudolf Heß, dem "Stellvertreter des Führers", eine überragende Rolle im Neonazismus zuerkannt. Heß wird wegen seiner langen Haftzeit und der von Teilen der rechtsextremistischen Presse als mysteriös beschriebenen Umstände seines Todes als Märtyrer verehrt. Bei "Rudolf-Heß-Gedenkwochen" (die aber in den letzten Jahren beinahe vollständig von den Sicherheits-

behörden unterbunden werden konnten) findet das neonazistische Spektrum alljährlich zu gemeinsamen Aktionen zusammen.

Einige Neonazis versuchen jetzt, sich von der starren Fixierung auf das NS-Regime zu lösen, und stellen gegenwartsbezogene Themen in den Mittelpunkt ihrer völkischen und rassistischen Agitation.

“Neue Rechte”

Der Begriff “Neue Rechte” – über dessen Umfang kein allgemeiner Konsens besteht und der deshalb mit unterschiedlichen Bedeutungen verwendet wird – bezieht sich, wenn man ihn weit faßt, auf verschiedenartige Varianten rechter Theoriebildung. Den meisten von ihnen gemeinsam ist ein unmittelbarer oder auch nur vermittelter Bezug auf die Tradition der “Konservativen Revolution” (Sammelbegriff für eine antilibérale Richtung in den geistigen Auseinandersetzungen vornehmlich der 20er Jahre) und/oder die seit den 60er Jahren in Frankreich publizistisch hervortretende “Nouvelle Droite” (“Neue Rechte”) mit ihrem Wortführer de Benoist.

Zu den intellektuellen Zirkeln und Publikationen, auf die heute der Begriff “Neue Rechte” angewandt wird, zählen sowohl solche, die dem nationalkonservativen oder dem rechtsradikalen (also dem nicht-extremistischen) Spektrum zuzurechnen sind, als auch eindeutig rechts-extremistisch (→ Rechtsextremismus) geprägte, als auch schließlich manche, die sich dazwischen in einer “Grauzone” bewegen.

Einige Ideologen der “Neuen Rechten” sind etatistisch (→ Etatismus) auf den “starken Nationalstaat” fixiert. Andere betonen die “Volksgemeinschaft”, die sie für biologisch determiniert halten und zu einem Wert an sich verklären. Die “nationalrevolutionären” Theoretiker propagieren einen antiimperialistischen und antikapitalistischen “Befreiungsnationalismus” und suchen für den revolutionären Kampf Verbündete auch unter den Linksextremisten.

Maßgebliche Vordenker der “Neuen Rechten” verfolgen die Strategie, vor der politischen die kulturelle Hegemonie zu erringen. Deshalb streben sie danach, im weltanschaulichen und politischen Diskurs der Gegenwart nach und nach die Meinungsführerschaft zu gewinnen. Der tatsächliche Einfluß der “Neuen Rechten” ist aber bis heute nicht sehr erheblich, zumal sie über keinen organisatorischen Bezugsrahmen verfügt.

Parteien, linksextremistische

Linksextremistische Parteien bezeichnen sich in der Regel selbst als marxistisch nach ihrem Theorieansatz und als kommunistisch oder sozialistisch von ihrer Zielstellung her. Je nach Ausrichtung der jeweiligen Partei werden auch Lenin, Stalin, Trotzki oder Mao Zedong als ideologische Leitfiguren anerkannt. Alle treten mehr oder weniger offen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung auf.

Eine innerparteiliche Demokratie ist bei ihnen bestenfalls formal gewährleistet, vielmehr herrschen festgefügte zentralistische, auf Disziplinierung durch die Führungskader beruhende Strukturen vor. Eine Ausnahme hiervon bilden allenfalls die anarchistisch geprägten Parteien.

Da jede der linksextremistischen Parteien von sich behauptet, die einzig wahre Lehre zu vertreten, kommen Bündnisse zwischen ihnen nur schwer zustande und beruhen oft nur auf pragmatischen, z. B. wahltaktischen, Erwägungen. Häufig hingegen bilden sich in diesen Parteien miteinander verfeindete Fraktionen, oder es spalten sich von ihnen Splittergruppen ab, die sich dann häufig zusammen mit anderen Kleingruppen wiederum neu formieren.

Parteien, rechtsextremistische

Rechtsextremistische Parteien, die sich als "nationaldemokratisch" oder "nationalfreiheitlich" oder ähnlich bezeichnen, betrachten das nationalsozialistische Regime nicht als ihr Leitbild und grenzen sich so inhaltlich von neonazistischen (→ Neonazismus) Gruppierungen ab. Ideologisch orientieren sich diese Parteien vornehmlich an völkisch-kollektivistischen Vorstellungen und fordern im Sinne ihres übertriebenen → Etatismus einen "starken Staat". Obwohl sie nicht selten Lippenbekenntnisse zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung abliefern, stellen sie durch ihre Forderungen wesentliche Grundprinzipien der Demokratie in Frage. Ideologische Differenzen zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Parteien und persönliche Animositäten ihrer Führungspersonen standen bisher einer auf Dauer angelegten Kooperation entgegen.

Radikalismus

→ Extremismus

Rassismus

Zahlreiche Ausprägungen des → Rechtsextremismus enthalten als ein ideologisches Element den Rassismus. Nach rassistischer “Lehre” bestehen biologisch begründete, also unabänderliche, Wesens- und Qualitätsunterschiede zwischen den Menschenrassen. Die Zugehörigkeit zu einer von ihnen entscheide also von vornherein über den höheren oder minderen Wert sowohl des Individuums als auch eines Volkes. Gewöhnlich wird von Rassisten der “weißen” oder “nordischen” oder “germanischen” Rasse eine naturgegebene Überlegenheit gegenüber allen anderen Rassen zugeschrieben und aus ihr ein “natürlicher” Herrschaftsanspruch dieser Rasse hergeleitet.

Der Rassismus wird als eine scheinrationale Begründung für → Fremdenfeindlichkeit benutzt. Eine spezielle Form des Rassismus ist der → Antisemitismus.

Rechtsextremismus

Mit diesem Begriff werden Bestrebungen von Parteien, Gruppierungen, Cliquen und Einzelpersonen bezeichnet, deren Anschauungen – bei zahlreichen Unterschieden im einzelnen – durch folgende Einstellungen bestimmt sind:

- Ablehnung der für die freiheitliche demokratische Grundordnung fundamentalen Gleichheit aller Menschen
- Verachtung des auf dem Prinzip gleicher Rechte beruhenden demokratischen Verfassungsstaates
- übersteigter, oft aggressiver Nationalismus, verbunden mit einer Feindschaft gegen Fremde oder fremd Aussehende, gegen Minderheiten, fremde Völker und Staaten
- Verschweigen, Verharmlosung oder Leugnung der Verbrechen, die von Deutschen unter nationalsozialistischer Herrschaft verübt worden sind (als Kampagne namentlich zur Bestreitung des Holocausts unter dem Stichwort → “Revisionismus” bekannt), Betonung angeblich positiver Leistungen des “Dritten Reiches”.

In unterschiedlicher Gewichtung und Ausprägung lassen sich in den einzelnen rechtsextremistischen Strömungen noch folgende ideologische Bestandteile ausmachen:

- → Rassismus, ausgedrückt etwa in der Warnung vor einer “Rassenmischung” als Gefährdung des “Deutschtums” und in

der biologisch begründeten Forderung nach mehr "Lebensraum" für die Deutschen

- ➔ Antisemitismus, einschließlich der Behauptung, daß Juden dem deutschen Staatsvolk weder national noch kulturell zugehören könnten
- völkischer Kollektivismus, also pauschale Überbewertung einer meist rassistisch definierten "Volksgemeinschaft" zu Lasten der Rechte und Interessen des Individuums
- Militarismus samt dem Bestreben, auch zivile Bereiche des gesellschaftlichen Lebens nach hierarchischen Prinzipien ("Führer" und "Gefolgschaft") zu ordnen, verbunden mit der Propagierung einer autoritären oder diktatorischen staatlichen Ordnung
- ➔ Etatismus
- übersteigertes Sendungsbewußtsein, aus dem heraus das Recht der eigenen Gruppe absolut gesetzt wird und Andersdenkende und vor allem auch die Repräsentanten der Demokratie verleumdet und verächtlich gemacht werden.

(➔ auch: "Anti-Antifa"; Fremdenfeindlichkeit; Neonazismus; Parteien, rechtsextremistische; Revisionismus; Skinheads; Wehrsport)

Revisionismus

Als Revisionismus bezeichnet man den politisch motivierten Versuch, die deutschen Verbrechen unter nationalsozialistischer Herrschaft zu relativieren oder zu leugnen. Insbesondere im Rahmen einer gezielten "Revisionismus-Kampagne" versuchen Rechtsextremisten aus aller Welt seit Jahren, den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu bestreiten oder zumindest die Zahl der Opfer zu verkleinern. Zu diesem Zweck berufen sich Revisionisten in ihren Publikationen auf – häufig von ihnen selbst in Auftrag gegebene – "Gutachten" ("Leuchter-Report", "Rudolf-Gutachten"), in denen mit pseudowissenschaftlichen Methoden versucht wird, die Massenvernichtung in den Konzentrationslagern als technisch unmöglich darzustellen.

Als Revisionisten sind in den letzten Jahren besonders der in Kanada lebende Deutsche Ernst Zündel ("Germania-Rundbrief"), die aus dem europäischen Ausland heraus agierenden Altnazis Otto-Ernst Remer ("Deutschland-Report", früher auch "Remer-Depesche") und der 1997 verstorbene Thies Christophersen ("Die Bauernschaft") sowie der britische Schriftsteller David Irving hervorgetreten.

Skinheads

Die Wurzeln der Skinheadbewegung liegen im Großbritannien der 60er Jahre. Sie war ursprünglich eher unpolitischer Natur. Auch heute interessiert sich ein großer Teil der Skinheadszenen nicht für politische Themen, sondern fühlt sich lediglich einer von einschlägiger Musik und Mode geprägten Subkultur zugehörig.

Die Öffentlichkeit nimmt allerdings von der vielschichtigen Skinheadszene hauptsächlich den rechtsextremistischen Flügel ("Boneheads", "White-Power-Skins", "Fascho-Skins" und Teile der überwiegend unpolitischen "Oi!-Skins") wahr, der sich nicht nur über eine bestimmte Mode und Musik definiert, sondern auch über eine von neonazistischen Ideologieelementen durchsetzte Weltanschauung. Diese wird aber nicht in argumentativer Auseinandersetzung angeeignet und verbreitet; sie bekundet sich vielmehr in gewalttätigen Aktionen gegen als feindlich eingestufte Personengruppen, darunter vor allem Ausländer und "Linke".

Manche rechtsextremistische Skinheads gehören den Zusammenschlüssen "Hammerskins" oder "Blood & Honour" ("Blut und Ehre") an.

Die Skinhead-Bewegung "Hammerskins", Mitte der achtziger Jahre in den USA entstanden, gliedert sich in nationale "Divisionen", die mittlerweile in zahlreichen Ländern bestehen, und regionale "Sektionen". Sie vertritt ein rassistisches, teilweise auch nationalsozialistisches Weltbild. Ihr erklärtes Ziel ist die "Vereinigung aller weißen NS-Skins".

Die Skinhead-Bewegung "Blood & Honour" kam Ende der achtziger Jahre in Großbritannien auf. "Blood & Honour" ist in verschiedenen Ländern, auch in Deutschland, vor allem damit befaßt, Konzerte rechtsextremistischer Bands, z. T. unter dem Motto "Rock against Communism", zu organisieren.

Wichtige Bindeglieder der international verbreiteten rechtsextremistischen Skinheadszenen, die auch in andere Milieus ausstrahlen, sind:

- die Skinhead-Musik, die auf Tonträgern und bei Konzerten mit oft aggressiven, z. T. neonazistischen Texten verbreitet wird;
- das Outfit (Glatze, Doc-Martens-Stiefel, Bomberjacke usw.), für das Modeartikel von zahlreichen Vertriebsdiensten im Versandhandel angeboten werden;
- die Vielzahl internationaler und lokaler Skin-Magazine (Fan-zines), die regelmäßig über Neuigkeiten in der Szene informieren.

ren, dabei aber auch rechtsextremistisches Gedankengut verbreiten.

Eine Minderheit in der Skinheadszone ist dem "linken" Spektrum zuzuordnen. "Red Skins", "SHARPs" ("Skinheads Against Racial Prejudice") oder "R.A.S.H.s" ("Red and Anarchist Skinheads") definieren sich über ihre Gegnerschaft zu "Faschos" und grenzen sich energisch gegen "Nazis und Rassismus" ab. Ein kleiner Teil dieses Personenkreises vertritt linksextremistische Vorstellungen. Linksextremistische Skinheads finden sich auch in der autonomen Szene (→ Autonome) und engagieren sich z. T. in der autonomen → "Antifa".

Staatsterrorismus

Dieser Begriff bezeichnet terroristische Aktionen (→ Terrorismus), die im Auftrag von Regierungsorganen eines Staates im In- oder Ausland unternommen werden. Solche Aktionen dienen dazu, ein bestimmtes Regime nach innen oder außen mit illegitimen Gewaltmitteln – z. B. Einschüchterung und Bedrohung bis hin zu Bombenanschlägen, Flugzeugentführungen, Morden – abzusichern. Sie richten sich vor allem gegen Oppositionelle, aber auch gegen andere Staaten und deren Einrichtungen. Dabei bedient sich der terroristisch agierende Staat eigener Geheimdienste oder von ihm abhängiger Terrorgruppen. Gegenüber der Öffentlichkeit pflegt er aber die Anwendung terroristischer Mittel zu leugnen.

Terrorismus

Terrorismus (terror [lat.]: Schrecken) ist das ideologisch-strategisch begründete, planmäßige Bestreben, mit zielgerichteter Gewalt die freiheitliche demokratische Grundordnung zu destabilisieren und schließlich zugunsten einer anderen Gesellschaftsordnung oder eines anarchischen Zustandes zu beseitigen. Zu diesem Zweck verüben Terroristen Anschläge auf Leib und Leben anderer Menschen sowie gemeingefährliche Straftaten. Terroristische Methoden bedienen sich einzelne Gruppen sowohl von Links- und Rechtsextremisten als auch von ausländischen Extremisten.

Trotzkismus

Der Trotzkismus ist eine politisch-ideologische Richtung, die auf Leo Trotzki, einen der Hauptakteure der russischen Oktoberrevolution 1917, zurückgeht. Der Trotzkismus unterscheidet sich von anderen marxistisch-leninistischen Richtungen, insbesondere auch vom Stalinismus,

dadurch, daß er einen konsequenten Internationalismus, das Prinzip der "permanenten Revolution" – also den unablässigen Kampf für eine alle Länder ergreifende Weltrevolution – und eine "Arbeiterdemokratie" vertritt. Die trotzkistischen Parteien stehen wegen dieser grundlegenden Differenzen abseits von den übrigen kommunistischen Parteien. Um dennoch über ihre engen Zirkel hinaus Einfluß zu gewinnen, bedienen sie sich der Methode des → Entrismus.

Verbote extremistischer Organisationen

Das Vereinsrecht eröffnet den Innenministern des Bundes und der Länder das Mittel des Verbots, wenn sich eine Vereinigung, die keine politische Partei oder Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaft ist, nachweislich "gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet" (§ 3 Vereinsgesetz). Von dieser Möglichkeit der rechtsstaatlichen Abwehr extremistischer Bestrebungen ist in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland mehrfach Gebrauch gemacht worden.

Zum Beispiel sind seit 1992 zwölf rechtsextremistische Vereinigungen verboten worden. Zu den bekanntesten unter ihnen gehören die "Deutsche Alternative" (DA, verboten 1992) und die "Wiking-Jugend" (WJ, verboten 1994).

Vereinsverbote können bei den Verwaltungsgerichten angefochten werden.

Das Verbot einer Partei kann allein das Bundesverfassungsgericht auf Antrag dazu befugter Verfassungsorgane aussprechen (Artikel 21 Abs. 2 Grundgesetz; §§ 13 Nr. 2, 43 Bundesverfassungsgerichtsgesetz). Ein solches Verbot ist unanfechtbar. Voraussetzung dafür ist, daß eine Partei darauf ausgeht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden und diese Ziele auf aktiv kämpferische, aggressive Weise verfolgt.

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind bislang lediglich zwei Parteien verboten worden („Sozialistische Reichspartei“ [SRP], 1952; „Kommunistische Partei Deutschland“ [KPD], 1956).

Mit einem rechtskräftigen Verbot ist festgestellt, daß die betreffende extremistische Organisation "verfassungswidrig" ist und deshalb ihre Tätigkeit einstellen muß.

Als "verfassungsfeindlich" stufen die Verfassungsschutzbehörden solche Organisationen ein, die erkennbar extremistische Bestrebungen

verfolgen (→ Extremismus). Solange “verfassungsfeindliche” Organisationen (noch) nicht verboten sind, können sie sich im Rahmen der geltenden Gesetze frei betätigen.

Wehrsport

Unter “Wehrsport” versteht man Aktivitäten, die der paramilitärischen Ausbildung in “Wehrsportgruppen” dienen sollen. Bei solchen “Wehrsportübungen” befassen sich mehrere Personen im Gelände – Übungsorte sind meist Waldgebiete, Steinbrüche oder ehemalige Truppenübungsplätze – mit militärischen Übungsinhalten wie Formalausbildung, Marschformationen, Häuser- und Nahkampf oder Schießausbildung; dazugehören können auch ein “Überlebenstraining” (Orientierung, Ernährung und längerer Aufenthalt in der Natur) und Tarnübungen oder das Erlernen von Kampfsportarten sowie die Ausbildung im Umgang mit Sprengstoff.

In vielen Fällen befriedigen jüngere Männer mit solchen Aktivitäten vornehmlich militaristische Neigungen, vor allem dann, wenn von solchen Gruppen keine politischen Bestrebungen ausgehen. Wehrsportübungen können jedoch auch als Vorbereitung zu rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten dienen. Diese Gefahr besteht insbesondere dann, wenn die Wehrsportaktivitäten im Rahmen einer rechtsextremistischen Organisation unternommen werden.

Fotonachweis: Innenministerium des Landes Brandenburg (S. 3, S. 82), MAZ/Hübner (S. 34), Schramm (S. 28, S. 34, S. 38, S. 40, S. 42), ZB/Settnik (S. 95)

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Brandenburg unentgeltlich herausgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Das gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des europäischen Parlaments. Mißbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die auf Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte